

Julius Ostendorf, Abgeordneter des Paulskirchen-Parlaments 1848/49

Julius Ostendorf (1823 – 1877) hatte seine Karriere als Lehrer aus Krankheitsgründen unterbrechen müssen. Er verzichtet 1847 auf die ihm bereits bewilligte Stelle am Gymnasium in Wesel (heute Duden-Gymnasium). In den Bewerbungsakten bescheinigte man ihm „gute Kenntnisse und Lehrgabe – mit kleinen Mängeln, namentlich im zu schnellen Docieren“ und bot ihm ein Gehalt von „450 Reichsthalern“ an.

Ostendorf ging nach Soest zurück und engagierte sich dort im allgemeinen politischen Aufbruch. Darüber berichtet die „Soester Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Heimatpflege“

Die Wahl Ostendorf's in Soest, aus: Wahlen - Wähler – Gewählte

Unabhängig von den oben skizzierten Vereinen [in Soest] und ihren Zielen fanden im Frühjahr 1848 die Wahlen zur Frankfurter und zur preußischen Nationalversammlung statt. Nachdem der Bundestag am 7. April und der Zweite Vereinigte Preußische Landtag am 8. April 1848 Wahlgesetze für die verfassunggebenden Nationalversammlungen verabschiedet hatten, konnten am 1. Mai die Urwahlen für die beiden Parlamente stattfinden. Die Modi beider Wahlen waren ähnlich: So war jeder Mitbürger, der das 24. Lebensjahr vollendet, nicht die bürgerlichen Rechte verloren hatte und nicht aus öffentlichen Mitteln Armen-Unterstützung bezog, in der Gemeinde, worin er seit sechs Monaten seinen Aufenthalt hatte, stimmberechtigter Urwähler. Aus je 500 Einwohnern einer Gemeinde wählten die betreffenden Urwähler einen Wahlmann. In Gemeinden von mehr als 1000 Einwohnern erfolgte die Wahl nach behördlich begrenzten Bezirken, sodass in einem Bezirk nicht mehr als fünf Wahlmänner zu wählen waren. Die Bezirkseinteilung für Soest erfolgte nach den städtischen Hofen. Wahllokale dieser ersten öffentlichen, allgemeinen Wahl waren außer dem Blauen Saal im Rathaus die Kirchen. So wählte Wahlbezirk 1 (Nöttenhofe und 11 Häuser der Brüderhofe) in der Reformierten Kapelle; Wahlbezirk 2 (Brüderhofe) im Blauen Saal; Wahlbezirk 3 (Osthofe) in der Wiesenkirche; Wahlbezirk 4 (Osthofe) in der Hohnekirche; Wahlbezirk 5 (Thomähofe) im Patrokli-Münster; Wahlbezirk 6 (Paulihofe) in der Thomäkirche; Wahlbezirk 7 (Paulihofe) in der Paulikirche; Wahlbezirk 8 (Westhofe) in der Petrikerche.

Die Urwahl der Wahlmänner erfolgte am 1. 5.; die Wahlmänner ihrerseits wählten am 8. 5. die Abgeordneten für die zur Vereinbarung der preußischen Staatsverfassung zu berufende Versammlung (preußische Nationalversammlung) und am 10. 5. die Abgeordneten zur deutschen Nationalversammlung in Frankfurt. Bei Letzterer umfassten die Wahlbezirke je 50.000 Einwohner. Das waren im westfälischen Wahlbezirk 11 der ganze Kreis Soest, die Städte Hamm, Unna und Kamen sowie die Ämter Pelkum und Rhynern im Kreis Hamm.

Die Zeit zur Vorbereitung der Wahlen war sehr kurz gewesen, und so kann man sie mehr als Persönlichkeitswahlen denn als Parteienwahlen ansehen, und unter den so genannten Gebildeten galt vielfach die Parole, nach Berlin Praktiker zu entsenden, die dafür sorgten, dass im Land wieder Ruhe und Ordnung einkehrten, nach Frankfurt, wo der deutsche Nationalstaat geschaffen werden sollte, aber Akademiker und Theoretiker.

Auch Parteiprogramme im heutigen Sinn, auf die ein Abgeordneter in etwa verpflichtet ist, gab es nicht, und so wurde beispielsweise dem nach Berlin gewählten Abgeordneten, Obertribunalrat Ulrich, ein Bündel von 18 Wünschen für seine Tätigkeit in der preußischen Nationalversammlung mitgegeben, wie es im Soester Kreisblatt vom 16.6.1848 veröffentlicht ist.

Gleichzeitig hatte der Magistrat um seine Vermittlung wegen des Baus der für Soest so wichtigen Köln-Minden-Thüringer Verbindungs-Eisenbahn gebeten. In seiner Antwort an Stadt und Kreis versprach Ulrich denn auch: „Den in der Anlage enthaltenen Wünschen werde ich, soweit sie mit meiner Überzeugung übereinstimmen, bei den Beratungen der Nationalversammlung Rechnung tragen“, warnte dabei gleichzeitig vor anonymen Zusendungen, da solche als Petitionen und Anträge nicht eingebracht werden können. Als Abgeordneter für Frankfurt wurde dann der Schulkandidat Julius Ostendorf aus Soest mit 75 von 148 Stimmen gewählt, als Stellvertreter der Soester Bürgermeister Schulenburg.

Wie stark die damaligen Wahlen Persönlichkeits- und nicht Parteiwahlen waren, geht aus einem Wahlaufruf im "Wochenblatt für die Stadt und den Kreis Hamm" vom 6. 5.1848 hervor. Dort heißt es an die Wahlmänner der Kreise Soest und Hamm:

"Wir wollen nämlich unsere Mitbürger aus den genannten Kreisen hiermit auf einen Mann aufmerksam machen, welchen wir für durchaus geeignet zur Deputation nach Frankfurt halten. Derselbe hat sich durch eifriges Studium eine Einsicht in das Wesen der Verfassungen überhaupt und insbesondere der deutschen Verfassung und eine Umsicht und Uebersicht erworben, welche ihn befähigen, über jede in Frankfurt zur Entscheidung kommende Frage das richtigste Urtheil abzugeben. Zugleich besitzt er eine Ruhe und Besonnenheit, wie man sie selbst bei Altern Männern oft vergeblich suchen würde. Was ihn aber vor Allein uns empfiehlt, ist seine Rednergabe, die er in mehreren Volks-Versammlungen auf das Glänzendste geoffenbaret hat, und der parlamentarische Takt, wodurch er solche Versammlungen zu fesseln und zu leiten versteht. Wenn Westphalen bis jetzt nur auf wenige Männer als Redner stolz sein konnte: so dürfen wir erwarten, daß es, wenn es dem Manne, welchen wir im Auge haben, nur erst die parlamentarische Laufbahn eröffnet sein wird, diesen bald jenen mit Recht wird an die Seite stellen können. Schon hat er in einer Bürgerversammlung, an der mehr als tausend Menschen Theil nahmen, im Auftrag eines Wahl-Comités ein Programm für den nach Frankfurt zu Deputirenden, während drei Stunden mit solcher Gründlichkeit erörtert, und ist dabei jedem Opponenten mit so treffenden Einwürfen entgegengetreten, daß er dadurch unsere ganze Stadt zur Bewunderung hingerissen hat und wir mit Recht behaupten dürfen, seine Wahl werde allgemein gewünscht. Doch zum Namen! Wir meinen den Gymnasial-Lehrer Ostendorf. Sein Glaubensbekenntniß ist das, welches hofentlich auch der Mehrzahl der Frankfurter Deputirten und gewiß aller Gebildeten unseres Wahlbezirkes eigen sein wird: Die Freiheit in innigster Verbindung mit der Ordnung; die Aufstellung einer constitutionellen Monarchie auf der breitesten Grundlage der Volks-Souveränität als Regierungsform für Deutschland und seine einzelnen Staaten; die Ernennung des Königs von Preußen als erblichen Bundesoberhauptes die Erhaltung der einzelnen Staaten Deutschlands als besondere Staaten, doch nur insoweit, als dadurch die Einheit Deutschlands nicht gefährdet wird, u.s.w.. Darum, ihr Wahlmänner aus den Kreisen Soest und Hamm wählt diesen mit hohem Geiste, seltener Rednergabe und tiefen Kenntnissen gezirten Mann! Ihr werdet durch ihn würdig vertreten sein."

Quelle: Marga Koske, Soest 1848/49. Politische Vereine und Wahlen im Spiegel der lokalen Presse, S. 128-147, in: Soester Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Heimatpflege, Heft 103, 1991

aus: Volksversammlungen und Wahlen

“... Zur Vorbereitung der Urwahlen fanden zwei Volksversammlungen statt, die zu den herausragenden Ereignissen im Frühjahr 1848 in Soest gehörten. Bereits am 22. April war auf einer vorbereitenden Bürgerversammlung ein Komitee gewählt worden, das am 24. April über das Kreisblatt die Soester zu einem gemeinsamen "Austauschen der in Mitten unserer Bürger obwaltenden Ansichten" über die Anforderungen an die Wahlmänner zu einer Volksversammlung am Dienstag, den 25. April, ab 16 Uhr in den blauen Saal des Soester Rathauses einlud. Dem siebenköpfigen Wahlkomitee, das dann auch die Volksversammlung leitete, gehörten u.a. an: von Schmitz, Justizrat Holle, Färber Friedrich Haverland, Assessor v.d.Becke, Justizrat Dr. Becke und Gymnasiallehrer Ostendorf. So dominierten im Komitee Bildungsbürger, die zugleich wichtigen städtischen Institutionen angehörten.... In der Volksversammlung vom 25. April 1848 traten eine ganze Reihe von Rednern auf. Entsprechend dem Zwecke der Volksversammlung waren die Wahlprogramme auf die zu wählenden beiden Abgeordneten der zentrale Tagesordnungspunkt. Das Programm für den Frankfurter Abgeordneten hatte das einladende Komitee aufgestellt. Eine Kritik an der Versammlungsleitung des Komitees legt den Schluss nahe, dass Ostendorf, der ja zum Komitee gehörte, auch der Hauptredner der Versammlung war. Diesem Redner, dem er "umfassende politische Kenntnisse und viel rednerische Gewandtheit" bescheinigt, wirft der anonyme Kritiker vor, er habe im Übermaß verfassungsrechtliche Fragen erörtert und damit das Publikum überfordert. Solche rhetorischen Fähigkeiten und Sachkenntnisse, wie sie der Hauptredner am 25. April gezeigt hatte, hoben bewundernd auch die Anhänger Ostendorfs in einem Aufruf an die

Wahlmänner vom 5. Mai hervor: Sie betonten "seine Rednergabe, die er in mehreren Volksversammlungen auf das Glänzendste geoffenbaret hat," und "seine Einsicht in das Wesen der Verfassungen," außerdem hoben sie hervor, dass er einmal sogar drei Stunden lang geredet und grundsätzlich eine konstitutionelle Position vertreten habe. ...“

Quelle: Roland Götz, Soest im Frühjahr des Revolutionsjahres 1848, S. 56-84

in: Soester Zeitschrift des Vereins für Geschichte und Heimatpflege, Heft 111, 1999

An unsere Mitbürger!

Ein höchwichtiger Tag für unser preussisches, für unser großes deutsches Gesamtvaterland rückt heran; es ist der Tag, an welchem die Urwahlen für den Reichstag in Berlin, so wie für den in Frankfurt vollzogen werden sollen. Der 1ste Mai beruft jeden ehrenhaften Staatsbürger, der das 24ste Lebensjahr zurückgelegt hat, in die Wahlversammlungen. Die Wahlmänner, welche hier zu wählen sind, haben dem Vaterlande gegenüber eine gewiß schwere Pflicht auf sich, denn sie sind es, welche zunächst die beiden Abgeordneten für Berlin und Frankfurt, die Vertretung unseres Kreises zu bewirken haben. Ein großes Vertrauen wird in ihre Hände gelegt! Darum haben die unterzeichneten Mitglieder, des am 22. dieses in einer vorbereitenden Bürgerversammlung gewählten Comites ein gemeinsames Austausch der in Mitten unserer Bürger obwaltenden Ansichten für unerlässlich und höchst wünschenswerth gehalten. Wir laden daher alle unsere Mitbürger, denen das Wohl und Gedeihen unseres Vaterlandes am Herzen liegt, hiermit ein, sich am 25. dieses, Dienstag Nachmittags 4 Uhr auf dem blauen Saale einzufinden, um in unserem näheren und engeren Kreise den ausgesprochenen Zweck nach bester Kraft und Einsicht zu erreichen.

Soest, den 24. April, 1848.

**Holle. Ostendorf. v. Schmiß. v. d. Becke.
Sermann, J. R. Dr. Simon's.
Friedr. Saverland.**

Aufruf im Soester Kreisblatt

Nach seiner Wahl ins Frankfurter Parlament hielt Ostendorf über Leserbriefe engen Kontakt mit seinen Wählern, indem er zahlreiche Leserbriefe in seinen Wahlbezirk schickte. So vermittelte er einen authentischen Eindruck von den Vorgängen in der Paulskirche.



Es folgen nun die Leserbriefe, die Julius Ostendorf im Soester Kreisblatt veröffentlichen ließ, chronologisch zitiert:

Soester Kreisblatt vom 16. Juni 1848, S. 226

(Schreiben des Herrn Ostendorf, Deputirten des hiesigen Wahlbezirks bei der National-Versammlung zu Frankfurt.)

Frankfurt, den 28. Mai 1848

"Indem ich Ihnen den versprochenen Bericht zusende, muß ich zunächst um Entschuldigung bitten, daß ich denselben so spät erst abgefasst habe; doch die Lage der Sachen, hoffe ich, wird mich rechtfertigen. Erst der gestrige Tag hat ein bedeutendes Resultat ergeben; die Berathungen der früheren Sitzungen drehten sich mehr oder weniger um Formfragen oder um Ereignisse ohne allgemeine Wichtigkeit. Gestern aber wurde, nachdem die Debatte von 10 bis 3 Uhr und von 5 bis halb 8 gedauert hatte, mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit beschlossen, das von Herrn Werner entworfene Gutachten anzunehmen, ein Ergebnis, welches allerdings zum Theil in dem augenblicklichen Eindrucke tüchtiger Reden, sowie in einem geschickten Manöver der linken Seite seinen Grund hat, welches aber doch den Charakter der ganzen Versammlung hinreichend ausspricht. Sie sehen daraus, daß Bestrebungen, welche den Rückschritt bezwecken oder der allgemeinen Einheit hindernd in den Weg treten wollen, hier keinen Boden finden; Sie sehen, dass sich fast die ganze Versammlung mit Entschiedenheit für berechtigt hält, dem Gesamtvaterlande nach ihrem Gutbefinden, Kraft der in ihr liegenden Machtvollkommenheit des Volkes, eine Verfassung zu geben. Nur über den Grundsatz, ob diese Verfassung von ihr dictatorisch aufgestellt werde, oder ob man erst versuchen soll, sie auf dem Wege der Vereinbarung mit den Fürsten und Einzelstaaten ins Leben zu rufen, sowie über die Form der Verfassung waltet noch ein Zwiespalt unter uns ob; und hiernach theilt sich die Versammlung in ein Centrum und eine linke Seite; denn die rechte ist, meines Erachtens nur sehr schwach, oder vielmehr, sie wagt bei der gegenwärtig herrschenden Volksstimmung zum größeren Theile nicht hervorzutreten, und wartet günstige Ereignisse ab, um sich als geschlossene Parthei vom Centrum abzusondern und zu eigener Macht und Bedeutung zu gelangen. Uebrigens haben sich die Partheien in der Reichsversammlung überhaupt noch nicht entschieden herausgestellt. Noch rechnet sich Mancher, der eigentlich den Rückschritt will, zu den Constitutionellen, noch schwankt Mancher zwischen dem Centrum und der linken Seite; und erst in den letzten Tagen haben die einzelnen Partheien in ihren vorberathenden Versammlungen angefangen, bestimmte Programme aufzustellen.

Gehen wir nun auf diese Programme näher ein, so haben wir zunächst ein Manifest der Linken, dessen oberster Grundsatz sich in den Worten ausspricht: "Wir Unterzeichneten wollen kraft der Souveränität des deutschen Volkes, durch die konstituierende Nationalversammlung diejenige Verfassung, welche die Nationalsouveränität für immer sichert." Wir haben außerdem mehrere Manifeste des Centrums, an deren Spitze als leitender Grundsatz der entschiedene Fortschritt steht. Wir haben endlich auch einige Programme, welche sich geradezu für die constitutionelle Monarchie auf der breitesten Grundlage der Volksrechte erklären; dagegen kein einziges Programm, in welchem entweder der Absolutismus überhaupt, oder die Republik als die einzig berechnete Staatsform in Deutschland gepredigt würde. Sie sehen hieraus, daß die Elemente des Umsturzes und des Rückschrittes in unserer Versammlung nur schwach sind, und daß wir im Ganzen wohl mit Recht einer friedlich sich entwickelnden schönen Zukunft entgegen sehen. Trotz dem will ich nicht behaupten, daß nicht Ereignisse eintreten können, welche jenen Partheien, und namentlich der des Umsturzes eine weit größere Macht und Bedeutung verleihen würden, als dieselben gegenwärtig besitzen, ja, eine größere, als wir es in Westfalen je befürchteten. Im Gegentheile, ein etwaiges Bestreben der Fürsten, die schon errungene Einheit und Freiheit Deutschlands wieder zu vernichten und die sich entwickelnde zu hindern, würde einen großen, ja den größten Theil des Centrums zur linken Seite treiben; ein gewaltsamer Versuch der Republikaner, ihre Ideen zu verwirklichen, würde viele Mitglieder des Centrums reaktionären Einflüssen zugänglich machen.

Doch wie gesagt, ich glaube hoffen zu dürfen, daß Alles gut gehen werde. Noch liegen zwar tief verborgen im Schoße der Partheien Elemente, welche Gefahr drohen; noch sind die einzelnen Stämme und Staaten Deutschlands keineswegs so geneigt, wie es wünschenswerth sein würde, sich dem großen Ganzen unterzuordnen. Aber jene Elemente werden durch die allgemeine Eintracht und durch die Vaterlandsliebe aller Mitglieder der Versammlung überwältigt werden; und die Vertreter unserer einzelnen Landschaften lernen gerade durch ihr Zusammensein hier in Frankfurt sich gegenseitig als Brüder erkennen und fühlen, und werden diese Erkenntnis und dieses Gefühl einst gewiß auch in ihrer Heimath verbreiten. Einen bedeutenden Beweis dafür hatten wir gestern, wo auf eine Bemerkung des Präsidenten, daß über die wichtige Frage des Tages noch keine Oesterreicher gesprochen haben, die sämmlichen jüngeren und manche ältere Leute unter den anwesenden Oesterreichern entschieden erklärten: "Wir sind hier keine Bürger Oesterreichs, wir sind hier Deutsche."

Doch ich sehe, ich berichte Vieles, was Ihnen die öffentlichen Blätter ebenfalls und vielleicht besser und weitläufiger, als ich es im Drange der Geschäfte kann, berichten werden. Lassen Sie mich jetzt lieber über das, wovon die Zeitungen weniger melden, über den allgemeinen Charakter der Reichsversammlung, so wie der einzelnen Vorversammlungen, über den Eindruck, welchen die bedeutenderen Persönlichkeiten in der Versammlung machen, endlich über die muthmaßlichen Entscheidungen der wichtigeren Tagesfragen sprechen.

Unter den Letzteren ist unstreitig eine der bedeutendsten die Kaiserfrage, sie ist auch bei uns in Westfalen vielfach besprochen worden, und es wird sie daher gewiß interessiren, zu vernehmen, wie dieselbe hier in Frankfurt entschieden werden wird. Darf ich nun hierüber meine Überzeugung aussprechen, so ist es die: dass ein Kaiser durchaus eine Unmöglichkeit geworden ist. Zwar sind manche Norddeutsche und vielleicht auch manche Abgeordnete aus dem Süden mit dem Gedanken und Willen hierher gekommen, für Errichtung eines Kaiserthrones zu wirken; aber die gegenseitige Eifersucht der einzelnen Staaten Deutschlands, die, wenn auch nicht mehr so schroff wie früher, doch noch immer hervortritt, die republikanische Ansicht mancher Mitglieder der Versammlung welche, wenn sie auch in den Einzelstaaten die bestehende verfassungsmäßige Einheerschaft nicht vernichten wollen, doch auch nicht gesonnen sind, das Ganze wieder in eine neu gründende monarchische Form zu gießen, endlich die politische Erkenntnis der bedeutenderen Männer, dass Deutschland mit seinen vielfach widerstrebenden Elementen, mit seinen verschiedenen Confessionen und Nationalitäten nur zu einem möglichst freien Bundestaate vereinigt werden kann. Alles dies hat auch die verschiedensten Verehrer des Kaiserthums vielfach schon auf andere Ideen gebracht. Überhaupt steht es wohl schon fest, daß wir nicht wie die Siebenzehner in ihrem Entwurfe, mit der Spitze des Ganzen, mit der zu begründenden Centralgewalt des Bundesstaates beginnen, sondern erst die Grundsteine legen werden, worauf das Gebäude der deutschen Verfassung errichtet werden kann. Mit anderen Worten: wir werden, wenn der gewählte Verfassungsausschuß erst Bericht erstattet hat, zunächst die Grundrechte feststellen, welche das deutsche Volks in allen Einzelstaaten haben muß.

Doch über die Tagesfragen nächstens mehr. Betrachten wir nun den Charakter der Versammlung, so läßt sich nicht leugnen, dass die ersten Sitzungen Manche, welche mit allzukühnen, jugendlichen Hoffnungen hierher gekommen waren, nicht durchaus befriedigt haben. Ich für meine Person kann dies aber keineswegs von mir sagen. Die ersten Berathungen drehten sich, dies läßt sich nicht leugnen, um mehr oder weniger leere Formfragen; indes konnte dies bei einer so ganz neuen Versammlung anders sein? Ja den ersten Tag handelte es sich, und Das ist wahr, oft um Sachen von geringer Wichtigkeit, wodurch das Wichtigste, der Zweck der ganzen Versammlung, nur hinausgeschoben wurde; aber es waren das Plänkeleien der verschiedenen Partheien, die sich erst kennen lernen mussten." (*Fortsetzung folgt*)

Soester Kreisblatt vom 20. Juni 1848, S 234

(Fortsetzung des Schreibens des Herrn Ostendorf, Deputirten des hiesigen Wahlbezirks bei der National-Versammlung zu Frankfurt.)

"Ich will unmittelbar in meinem abgebrochenen Berichte fortfahren, um Ihnen so ein möglichst treues Bild der hiesigen Verhältnisse zu geben, muß aber dabei um Entschuldigung bitten, wenn

jetzt hier oder dort das Eine oder Andere in einem Gegensatze gegen meine frühere Darstellung zu stehen scheint. Die Zeit schreitet schnell voran und mit ihr die Bildung der Partheien, so wie die Befestigung und Läuterung der Ansichten. Von einer Linken konnten wir schon vor einigen Tagen sprechen; jetzt gestalten und sondern sich allmählich auch ein linkes und rechtes Centrum; nur die eigentliche Rechte bleibt nach wie vor als Parthei unbedeutend, und selbst Männer, wie unser frühere Minister Graf Arnim, erklären bei jeder Gelegenheit, dass sie dieser äußersten Seite weder angehören, noch je angehört haben. So kann man denn, wenigstens wenn man auf das offene, entschiedene Auftreten sieht, zu der eigentlichen rechten Seite nur einige wenige rechnen. Desto zahlreicher ist, wie schon bemerkt, das Centrum, welches jetzt anfängt, sich in seine verschiedenen Theile zu sondern, wozu aber für den Augenblick sich noch fast Alle rechnen, die nicht mit der äußersten Linken stimmen.

Gehen wir jetzt auf den Charakter der vorbereitenden Versammlungen der einzelnen Partheien näher ein, so läßt es sich nicht leugnen, die lebhafteste Debatte findet in der Regel im deutschen Hofe, dem Lokal der linken Seite, statt. Hier tritt Arnold Ruge, den man wohl mit Recht den geistigen Führer jener Parthei nennen kann, der aber, weil er durchaus kein Redner ist, es vermeidet, in den Sitzungen der Reichsversammlung selbst zu sprechen, oft und gern in seiner gewohnten dialektischen und witzigen, aber auch groben Weise auf; hier spricht oft Robert Blum mit seinem gewaltigen Redetalente, hier werden täglich Kämpfe geführt zwischen fast sämtlichen Recken, jugendlichen Mitgliedern unserer Versammlung.

Eben so interessant oder noch interessanter versprechen die Debatten in den Versammlungen des sich bildenden linken Centrums zu werden, wozu sich eine Menge geistvoller Männer und tüchtige Politiker, wie z. B. der Weimarsche Minister v. Wydenbrugk, Steinmann von Koblenz, Fallati von Tübingen, Leuneheckscher, der Breslauer Simon und mancher Andere, zählt. Hier werden die Fragen des Tages eben so, wie von den Männern des deutschen Hofes, im Sinne des entschiedenen Fortschrittes, aber ruhiger, mit mehr Rücksicht auf das Bestehende, und man kann zuweilen auch wohl sagen, mit größerer Kenntnis von den bestehenden Zuständen besprochen. Auch ich richte meine Schritte am liebsten hierhin.

Weit farbloser, und man kann wohl sagen, in der Regel langweilig sind die Verhandlungen des rechten Centrums, die sich meistens um allgemeine Redensarten drehen, und sogar von manchen Mitgliedern dieser Parthei gemieden werden. Doch genug von den Vorversammlungen der Partheien ! Auch von anderen Zusammenkünften, z.B. von denen einzelner Landsmannschaften, schreibe ich Ihnen nächstens mehr." *(Fortsetzung folgt)*

Soester Kreisblatt vom 20. Juni 1848

(Schreiben des Herrn Ostendorf. Freitag, den 16. Juni 1848 (Schluß))

"Sie sehen, ich habe meinen Entschluß geändert. Ich habe dies gethan, weil ich nicht unterlassen konnte, noch eine kurze Notiz hinzuzufügen. Gestern Nachmittag war ich nemlich in einer Sitzung des demokratischen Congresses und hörte etwa eine Stunde lang die in demselben gehaltenen Reden über Zweck und Absicht der Zusammenkunft, sowie die Beschlüsse der Demokraten über das was sie jetzt unternehmen, und dasjenige was sie künftig erstreben wollen, mit Aufmerksamkeit an, muß aber gestehen, dass ich im Laufe jener Stunde die Furcht die man in Westfalen vor den Demokraten zu hegen scheint als ganz unbegründet erkannt habe. Die Leute sprechen ihre gefährlichen Absichten viel zu unumwunden aus, als dass sie dieselben je durchsetzen könnten; sie sind viel zu offen, viel zu sehr Schwärmer, um Großes auszuführen. Dazu besteht diese Art demokratischer Vereine, welche ihr Ziel rein auf dem Wege der Gewalt verfolgt, außer einigen größeren Städten Nord-Deutschlands auch fast nur in Süd-West-Deutschland und hat hier selbst unter den Freigesinnten bedeutende und entschiedene Gegner, ihren Anhang aber fast nur unter den jüngeren, exaltirten Köpfen des Arbeiterstandes. Sie ist daher ohnmächtig - falls nemlich nicht ein schlimmer Gang der Ereignisse, oder der böse Wille der Reaction auch die gemäßigten Demokraten auf ihre Seite treibt. Dann aber könnte das Zeugen die neuesten Nachrichten von der Stimmung und Bewegung in Baden, in Würtemberg, Oestreich und Hessen, welche uns hier von den Abgeordneten jener Länder noch ausführlicher und genauer als in den Zeitungen mitgetheilt wurden, dann könnte, sage ich, ganz Süd-Deutschland in einen Zustand der Gärung

und Umwälzung versetzt werden worin alles Bestehende untergehen würde; und in diesem Strudel wäre dann auch nothwendigerweise Nord-Deutschland bald hinein gezogen. Daß dies nicht geschehe, das zu verhindern ist Sache der Regierungen und des Parlaments; zeigen jene volles Vertrauen in das Volk und entschiedene Wahrhaftigkeit, und tritt das Parlament nach jeder Seite hin mit Kraft und Entschiedenheit im Sinne des Volkswillen, mit Umsicht, Thätigkeit und Eifer auf: So haben wir auch von äußeren Feinden nichts zu befürchten. Im entgegengesetzten Falle gehen wir, das ist wenigstens meine Ueberzeugung, einem blutigen inneren und äußeren Krieg entgegen, doch was ich ihnen schon öfters gesagt habe, hoffen wir das Beste! Aber freilich darf, damit unsere Hoffnung in Erfüllung gehe, die Nationalversammlung nicht verfahren, wie sie in der letzten Woche verfahren hat und ihre Thätigkeit verzögern lassen durch die Gründlichkeit gelehrter Professoren. Seit mehreren Tagen warten wir, oder besser gesagt wartet ganz Deutschland auf die Berichterstattung unserer Ausschüsse, seit längerer Zeit warten wir namentlich auf den Bericht über die provisorische Central-Gewalt, ohne welche wir keinen unserer Beschlüsse Kraft geben können, ohne welche wir unser Ansehen in ganz Deutschland verlieren müssen. Mit der Bestimmung dieser Central-Gewalt war dann unser dafür eingesetzter Ausschuß auch bereits Freitag Abend vor Pfingsten fertig geworden und hatte den berühmten Dahlmann zum Berichterstatte ernannt. Der gute Mann aber, welcher jedes Wörtlein auf die Goldwaage zu legen gewohnt ist, und dazu unglücklicherweise noch etwas unwohl geworden, wird seinen Bericht erst heute Abend fertig haben, und wir sind deshalb genöthigt gewesen, sowohl gestern als heute die Sitzung auszusetzen, und werden erst morgen den Bericht hören, und folglich erst in künftiger Woche darüber berathen, während die besonnenen Freunde der Freiheit uns überall Unthätigkeit vorwerfen, und die hier versammelten Demokraten laut jubelnd verkündigen, dass wir aus Furcht vor ihnen die Sitzung ausgesetzt haben, oder über einen Verrath schreien, welchen die Mehrheit der Versammlung an der Souveränität des Volkes den Fürsten gegenüber ausüben wolle."

Jul. Ostendorf.

Soester Kreisblatt vom 27. Juni 1848, S. 245

Vor dem folgenden "Schreiben des Herrn Ostendorf" steht die Mitteilung:

Einer zuverlässigen Privatnachricht zu Folge ist auf Antrag sämmtlicher deutschen Fürsten in einer außerordentlichen Sitzung der Nationalversammlung vom 24. Juni der Erzherzog Johann von Oesterreich zum deutschen Kaiser mit zwei Drittel Stimmenmehrheit gewählt, und in Frankfurt als solcher sogleich feierlich ausgerufen worden.

Frankfurt, den 15. Juni 1848

"So wie das vorige Mal, so kann ich auch jetzt wieder meine Mittheilungen an zwei Abstimmungen des Reichstages, welche kurz nach einander folgten, passend anknüpfen. - In der letzten Sitzung vor den Pfingsttagen hat unsere Versammlung mit einer Mehrheit von 275 Stimmen gegen 200 den von mehreren Abgeordneten, unter andern auch von mir gestellten Antrag verworfen, daß sie sich die Genehmigung des mit Dänemark zu schließenden Friedens vorbehalten möge; in der gestrigen Sitzung hat sie den Ausschuß-Antrag, zum Bau einer deutschen Kriegsflotte sechs Millionen Thaler zu bewilligen, nur unter dem Vorbehalte, daß deren Verwendung u.s.w. nicht dem factisch bestehenden Bundestage sondern der von uns zu schaffenden Executiv-Gewalt zu überlassen sei, fast einstimmig angenommen.

Hat sich nun unsere Versammlung in diesen beiden Abstimmungen nicht selbst widersprochen? Hat sie jene Souveränität, welche sie früher sich entschieden beigelegt hat, nicht durch den ersten Beschluß aufgegeben und durch den zweiten wieder an sich gerissen? So scheint es allerdings für den ersten Augenblick; aber erwägt man genauer wie die beiden Beschlüsse zu Stande gekommen sind: so stellt sich klar heraus, daß wenigstens dem Ersten keine so hohe Wichtigkeit beizulegen ist, als es wohl scheinen könnte.

Ich bin durchaus dafür, daß ein jeder Friede, welchen eine deutsche Regierung schließt und namentlich ein solcher wie der mit Dänemark, wobei die Ehre des Vaterlandes, die Unverletzlichkeit seiner Grenzen auf dem Spiele steht, gerade wie jeder andere Vertrag mit dem Ausland zu seiner völligen Gültigkeit der Genehmigung der National-Versammlung, mag diese Billigung nun in einer Weise stattfinden, wie sie will, jedenfalls bedürfen muß. Nur so können wir das un-

befugte Hervortreten der Sonder-Interessen bei Vertretern hindern, nur so können wir das vielfach zersplitterte Deutschland als ein Einiges herstellen. Aber dennoch war es vielleicht etwas ungeschickt diese Idee oder besser gesagt diesen Grundsatz in dem vorliegenden Falle zur Debatte zu bringen; und ich habe deßhalb auch bei derjenigen gemäßigten Parthei der Linken, welcher ich mich angeschlossen habe, darauf angetragen, jenes einstweilen zu unterlassen. Denn eine Nationalsache darf gewiß, so lange es irgend möglich ist nicht als Partheifrage behandelt werden. Das fühlten auch manche Mitglieder der Versammlung und ließen sich deshalb verleiten mit Nein zu stimmen, statt dass sie sonst mit Ja gestimmt hätten; andere waren auf die in dem Antrag liegende Prinzipienfrage nicht hinlänglich vorbereitet und stimmten für Ablehnung desselben lediglich aus Furcht, dass das Verlangen einer Genehmigung von Seiten der National-Versammlung der Friedens-Vermittlung durch England hinderlich sein möchte; wieder andere ließen sich durch die etwas wilde und thörichte Weise, wie die Parthei des deutschen Hofes die Sache als Partheifrage behandelte, auf die entgegengesetzte treiben; endlich wurden auch manche dadurch, dass man die Debatte zu lange ohne Unterbrechung fortsetzte, ermüdet und ärgerlich und stimmten für das worüber am wenigsten nachzudenken war. Sonst glaube ich versichern zu können, würden wir statt einer Minderheit eine Mehrheit für unseren Antrag gehabt haben. Einen weit günstigeren Eindruck muß nothwendiger Weise das Ergebnis der gestrigen Sitzung gemacht haben, indem es durch die fast völlige Einstimmigkeit, womit nach einer zum Theil bittern Debatte doch zuletzt ein Beschluß gefasst wurde, deutlich zeigte, daß bei Nationalen Fragen die entgegengesetzten Partheien, mit Ausnahme einiger weniger, durchaus geneigt und bereit sind, sich einander zu nähern und ihre widerstrebenden Anträge mit einander zu vereinigen.

Dies mag uns, dies mag namentlich Sie in Westphalen auch beruhigen, wenn auf der einen Seite noch von 38 Nationen in Deutschland gesprochen, und auf der andern Seite Heckers Landes-Verrath, der übrigens, davon bin ich jetzt überzeugt, durchaus nicht aus bösem Willen, sondern aus politischem Fanatismus und absichtlicher Täuschung durch andere, überhaupt aus Verken- nung der bestehenden Verhältnisse hervorgegangen ist, gerechtfertigt und hoch gepriesen wird. Denn wohl beides geschieht leider noch häufig genug von Abgeordneten und Nicht- Abgeordneten, in- und außerhalb der Paulskirche. Namentlich haben die eben verflorenen Pfingst-Ferien vielfach Gelegenheit geboten, dergleichen Ansichten und Ideen auszusprechen. Nach den Sitzungen in der Paulskirche, in den Abtheilungen und Ausschüssen fanden die meisten Mitglieder des Reichstages gut und nothwendig, während der Feiertage sich durch Bewegung in der freien Natur oder durch Wanderungen in fremde Städte einigermaßen zu zerstreuen, trennten sich aber nach ihren verschiedenen Ansichten in mannigfache Partheien, und während die Männer der sogenannten rechten Mitte im Vereine mit preußischen Bürokraten sich z.B. nach Baden Baden, Straßburg, Foesburg oder der Schweiz wandten, sollen sich die Mitglieder der äußersten Rechten in Koblenz amüsirt haben, und die der äußersten Linken und des deutschen Hofes hielten einen Umzug durch die Baierische Rhein-Pfalz, wohin im Grunde sämmtliche freisinnige Leute des Parlaments eingeladen waren, leider aber außer jener extremen Partheien nur wenige reisten. Was dort für Reden vorkamen, namentlich bei der Volksversammlung in Neustadt, können Sie leicht denken. Da wurden Himmel und Hölle gestürmt; da wurde den Hofräthen und Professoren und ihren Entwürfen und Zeitungen manches donnernde Preat [Anmerk.: Schmähruf] gebracht; da wurde endlich Hecker und sein Landes-Verrath hoch gelobt und gepriesen. Doch die hier auftretende Parthei irrt sich gewaltig, wenn sie meint auf diese Weise den Ton der Pfälzer getroffen zu haben. Eine solche Gesinnung, wie sie bei denselben vorauszusetzen scheint, herrscht allerdings in Mannheim und einem großen Theile des Badischen Landes, so wie, was die Baierische Pfalz anbetrifft und auch in dem Fabrikstädtchen Neustadt, unter den Handwerkern der kleineren Städte und unter manchen ärmeren Weinbauern vor, dagegen durchaus nicht unter dem kräftigeren Stamme der pfälzischen Ackerbauern und Mittelbürgern. Dies zeigte sich auch bei den Volks-Versammlungen in Neustadt. Leider waren bei derselben wie schon bemerkt nur wenig gemäßigte Mitglieder des Reichstages zugegen, und diese wenigen wollten theils bloße unbemerkte Zuschauer bleiben, theils waren sie wenigstens gerade nicht geneigt zu reden, theils konnten sie auch vor der Menge der Redner aus dem deutschen Hofe nicht zu Worte kommen. Aber die wenigen die zum ruhigen Fortschritte auf gesetzlichem Wege ermahnten, erhielten eben

so ungetheilten oder noch ungetheilten Beifall, als die Extremen. Ja man kann im ganzen wohl behaupten, daß diejenigen, welche den letzteren zujauchzten, weniger aus der bayerischen Pfalz hervorgegangen, als vielmehr Leute waren, die aus Mannheim mit herüber gekommen waren. Wenigstens zollten ihnen von den Pfälzern mehr nur die Jüngerer, extra vaganten Köpfen einen ungetheilten Beifall, während viele Andere bedenklich das Haupt schüttelten. Dagegen lässt sich allerdings nicht verkennen, dass die Pfälzer durchweg entschieden freisinnig sind. Sie wollen eine möglichst große Freiheit, auf möglichst gesetzlichem Wege erringen; sie wollen dies, weil die politische Bildung hier größer ist als in irgend einer anderen Gegend Deutschlands. Ja meine Herren, wenn bei uns, wenn überall in Deutschland der politische Sinn des Volkes so geweckt und klar, die politische Bildung so allgemein verbreitet wäre, wie in der Pfalz, dann dürften wir an der großen und schönen Zukunft eines einigen und freien Deutschlands auf keinen Augenblick mehr zweifeln. Ich machte während der Pfingsttage die Reise durch die Pfalz, größtentheils nicht mit dem ganzen Zuge, sondern mit einem einzelnen Collegen von gemäßiger Gesinnung. Ich hatte daher die beste Gelegenheit, die Pfälzer genau kennen zu lernen und fand überall die höchste Begeisterung für Deutschlands Wiedergeburt in Freiheit und Einheit. Ueberall hatte man daher auch beschlossen, die reisenden Mitglieder des Parlamentes glänzend oder doch freundlich aufzunehmen, aber das sprach man ebenfalls überall mit Bestimmtheit aus, nicht als Leute von einer bestimmten extremen Parthei, sondern überhaupt als freisinnige Männer und Vertreter des gemeinsamen Vaterlandes.

Doch um nicht zu sehr von der Politik abzuschweifen, kehren wir nach Frankfurt zurück, hier wird in den nächsten Tagen über eine der wichtigsten Sachen entschieden werden, nemlich über die provisorische Central-Gewalt. Wie die Entscheidung ausfallen wird, läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit, wohl aber mit einiger Wahrscheinlichkeit voraus sagen. Der von Dahlmann in dem Ausschusse gestellte Antrag wird, allerdings mit einigen wesentlichen Aenderungen, wodurch er theilweise schon in dem Ausschusse modificirt worden ist, angenommen werden. Die verschiedenen Minoritäten im Ausschusse wollen allerdings theils etwas ganz verschiedenes, theils doch bei ähnlichen Grundsätzen eine verschiedenartige Entwicklung. Die Rechte will von einer eigentlichen Central-Gewalt nichts wissen, sondern nur ein von den einzelnen Regierungen in Deutschland einzusetzendes verantwortliches Ministerium; die äußerste Linke will statt des Bundes-Direktoriums oder wie sie es nennt, statt des dreiköpfigen Ungeheuers einen von unserer Versammlung einzusetzenden Präsidenten; die gemäßigte Linke möchte um größerer Einheit und Kraft willen, allerdings auch einen Präsidenten, den aber dann (so ist es wenigstens theilweise die Ansicht), die Regierungen billigen und wir genehmigen würden.

So weit für heute, der nächste Bericht wird über fünf bis sechs Tage, während oder gleich nach den Berathungen über die provisorische Central-Gewalt folgen."

Soester Kreisblatt Nr. 43 / 1848 S. 272 und Beilage

(Gerichts-Rath Lorsbach / Werl contra Julius Ostendorf / Soest)

"Der Abgeordnete des Kreises Soest zu Frankfurt auf der Linken. Herrn Ostendorfs Bewerbung um die Abgeordnetenstelle in Frankfurt erklärte ich wegen seiner unerfahrenen Jugend für sehr bedenklich; ich unterstellte, er schließe sich der Linken an, denn ihr exaltirtes, excentrisches Wesen reißt zu leicht junge Leute hin. Der Haß der Linken gegen unsern edlen König und sein Haus, gegen ganz Preußen ist zu bekannt. Der Gedanke, ein westfälischer Abgeordneter gehöre zur revolutionären, zur republicanischen Fahne, flößt hier Besorgnis ein. Schmerzlich war den uns so nahe stehenden Freund des edlen v. Vincke, einen der 138 des Jahres 1847, nicht gewählt zu sehen; seine unerschütterliche deutsche Treue und deutsche Redlichkeit vor kurzem: er werde niemals zur Linken gehören; Freisinnigkeit bewährten er und Vincke, sie können nicht den Umsturz einer guten Ordnung bewirken helfen; was verbessert werden muß unterstützen sie.

Des Abgeordneten Schreiben vom 15. vom Monat benachrichtigt uns nun, er gehöre zur Linken, aber zur gemäßigten. Zuweilen Radikale, Republikaner, Wähler sind in der Linken; ihre Reden vernichten Ruhe, Ordnung, Gehorsam, Glück und Segen. Die Galerie in der Paulskirche klatscht, ruft, zischt, pfeift sogar gegen die Rechte ihr Beifall, gleich dem Frankfurter Straßenparlament.

Der Hoch- und Landesverräther Advokat Hecker aus Mannheim überfiel mit deutschem und fremdem bewaffnetem Gesindel Baden; dort Bürgerkrieg. Baierns, Würtembergs, der beiden Hessen, Nassau's Truppen vergossen ihr Blut, der edle tapfere v. Gagern fiel von Meuchelmörder Hand; wie viel 1000 badische Familien sind unglücklich, arm geworden! Zum zweiten Mal will Hecker mit solchen in der Schweiz gesammelten Horden Deutschland angreifen, um eine Republik zu errichten. In Trier wird für ihn geworben (die Zeitungen sagen es), die Angeworbenen werden mit Pässen nach Mainz geschickt. Die preußischen Behörden sind unthätig; wie ist das möglich? kennt doch das dortige Strafgesetzbuch ein solches Verbrechen! Gestern am 7. Juli haben in Dortmund mehr als 1000 Westfalen und Rheinländer sich für unsern constitutionellen König ausgesprochen; wir wollen keine Republik; wir bilden allenthalben Vereine, um das Königthum zu stärken; wir wollen gegen Anarchie oder Gesetzlosigkeit, gegen Revolution, gegen Republik mit Wort und That streiten, so lange Eiche und Erde stehen, wollen wir Treue und Redlichkeit uns und unseren Nachkommen erhalten.

Der Abgeordnete ist, S. 246 d. Kreisblattes, jetzt überzeugt: "Hecker habe dies durchaus nicht aus bösem Willen gethan, sondern aus politischem Fanatismus und absichtlicher Täuschung durch Andere, überhaupt aus Verbannung der bestehenden Verhältnisse sei der Landesverrath hervorgegangen." Also in guter Absicht eins der größten Verbrechen begangen; die That soll nicht doles, nur culpes, fahrlässig erscheinen. Ein mit dem Vertrauen von mehr als 70,000 Seelen beehrter junger Mann darf solche Grundsätze nicht haben, nicht öffentlich erklären; es ist gleichsam Beschönigung der schändlichen That!

Kürzlich beabsichtigt die Linke Amnestie für alle politischen Verbrecher, um ihren Hecker in die Paulskirche zu führen. Doch wird vorabsichtlich dies nicht gelingen; v. Vincke und Fürst Lichnowsky gehören zum Ausschuß über Heckers Wahl; sie werden für Deutschlands Ehre kämpfen. Wenn v. Vincke von der Existenz 38 verschiedener deutschen Nationen, Nationalitäten, Völkern sprach, so begriff doch Jeder, was er damit sagen wollte; die Linke hat gute und schlechte Witze über jene Äußerung gemacht. Unser Abgeordneter sagt nun S. 246: wir Westfalen sollen uns nun, ob des einstimmigen Ergebnisses der Sitzung vom 14. Juni beruhigen, wenn auf der einen Seite noch von 38 Nationen in Deutschland gesprochen werde. Wozu dies? Weiter werden dort Männer der sogenannten rechten Mitte im Verein mit preußischen Bürokraten erwähnt. Wer zeigt sich als preußischer Bürokrat in der Paulskirche? wollten, konnten preußische Abgeordnete als preußische Beamten dort herrschen? Hiervon keine Spur in den Verhandlungen. In die Heimat zurückgekehrt werden preußische Beamte im Dienst treu ihrem Eide alle Gesetze anwenden und befolgen und befolgen, wenn sie sogar wünschen, manche waren abgeändert; insoweit herrschen die Beamten in Preußen, und in jedem Lande. Vieles wird bei uns besser; wie weit wird man sich aber in Preußen mit dankbarem Herzen des vielen Guten erinnern, was unsere Monarchen vor dem 19. März verordneten, thaten? Deshalb sind wir keine Reaktionäre, wir wollen nicht die Reaktion.

Gründlichkeit in Worten und Werken verlangen wir von jedem deutschen Professor; ein Contrast ist der Wunsch S. 250: "die Nationalversammlung dürfe ihre Thätigkeit nicht durch die Gründlichkeit gelehrter Professoren verzögern lassen. Über unsern Dahlmann, einen der größten, der....., der eidgetreusten, deshalb vor 10 Jahren mit 6 Collegen in Göttingen entlassenen Gelehrten, die mitleidige Äußerung: der gute Mann aber, welcher jedes Wort auf die Goldwaage zu legen gewohnt, und dazu unglücklicher Weise noch etwas unwohl geworden ist. Die Frankfurter Verhandlungen beweisen die Nothwendigkeit solcher Anwiegung; einige Leser des Kreisblattes erinnern sich, welche Debatten über die Redaktion des politischen Glaubensbekenntnisses gestern in Dortmund statt fanden, bis endlich der Ausschuß einig war. Dahlmann ist zu verehren. Als Fürst Lichnowsky für die preußischen Abgeordneten der Rechten und des Centrums gegen die Meuchelmörder in Mainz auftrat, da würde der Stellvertreter des Abgeordneten als Landwehroffizier mit für unsere Fahne gekämpft haben. V. Vincke hielt den Wühlern in seiner Meisterrede vom 21. Juni die Treue unserer Linie, unserer Landwehr vor Augen. Zum Inserat vom 17. v.M. S. 232 hielt ich mich verpflichtet, weil ich mich noch Obigem von Anfang an bedenklich geäußert hatte. Nicht Feindschaft liegt dem jetzigen zu Grunde, viel-mehr die Verpflichtung, in Wort und Schrift für die gute Sache zu kämpfen, welche auf rother Erde herrschen wird. Graf

Reichenbach, einer der Linken in Berlin, soll dort in diesen Tagen einen Toast auf Hecker - den Märtyrer - ausgebracht habe; die Linke in Berlin, die Linke in Frankfurt haben gleiche Grundsätze."

Werl, den 8. Juli 1848 Ger.-Rath Lorsbach

Folgend ein Ausschnitt aus einem Leserbrief in der gleichen Ausgabe des Kreisblattes zum gleichen Thema:

Soest, den 11. Juli 1848

"In No.43 des Soester Kreisblattes finden wir zu unserem Befremden einen Aufsatz des Herrn G.-R. Lorsbach aus Werl, in welchem er sich die vergebliche Mühe gibt, die Berichte unseres Deputirten in Frankfurt anzufinden, indem er einzelne aus dem Zusammenhang gerissene Stellen seiner Kritik unterwirft. Es ist auffallend, wie rasch dieser Mann seine Ansichten über Sachen und Personen ändert. Verwundert fragen wir uns, ob der Verfasser sich etwa noch in dem jugendlichen Alter befinde, welches seine Ansichten so leicht verändert, und das heute ausgesprochene Urtheil oft morgen schon widerruft; oder ob er vielleicht schon ein Methusalem Alter erreicht habe, in welchem der Geist allmählig erschlaft und ermattet und der Mensch überhaupt wieder zum Kinde wird. Zum Schluß erlauben wir uns nur noch die Bemerkung, daß Diejenigen, deren Sympathien H. O. jetzt verloren hat, weil er zur Linken gehört, doch bedenken mögen, daß diese sich in drei Partheien geteilt hat, in die äußerste, deren Führer Arnold Ruge ist, in die äußere, welche von Robert Blum geleitet wird, und in die gemäßigte oder das linke Centrum, zu welchem die besonnensten und gesinnungsvollsten Männer gehören, wie Arndt, Jahn, der Weimarsche Minister Wydenbrugk, Steinmann, Fallati, der Breslauer Simon, der Vicepräsident von Soiron u.v. A. Auch der Präsident der Nationalversammlung, Herr v. Gagern, scheint in der Hauptsache, wenigstens mit der vom Centrum vertretenen Richtung übereinzustimmen. Diesen letzteren nun hat sich Herr O. angeschlossen, und wäre es auch zu bedauern, wenn er seinen Platz anderswo in der Paulskirche eingenommen hätte."

Soester Kreisblatt, August 1848, S. 318 / 319 / 320

Nachstehend theilen wir die Vertheidigung des Herrn Ostendorf auf die Angriffe des Herrn Gerichts-Rath Lorsbach in Werl mit. Die Fortsetzung wird unverzüglich geliefert so bald uns dieselbe zugegangen ist. - Die Redaction, Soest, den 3. August 1848

“An meine Wähler.

Der folgende Artikel lag seit längerer Zeit halbvollendet in meinem Pulte. Daß ich auf die gegen mich gerichteten Anklagen so spät erst antworte, mögen meine Wähler gütigst mit den zum Theil aufregenden Debatten der letzten Wochen entschuldigen, wobei ich nicht im Stande war, die angefangene Arbeit mit Ruhe auszuführen. Frankfurt, den 31. Juli 1848

"In Nro. 43 des Soester Kreisblattes les' ich den Aufsatz des Herrn Gerichts-Rathes Lorsbach, der gegen meine Parteistellung in der Paulskirche gerichtet ist. So wenig es mir nun auch im Allgemeinen einfallen kann, gegen solche Angriffe mich zu vertheidigen, so glaub' ich doch jenem Aufsatz eine besondere Rücksicht huldigen schuldig zu sein, theils, weil ich den Gerichts-Rath Lorsbach wirklich seinen Worten nach für wohlwollend halte, theils und besonders, weil sein Artikel mir die beste Gelegenheit darbietet, über verschiedenen Punkte mich auszusprechen worüber ich meinen geehrten Wählern Rechenschaft schuldig zu sein überzeugt bin. Zunächst find ich in dem erwähnten Aufsätze die Vermuthung, wenn auch nicht geradezu hingestellt, so doch ziemlich klar angedeutet, ich habe mich der Linken angeschlossen, weil "ihr exaltirtes, excentrisches Wesen junge Leute nur zu leicht hinreißt;" womit ich sogleich den einigermaßen versteckt in Herrn Lorsbach's Worten liegenden Verdacht verbinde, dass der Beifall und Tadel der Galerie auf meine Stellung und Abstimmung in der Paulskirche Einfluß habe. Dieser Meinung kann ich füglich nichts Weiteres entgegensetzen, als die einfache, aber feste Behauptung, dass mein geehrter Gegner sich irrt, daß exaltirtes Wesen mir keinesweges gefällt, und daß die Urtheile der Galerie auf mich nur dann Eindruck machen, wenn ich sie mit voller Ueberzeugung als wahre und klare Aussprüche einer festen und entschiedenen Volksstimme betrachten kann, keineswegs aber, wenn sie, wie das leider ! so oft der Fall ist, von einzelnen Schreibern ausgehen

oder geleitet werden. Doch davon wird sich, hoff' ich, Herr Lorsbach selbst auch überzeugen, wenn wir uns erst über die Bedeutung der Rechten und der Linken in der Frankfurter Versammlung und über die verschiedenen Bruchtheile beider Parteien, welche mit denen der Berliner Versammlung vielleicht nicht vollständig übereinstimmen möchten, hinreichend verständigt haben werden.

Indem ich nun zu diesem Zwecke an die Schilderung unserer Rechten und Linken gehe, kann ich nicht umhin, vor allen Dingen jene Behauptung meines Gegners entschieden zurückzuweisen, nach welcher die Rede der Linken Ruhe, Ordnung u.s.w. vernichten, und die Rechten also wahrscheinlich dieselben hohen Güter schaffen oder erhalten sollen. Wähler und dgl. Feinde der gesetzlichen Ruhe und Ordnung, der wahren Freiheit und des Gehorsams gegen das Gesetz, des Glückes und Wohlstandes der Völker gibt es neben den tüchtigsten Männern auf beiden Seiten, gibt es überall, in allen Ländern und in allen Parteien. Wer auf ungesetzlichem Wege für sein Ansicht wirkt, während er auf gesetzlichem Wege dieselbe vertheidigen könnte und sollte; wer das Volk nicht zu überzeugen, sondern aufzuregen sucht, um seinen Zweck durchzusetzen: der ist ein Wähler, mag Zweck und Ansicht auch bestehen, worin es wolle. Wer den gesetzlich getroffenen Bestimmungen der Häupter oder Vertreter des Volkes sich nicht willig fügt, ist ein Feind des Gesetzes, ein Feind des Staates. Wenn Beyerhofer sammt seinen Genossen das Volk auffordert, dem Willen der Mehrheit unserer Versammlung und dem von ihr rechtskräftig erlassenen Gesetze sich zu widersetzen: so ist er mit seinen Freunden ebenso wohl ein Verräther des Vaterlandes, als das Hannover'sche Ministerium ist, falls es sich nehmlich, dem von uns in einer der früheren Sitzungen gethanen Ausspruch entgegenstellen sollte. Ohne Freiheit keine wahre Ordnung, ohne Ordnung keine Freiheit, ist ein alter bekannter Satz. Die beiden in jeder Versammlung von Volksvertretern vorhandenen Theile aber, die Rechte und die Linke, unterscheiden sich nicht dadurch, daß zu der einen Parthei bloß die ordentlichen Leute, und zu der andern nur die Taugeichtse gehören, sondern sie unterscheiden sich durchaus und allein nach ihren Grundsätzen. Diese müssen wir also näher untersuchen und feststellen. Dabei wird es sich aber bald zeigen, daß wir, indem wir auf verschiedene Versammlungen unsern Blick wenden, auch auf ganz verschiedene Ergebnisse kommen.

Herr Lorsbach selbst wird es mir nicht abstreiten können, dass Herr v. Vincke auf dem Berliner Landtag 1847 zur Linken gehörte. Keinem wird es in den Sinn kommen, denselben Mann jetzt in Bezug auf seine Stellung in der Frankfurter Versammlung zu einer anderen Parthei als zu der der äußersten Rechten zu zählen. Ebenso war der Hannover'sche Minister Stüve einst einer der tüchtigsten Führer der Linken in seinem Lande, und jetzt steht er entschieden auf der rechten Seite. Und warum? Woher diese Behauptung? Daher, weil es sich in den parlamentarischen Kämpfen der Jahre 1847 und 1837, in Berlin und Hannover um ganz andere Grundsätze handelte, als jetzt und in Frankfurt, weil deshalb auch die verschiedenen Parteien sich nach ganz anderen Rücksichten sondern mussten. Es fragt sich also hier nur, welche Grundsätze sind es, oder vielmehr, da es immer, in jedem Streit einen höchsten Gesichtspunkt gibt, worauf alles Andere gerichtet, welcher oberster Grundsatz ist es, der hier in unserer Versammlung die Rechte und die Linke von einander trennt. Dies ist aber, ich sprech' es unumwunden aus, der Grundsatz der unbedingten Machtvollkommenheit des deutschen Volkes, oder, um auch sogleich das Gegentheil hinzustellen, der Grundsatz der Vereinbarung mit den einzelnen Regierungen. Weil ich dem ersteren anhänge, so gehör' ich zur Linken; Herr v. Vincke ist ein entschiedener Anhänger des letzteren und zählt darum zur Rechten.

Doch ist mit diesem Grundsatz der Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit, das Zugeständnis an die Regierungen, ihre Vorschläge zu hören, und der Wunsch, solche zu empfangen, mit einem Worte, die Verständigung mit den Regierungen keineswegs zu verwechseln. Dies wünsch' auch ich, damit unser Verfassungswerk auf friedlichem Wege sich entwickle und ins Leben trete; diese Verständigung will auch meine Partei, - und dadurch unterscheidet sich dieselbe von der gewöhnlich sogenannten Linken - wie sich aus unserem hier folgenden Programm ergeben wird.

Vereinigungs-Punkt der Gesellschaft im Würtemberger Hofe.

1. Wir wollen, daß der verfassungsgebende Reichstag selbständig die allgemeine deutsche Verfassung gründe. Wir verwerfen somit die Ansicht, dass der Reichstag in dieser Beziehung auf

dem Boden des Vertrages mit den Regierungen (als Organ er einzelnen deutschen Staaten) stehe. Wir erachten hierdurch eine Berücksichtigung der von den gedachten Regierungen an den Reichstag gebrachten und von diesem geeignet befundenen Ansichten nicht ausgeschlossen.

2. Wir wollen, dass die zu gründende deutsche Verfassung in allen Theilen die Souveränität des deutschen Volkes zur Grundlage habe und diese Grundlage sichere.

3. Wir wollen, daß die Souveränität der einzelnen deutschen Staaten denjenigen Beschränkungen, und nur denjenigen Beschränkungen unterworfen werde, welche zur Begründung eines einigen und kräftigen Bundesstaates erforderlich sind.

4. Wir erachten alle übrigen Fragen zur Zeit für offen.

Die Programme der übrigen Parteien werd ich Ihnen zur Vergleichung mit dem unseren später mittheilen. Hier komm ich auf mich und meine Parteistellung zurück. Freunde haben mir in einzelnen Briefen die Frage vorgelegt, ob ich mich auch in der Berliner Versammlung, wenn ich derselben angehörte, der Partei der Linken anschließen würde. Die bestimmte, motivirte Antwort auf diese Frage ist Folgende ! Für jetzt nur die kurze Bemerkung, daß es etwas anderes ist, wenn eine alte bestehende Verfassung, wie die des preußischen Staates, umgewandelt werden soll, etwas Anderes, wenn nach langem vergeblichen Warten des Volkes auf eine durch die Regierung zu gründende Einheit (und daß diese nicht durch die Regierungen zu Stande kam, haben wir doch gewiß nicht gerade einem unbedingt bösen Willen derselben, sondern der Unmöglichkeit zu verdanken, daß achtunddreißig Regenten mit ihren Ständen u.s.w. sich zu einer Einheit verschmelzen), wenn, sag ich, nach einem solchen langen vergeblichen Harren in Folge eines revolutionären Zustandes ein Kongreß von Volksvertretern zusammen gekommen ist, um etwas noch ganz Neues zu schaffen ! In Berlin stehen unsere Repräsentanten einer fest gegründeten, wohl geachteten, durch die Geschichten von Jahrhunderten mit dem Volke verwachsenen Regierung, einem einzelnen edlen Fürsten mit seinem Hause gegenüber; hier müssten wir, wenn wir uns vereinbaren wollten, uns mit einem Phantome von Einheit, oder vielmehr, wir müssten uns mit einer Menge von Fürsten, von denen nicht jeder so gut und deutsch gesinnt ist, wie Friedrich Wilhelm der Vierte, und nicht bloß mit diesen, sondern auch mit einer ebenso großen Menge von Ministerien und Ständekammern vereinbaren, und wie das gehen würde, hat uns Hannover bereits deutlich genug gezeigt. Doch auch darauf wollen im Folgenden näher eingehen. An der gegenwärtigen Stelle soll jene Bemerkung nur dazu dienen, die Erscheinung zu erklären, daß Viele, sehr Viele zu Berlin auf den Bänken der Rechten sitzen würden, welche in Frankfurt mit der Linken stimmen; und daß, während in Berlin die Rechte die weit stärkere Partei ist, hier vielleicht mehr als zwei Drittheile der Versammlung mehr oder weniger bewußt zur Linken (in dem Sinne wie ich das Wort verstehe und verstehen zu müssen glaube) gehören und das sich zur Ehre rechnen. Solches wird Ihnen schon der mit ungemeiner Mehrheit durchgegangene Beschluß über das Hannover'sche Ministerium gezeigt haben; Solches ergiebt sich aber fast noch deutlicher aus manchen einzelnen Zügen und Äußerungen. So erklärte mir noch vor wenigen Tagen mein Kollege und Hausgenosse Herr Gerichts-Rath Schreiber aus Bielefeld, ein Mann, den in seinem Wahlbezirke gewiß Niemand mit den Männern der Berliner Linken zusammenstellen wird, den man dort vielmehr im entschiedenen Gegensatze gegen die dortige sozialistisch-republikanische Partei gewählt hat, (auch hier rechnet man ihn zur Partei des Hirschgrabens, oder des sogenannten rechten Centrums), dieser also erklärte mir, dass wir uns von den Regierungen der deutschen Einzelstaaten zwar Vorstellungen und Vorschläge machen lassen dürften und müssten, die Entscheidung in letzter Instanz aber durchaus unserer Versammlung vorzubehalten sei. Und so gehören denn fast alle Mitglieder des Reichstages der Partei der gemäßigten Linken, oder, wenn dieser Ausdruck zu viel Bedenken gegen sich haben sollte, der Partei des linken Centrums, wenn auch nicht äußerlich, doch nach ihren Grundsätzen an; und die derselben noch nicht angehören, werden, werden sich, davon bin ich fest überzeugt, durch den Verlauf der Ereignisse gedrängt, ebenso wie ich und viele Andere, ihr immer mehr nähern." (*Fortsetzung folgt.*)

Die Fortsetzung folgte erst am 30.10.1848 in der Beilage zum Soester Kreisblatt Nro.70

"An die Redaction des Soester Kreisblattes

Seit längerer Zeit bin ich Ihnen die Fortsetzung eines Artikels schuldig, worin ich zu meiner Rechtfertigung, namentlich auf die Angriffe des Herrn Lorsbach, die Parteistellung, die ich in der Paulskirche einnehme, kurz darzustellen begann. Ich bin Ihnen jene Fortsetzung, um anderer Gründe hier nicht zu bedenken, besonders auch deshalb schuldig geblieben, weil meine Partei allmählich selbst in einen Zustand des Schwankens, in eine Periode der Umgestaltung eingetreten war, welche uns in bedeutender Aufregung und Beschäftigung erhielt. Jetzt ist diese Periode bis zu dem Punkte gekommen, wo eine offene Spaltung ausgebrochen ist. Ich habe von meiner Seite Alles gethan, was ich tun konnte, um dieselbe zu verhüten; ich bedaure, dass sie dennoch zu Stande gekommen ist, bedaure es im Interesse der Reichsversammlung und des Vaterlandes. Aus einem solchen Gefühl oder vielmehr aus der Furcht vor der im Inneren der Partei sich ausbildenden Spaltung ist der beiliegende Artikel über den Würtemberger Hof im Frankfurter Journal hervorgegangen, der freilich zu spät gedruckt worden ist, um etwa noch zu einer Verhütung der Zersplitterung beizutragen, jetzt aber doch wenigstens für viele Leser als Beitrag zur Geschichte der wichtigsten Partei in der Reichsversammlung und für meine Freunde und Wähler in Soest als das beste Mittel zur Beurtheilung meiner Parteistellung von einiger Bedeutung sein möchte. Dies ist der Grund, warum ich Ihnen denselben zusende und sie ergebenst bitte, ihn in Ihrem geehrten Blatte zu veröffentlichen. Ich habe, wie schon gesagt, in der letzten Zeit zu Viel zu thun gehabt, bin zu sehr durch Geschäfte abgezogen worden, als dass ich Ihnen hätte eine Fortsetzung des Artikels zu meiner Rechtfertigung zuschicken können; ich glaube aber auch mich nicht besser rechtfertigen zu können, als durch die im Frankfurter Journal stehende einfache Geschichte meiner Partei. Ich ersuche Sie also, wie bemerkt, den beiliegenden Artikel zugleich mit diesem Brief in Ihrem Blatte zu veröffentlichen. Die Fortsetzung werd' ich Ihnen morgen oder übermorgen zuschicken, ebenso auch nächstens ein Verzeichniß meiner bisherigen Partei und dgl." Frankfurt, den 6. October 1848 Hochachtungsvoll O s t e n d o r f

Soester Kreisblatt, 29. August 1848 Besprechung verschiedener Gegenstände.(Berichtigung)

"Mit Bedauern les' ich in einer der neuesten Nummern des Bürger- und Bauernfreundes eine nicht ganz richtige Erzählung von der Vorstellung, zu welcher der König in Köln die Angeordneten aus Frankfurt eingeladen hat. Mit Bedauern, sag' ich; denn zur Verwirklichung Dessen, was wohl fast alle Deutschen jetzt auf das Lebhafteste erstreben, der langersehnten Einheit Deutschlands, gibt es nur zwei Wege, entweder die Gründung eines Bundesfreistaates in unserem Vaterlande, oder die Monarchie unter Preußens Königshause. Auf welchem dieser beiden Wege uns das Schicksal noch führen wird, wag' ich nicht zu entscheiden; so Viel ist aber sicher: Der Deutsche, welcher uns durch Wort und That den letzteren Weg abzuschneiden sucht, handelt unpatriotisch. Darum bedaure ich schon als Deutscher es stets, wenn ein Gegensatz zwischen Deutschland und Preußen gemacht wird, mag Dies nun von Seiten zu eifriger Freunde von Deutschlands Einheit, oder von Seiten des spezifisch-preußisch-Gesinnten geschehen - ein Unterschied, der übrigens auch gar nicht gemacht werden sollte; denn je besser deutsch Jemand ist, desto mehr wird er sich scheuen, das preußische Volksgefühl zu verletzen; je wahrerer Preuße man ist, desto tiefer wird man die Wahrheit der Worte seines Königs erkennen und empfinden: "Preußen muß fortan in Deutschland aufgehen." Wenn ich daher als Deutscher den erwähnten Artikel ungerne gelesen habe: so muss ich als geborener Preuße es doppelt ungerne sehen, dass mein Name mit einer solchen entstellten oder entstellenden Erzählung in Verbindung gebracht worden ist. Doch zur Sache! Den ganzen Artikel möchte ich mit dem Worte 'mythisch' bezeichnen. Der darin gegebene Bericht beruht, gleich den Abentheuern, wovon uns die alten Mythen melden, auf einer einfachen Erzählung einiger Abgeordneten, deren Inhalt durch das Gerücht ins Unendliche vergrößert worden ist.

Als nemlich der König am Montag in Köln angekommen war, sollen mehrere Abgeordnete aus Frankfurt, welche sich als Einzelne in der Wohnung Sr. Majestät eingefunden hatten, um sich ihm vorstellen zu lassen, auf ihre Frage, ob sie nicht ein eigenes Zimmer erhalten könnten, worin sie den Präsidenten des Reichstags mit den übrigen Deputirten erwarten würden, zunächst von

einem Adjutanten des Königs eine ablehnende, jedoch ganz freundliche Antwort, dann jedoch aber von einem Herrn von Auerswald, (welcher es sein soll, weiß ich nicht; vermuthlich aber ist unser Kollege, der Frankfurter Abgeordnete und designirte Gesandte für Petersburg, gemeint) die schnöde Mahnung erhalten haben: "Aber ich dünkte, meine Herren, wir warteten überhaupt, bis erst der hohe Adel und das hohe Militär vorgestellt worden ist." Ob diese Worte überhaupt ausgesprochen sind, hab' ich bis jetzt nicht erfahren können; auch bin ich gar nicht besonders geneigt, mich danach eifrig zu erkundigen, da sie keineswegs unser Verhältnis zu Preußen oder seinem König oder Ministerium betreffen, sondern nur beweisen könnten, daß ein einzelnes Glied einer allerdings dem Throne nahe stehenden Familie, welches nicht ohne bürokratischen Anflug ist, Nichts gelernt und Nichts vergessen hat. Daß jene Worte aber, wenn sie gesprochen sind, für den Augenblick, namentlich in unserer Zeit, wo überall eine überwundene Partei wieder hervortaucht und die Errungenschaften der Umwälzungen dieses Jahres uns zu entreißen sucht, einen üblen Eindruck gemacht haben müssen, läßt sich leicht begreifen. Indeß könnte die daraus hervorgehende Erbitterung oder, besser gesagt, Verbitterung, jedenfalls nur gegen den Herrn von Auerswald gerichtet gewesen sein, und hat natürlich wenigstens keinen Frankfurter Abgeordneten veranlaßt, den Saal des Königs, wie in dem Berichte des Bürger- und Bauernfreundes gesagt worden ist, zu verlassen. Im Gegentheil haben wir uns (fast sämtliche Abgeordneten aus Preußen, die in Köln anwesend waren, und auch viele aus anderen deutschen Ländern) dem König vorstellen lassen, sind zuerst vor allen Anderen vorgestellt worden und haben von Sr. Majestät mit Freuden vernommen, wie sehr sein Herz für Deutschlands Einheit begeistert sei. Und gewiß würden wir alle uns in der günstigsten Stimmung entfernt haben, wenn nicht die letzten Worte des Königs: "Aber vergessen Sie nicht, meine Herren, dass es auch noch Fürsten in Deutschland gibt, und dass auch ich zu ihnen gehöre!" zu sehr als Zurechtweisung und als Drohung geklungen hätten. Diese schwächten den Eindruck, welchen das freundliche Wesen Friedrich Wilhelm's des Vierten in Verbindung mit seinen Reden gemacht hatte, fast allgemein. Indeß legte sich die Mißstimmung, welche jene Worte hervorbrachten, vollständig wieder, als der König am folgenden Tage bei dem glänzenden Festmahl auf dem Gürzenich seinen Toast auf die anwesenden und abwesenden Mitglieder des deutschen Reichstages ausgebracht und, was viel wichtiger ist, jene Worte in der schriftlichen Redaktion seiner Rede dahin ausgelegt und abgeändert hatte, daß sie heißen sollten: "So wie auch ich überzeugt bin, daß Sie nicht vergessen werden, daß es noch Fürsten in Deutschland gibt, und ich zu ihnen gehöre." - eine Form, worin sie auch in die Zeitungen und im Gagerns Bericht von der Kölner Reise aufgenommen worden sind. So hat denn die Fahrt nach Köln im Ganzen einen erfreulichen Eindruck in uns hinterlassen; sie wird dies auch beim preußischen Hofe, sie wird es bei den meisten Theilnehmern am Dombaufeste gethan und so hoffentlich wünschenswerthe Folgen haben und dazu beitragen, den Zwiespalt zwischen Preußen und Deutschland zu heben. Ist auch Einiges vorgekommen, was theils an die alte Zeit, theils an Ereignisse der Umwälzung zu sehr erinnert: so werden doch, das glaub' ich erwarten zu dürfen, die Ehre, welche dem König und ebenso dem Reichsverweser und besonders auch unserem Präsidenten von allen Seiten gezollt worden ist und die Achtung und Freundschaft, welche diese Männer vor Aller Augen sich gegenseitig bewiesen haben, bei den wirklich Wohlthenden die traurige Abneigung gegen Preußen und die lächerliche Preußenthümelei mit einem Schläge vernichtet haben.

Wie aus Soest, so waren, wie ich höre, auch aus anderen Orten einzelnen Deputationen in Köln erschienen, um den Reichsverweser zu begrüßen. Haben diese nun auch zum größten Theil ihren eigentlichen, nächsten Zweck verfehlt, weil Erzherzog Johann sich durchaus nur als Gast betrachtet wissen wollte und darum offizielle Audienzen möglichst vermied: so werden sie doch gleich den anderen Theilnehmern am Dombaufest überall von der Begeisterung für Deutschlands Einheit und der Achtung für Preußens Größe, wovon sie in Köln Zeugen gewesen sind, berichten können und gewiß berichten. Schon bemerkt man davon, sowie vom Dombaufest überhaupt die günstigen Folgen hier, wie im übrigen Deutschland bei manchen Gelegenheiten gar deutlich. Um so mehr aber sollte Jeder sich hüten, jene erfreuliche Annäherungen der Meinungen wieder zu zerstreuen; und so fest ich auch überzeugt bin, daß der Artikel im Bürger- und Bauernfreund aus einer durchaus redliche Absicht hervorgegangen ist, so wünschenswerth ich es auch finde, daß

dieses Blatt im entschieden deutschen Sinne wirke: so sehr muß ich es doch bedauern, wenn es dergleichen der deutschen Sache gewiß nicht förderlichen Mittheilungen, wie ich hier eine beleuchtet habe, aufnimmt.

Anderweitige Gerüchte, welche über den Empfang der Abgeordneten in der Wohnung des Königs zirkuliren, glaub' ich mit Stillschweigen übergehen zu dürfen; das in dem Artikel des Bürger- und Bauernfreundes berührte aber hielt ich für meine Pflicht auf seine Wahrheit zurückzuführen.

Frankfurt, den 23. August 1848 Ostendorf (ebenda, 29. August 1848)

An meine Wähler.

Schon seit längerer Zeit bin ich meinen geehrten Wählern die Fortsetzung jenes Artikels, worin ich angefangen hatte die hiesigen Verhältnisse und Stimmungen auseinanderzusetzen, schuldig geblieben. Unter anderen Umständen würde dies unverzeihlich sein; gegenwärtig aber find' ich vielleicht Entschuldigung, wenn man erwähnt, dass uns hier jetzt eine der wichtigsten Debatten beschäftigt, eine Sache, welche für ganz Deutschland zur Lebensfrage geworden ist, wovon seine Einheit, seine Ruhe, sein Glück für lange Zeit abhängt, nämlich die Berathung und Bestimmung über das Verhältniß des Staates zur Kirche und Schule. Daß dieses Verhältniß von mannigfacher, eigenthümlicher Schwierigkeiten ist, wird man allgemein anerkennen; daß dabei die verschiedensten Interessen ins Spiel kommen, die verschiedensten Ansichten laut werden müssen, dass von der glücklichen Lösung jener Frage Alles abhängt, wird nicht geleugnet werden können. Daher darf ich wohl sagen, daß jetzt kein Parlamentsmitglied unthätig oder vielmehr nicht vollkommen beschäftigt ist. Jeder sucht für seine Meinung, für Das, was er für das Beste hält, und wodurch er die verschiedenen Parteien am Meisten zufriedenzustellen hofft, die Mehrheit zu gewinnen. Seit wir von der Kölner Reise zurückgekehrt sind, hält deshalb auch meine Partei wegen der angeführten Frage fast täglich eine drei- bis vierstündige Clubsitzung; ein aus der Partei zur Vorbereitung der einzelnen in Betracht kommenden Punkte für die Partei gewählter Ausschuß, wozu auch ich zu gehören die Ehre habe, beräth sich in der Regel täglich einige Stunden vorher; die Sitzungen in der Paulskirche selbst nehmen die übrige Zeit fast vollständig weg. Rechnen Sie dazu nun außer manchen anderen Arbeiten noch die besondere Vorbereitung eines Jeden auf die Sache, wozu ich mich um so mehr veranlasst fand, weil ich mich auch hatte als Redner über das Verhältniß der Kirche zum Staat einschreiben lassen - später ließ ich mich wieder streichen, weil unsere Parteiansichten schon hinreichend dargestellt worden sind; so werden Sie mich gewiß entschuldigen, wenn ich auch heute statt einer weiteren Fortsetzung jenes Artikels, bloß einen ganz kurzen Bericht über das wahrscheinliche Ergebniß der Debatte über die Kirche gebe.

Sie werden aus dem Ganzen der bisherigen Debatte ersehen haben, daß über den Grundsatz der vollen Gewissens-, der ganzen Glaubens- und Bekenntnisfreiheit keine Meinungsverschiedenheit besteht. Es handelt sich nur um die Frage, ob und in wie weit die Kirche vom Staat unabhängig sein soll. In welcher Weise nun diese entscheiden werden wird, ist noch kaum zu bestimmen. Bloß das glaub' ich einstweilen darüber sagen zu können, daß man den Grundsatz der Trennung der Kirche vom Staate nicht, wohl aber den der Freiheit der Kirche aussprechen wird; man wird die Kirche entweder für unabhängig vom Staat, oder bloß für selbstständig, man wird sie entweder in allen, oder nur in ihren inneren Angelegenheiten für selbstständig oder unabhängig erklären; man wird sich endlich um die praktischen Folgen der hier berührten Grundsätze, besonders in Bezug auf das Kirchenvermögen, streiten. In wenigen Tagen mehr und Genaueres!"

Frankfurt, den 23. August 1848. Ostendorf

Soester Kreisblatt vom 26. September 1848

Frankfurt, den 19. September 1848 "An meine Wähler

Leider hab' ich Ihnen heute einen gar traurigen Bericht zu senden. Wir haben die erste Scene eines zweiten Aufzuges der Revolution gesehen, und erlebt; die Leichen von etwa fünfzig bis sechzig Menschen, so viel wie man bis jetzt weiß, liegen neben vielen mehr oder minder schwer Verwundeten, von denen auch noch ein Theil seinen Wunden erliegen wird, in den Häusern unseres freundlichen Frankfurt; von zwei Abgeordneten beklagen wir den martervollen, meuchelmör-

derisch erfolgten Tod; das auf den Straßen aufgerissene Pflaster ist nebst den Trümmern von Wagen, Leitern, Brettern u.s.w., die überall zerstreut sind und den Spuren eingedrungener Kugeln, welche man zu Hunderten in den Wänden sieht, ein entsprechender Zeuge des auf und an den Barrikaden gestern ausgefochtenen Kampfes und die Massen von Kriegern aus den verschiedensten deutschen Staaten, welche in ihren mannigfaltigen Uniformen auf allen Straßen und Plätzen kampfiren, erinnern uns nur zu lebhaft an die tiefe Leidenschaft, die in den Gemüthern noch im Stillen gährt und vielleicht auch für die Folgezeit noch einiges fürchten läßt; unsere ruhige, angenehme Hauptstadt aber hat - den Gegensatz kann ich nicht unterlassen noch einmal hervorzuheben - ganz das Aussehen eines Kriegslagers.

Was veranlaßte nun jenen traurigen Streit? Was wird die Folge desselben sein? Wird die Reichsversammlung die Kraft haben, den auftauchenden Ideen der rothen Republik, wenn sie nicht allein hier, sondern in einem großen Theile des südlichen Deutschlands zur blutigen That werden sollte, mit Kraft zu widerstehen und dabei zugleich auch die Reaction, welche den gestrigen Sieg nur zu sehr benutzen wird, in ihr Nichts zurückzudrängen? Werden wir noch im Stande sein, ein einiges Deutschland zu schaffen? Erlauben Sie mir auf diese Fragen eine kurze Antwort zu geben, nachdem ich Ihnen vorher den Verlauf des Kampfes, namentlich soweit ich selbst Augenzeuge davon gewesen bin, mit wenigen Worten geschildert habe.

Die Verhandlungen über den dänischen Waffenstillstand waren am Samstag Abend um acht Uhr, nachdem an diesem Tage noch einmal eine elfstündige Sitzung gehalten worden, zu Ende gebracht; sie waren im Ganzen mit einer Ruhe geführt, die ich, aufrichtig gesagt, nicht erwartet hatte. Auch auf der Galerie waren während der Debatte keine Unanständigkeiten vorgekommen. Desto traurigere Folgen brachte aber das Ergebnis, welches Sie bereits kennen werden, hervor. Dieses Ergebnis, das, wie Sie wissen, auch mir und meinen Gesinnungs-Genossen nicht durchaus zusagte, aber doch bei den meisten Mitgliedern der Reichsversammlung wegen des Wunsches nach innerem und äußerem Frieden und der der Mehrheit fast gleichen Minderheit, wodurch den deutschen wie den auswärtigen Mächten gezeigt wird, daß die Reichsversammlung nicht gesonnen ist, ihrem und des deutschen Volkes Recht auch nur das Geringste zu vergeben, einen überwiegend günstigen Eindruck hinterließ, dieses Ergebnis, sag ich, fachte bei einem großen Theile des gespannt aufmerksamen Publikums auf den Galerien und bei der harrenden Menge draußen die Leidenschaften zur lodernden Flamme an. Möchte diese Aufregung ursprünglich und theilweise eine künstlich gemachte sein: in jenem Augenblick war sie - davon überzeugten mich die Mienen und Gebärden sämmtlicher in der Paulskirche anwesenden Zuhörer, davon die Haltung und das Wort der ganzen Menge draußen - groß und allgemein und entstand bei fast Allen aus einem tiefen Gefühl. Der Süddeutsche, welcher, von Natur mehr Gefühlsmensch als wir Norddeutschen, jede Tagesfrage augenblicklich mit seinem ganzen Gemüth ergreift und, weniger fähig als wir mit klarem, ruhigen Verstande zu arbeiten, über entgegenstehende Hindernisse leicht hinwegsteht und entgegenstrebende Meinungen oft nicht als das was sie sind, als Meinungen und redliche Ueberzeugungen beurtheilt, sondern aus falschen Beweggründen ableitet, welcher andererseits auch - wir können uns dies nicht leugnen - mehr Sinn für Politik, mehr politische Bildung und politischen Takt hat, als wir Nordländer im Allgemeinen besitzen, er konnte bei dieser Sache, worin er, vielleicht mit Unrecht, eine Lebensfrage der von ihm so sehnlichst herbeigewünschten deutschen Einheit und Freiheit erblickte, unmöglich ruhig bleiben. Ihm fehlt jene große Geschichte, deren wir Preußen uns rühmen; sein Ideal liegt nicht in der Vergangenheit, wie es bei uns häufig, wenigstens theilweise der Fall ist, sondern rein in der Zukunft; es ist die Gestaltung eines einigen und mächtigen, demokratischen Deutschlands, gleichwohl mag diese Gestaltung auf dem Wege der Mehrheit oder der Revolution vollzogen werden. Debattirte, ehe sie zu einem bestimmten Entschlusse kam.

(Anm.: Als Kuriosum kann ich anmerken, daß diese meine Partei mehrmals besondere Adressen erhielt mit der Aufforderung, den Waffenstillstand zu verwerfen.)

Die lästigen und traurigen Folgen des dänischen Krieges hatten sie nicht gefühlt, und gewiß legten sich nicht Alle mit gehörigen Ernste die Frage vor, ob sie auch an der Stelle der Norddeutschen bereit sein würden, dieselben zu tragen. Doch genug hiervon! Die gespannte Aufmerksamkeit, um nicht Mehr zu sagen, wozu das Publikum durch den nach dem Charakter unserer Ver-

sammlung vielleicht nicht allgemein erwarteten Beschluß über die Sistirung [Anm.: Einstellung] allgemein erregt worden, und womit es dann den tagelangen Debatten in unseren Klubs und in der Paulskirche gefolgt war - und ich habe manche Männer und Frauen von jedem Stande gesehen, welche damals Tag für Tag länger als eine Stunde vor der Sitzung der Reichsversammlung zur Paulskirche eilten, um nur einen guten Platz zu bekommen, und dann bis zum letzten Ende aushielten und keinen Augenblick sich entfernten und von den Rednern kein Auge abwandten - diese Spannung, welche durch den in allen Zeitungen, in allen politischen Vereinen, in allen Volksversammlungen geführten Streit über den Waffenstillstand, täglich erhöht und namentlich in Frankfurt durch Zuzüge der eifrigsten Politiker aus allen benachbarten Orten unterhalten worden war, hatte am Samstag Abend ihren höchsten Grad erreicht und war bei einem Theile des Publikums zur wilden Leidenschaft geworden. Unbesonnene oder böswillige aufregende Reden von Demokraten, selbst von Mitgliedern des Parlamentes, trugen das Ihre dazu bei, dieselbe zum Ausbruche zu bringen. Als daher am Samstag Abend die Abgeordneten die Paulskirche verließen, warden diejenigen, welche ihrer Ueberzeugung gemäß für den Waffenstillstand gestimmt hatten, draußen mit Gezisch empfangen; einige sollen auch Thätigkeiten zu fürchten gehabt haben.

Doch noch schlimmere Szenen von Gewaltthat bereiteten sich vor. Nachdem ich in meiner Wohnung vor dem Thore die Zeitungen des Tages gelesen hatte, ging ich wieder zur Stadt nach dem Englischen Hof, einem Gasthause, wo man an Abenden, an denen keine Klub-Sitzungen stattfanden, in der Regel manche gemäßigten Mitglieder der rechten, wie der linken Seite, mit einem Worte, des Zentrums der Versammlung zu finden pflegt. Schon auf dem Wege dahin bemerkte ich überall leidenschaftlich aufgeregte wogende Volksmassen. Kaum war ich aber im Gasthose: so ertönten auf dem freien Platze vor demselben die "Hecker hoch!", die Fenster klirrten, und ein Stein drang durch die Laden ins Zimmer. Auf unsere Aufforderung ging ein Mitglied der linken Seite des linken Zentrums oder der Westend-Hall-Partei, der bekannte Raveau, welcher vermöge seiner politischen Stellung beim süddeutschen Volke in hohem Ansehen steht und durch seine milde, versöhnliche und volksthümliche Redeweise leicht einen entschiedenen und dabei beruhigenden Eindruck macht, hinaus, um die Massen zur Vernunft zu bringen. Aber während einige ihm fröhlich zujauchzten, empfingen die Meisten ihn mit den höhnischen Worten: "Rechts oder links - das ist einerlei. Ihr taugt alle Nichts Ihr besitzt alle keine Energie. Du gehörst auch zu den unnützen Fünf-Gulden-Fressern u.s.w." Ich bitte Sie, diese Worte, auf die ich später zurückkommen werde, zu beachten. Sie zeigen den ganzen Charakter der folgenden Empörung, deren tiefster Grund nicht gerade in dem Beschlusse vom 16. September, sondern in der Verzweiflung der Ultras über den gemäßigten Charakter der bedeutendsten Parteien in der Versammlung, deren letztes Motiv in der Wuth darüber lag, das unsere Versammlung nicht geneigt ist, sich ohne Weiteres und ohne Grund zu einem Konvent umzugestalten." (Fortsetzung folgt.)

Soester Kreisblatt vom 29. September 1848

Frankfurt, den 25. September 1848 - "Sogleich nach dem Beschlusse vom 16. September hatten die Klubs des deutschen und des holländischen Hofes im Vereine mit der Westend-Hall-Partei sich vorgenommen, eine gemeinsame Ansprache an das deutsche Volk zu richten und zur Betheiligung daran auch unsere Partei aufzufordern. Aber noch ehe wir über die an uns ergangene Aufforderung in Berathung treten und, was wenigstens wahrscheinlich geschehen sein würde, den Vorschlag ablehnen konnten: traten die betrüblichen Ereignisse des 17. und 18. d.M. ein; und nun brach auch der Klub der Westend-Hall, welcher von sich aus Venedey zum Mitverfasser der Adresse ernannt hatte, seine Verbindung mit dem deutschen und holländischen Hof ab. Selbst im deutschen Hofe sollen übrigens acht der bedeutendsten Stimmen sich gegen die vorliegende Adresse erklärt haben. Möglich, das dies zusammen mit anderen Umständen, was ich längst gewünscht und gehofft habe, zu einer besseren Anordnung der Parteien führt." Ostendorf

Soester Kreisblatt vom 06. Oktober 1848 Fortsetzung und Schluß vom Brief am 26. September 1848 - Frankfurt, d. 28 September 1848

"An meine Wähler - Nachdem Raveau wieder zu uns gekommen war, wurde das Toben draußen immer lauter. Man wollte den Haeckscher haben, schrie man; man wolle wissen, was für Abgeordnete von der Mehrheit da seien. Die Kellner des Gasthauses suchten die Menge durch die Versicherung, der Minister sei nicht anwesend, zu beruhigen und zu entfernen; aber vergebens! Die Volksmasse, die anfänglich bloß aus etwa dreißig oder noch weniger Schreibern bestand hatte und von 10 bis 20 Mann Bürgerwehr mit geladenen Flinten hätte zurückgetrieben werden können, wuchs vielmehr, als die Bürger Frankfurts mißgestimmt über den Beschluß der Reichsversammlung und noch außerdem durch ein Dekret ihres Senates erbittert, sich säumig zeigten, immer mehr an und wurde immer frecher. Ein Mitglied unserer Partei, der Advokat Zell von Trier ... (Anm. Dieser, einer der entschiedensten Charakter der Reichsversammlung, glaubte hier auftreten zu können, wie in seiner Vaterstadt Trier. Dort, früher wegen seines offenen und festen Liberalismus allgemein beliebt und nach den Ereignissen der Februar und März tage zum Oberbürgermeister gewählt, war er später, weil er die Ordnung ebenso entschieden als die Freiheit wollte, dem allgemeinen Hasse der Ultras verfallen, die, vorher zum Theil feige, jetzt sich in extremen Ansichten, Worten und Handlungen gegenseitig überboten und (ihn weil überholt zu haben glaubten?) trotzdem durfte er, weil die Achtung vor ihm unvermindert geblieben war, es wagen, mitten auf den Barrikaden zur Ordnung zu mahnen. Hier wollte er gegen unser Zureden einen ähnlichen Versuch machen, aber er bedachte dabei nicht, daß man ihn hier nur wenig kenne.) ... wurde, als er den erneuerten Versuch machte, die Menge zu beruhigen, am Kopf verwundet; und als die Kellner nun den, welchen sie für den Urheber dieser That hielten, ins Haus hinein zogen und gefangen setzten, dann die Thüre verschlossen und durch vorgeschobene Wagen, Leitern u.s.w. verbarrikadirten, so machte man Anstalt, den Gasthof zu stürmen. Große Steine wurden gegen die Thüre gewälzt; die Fenster des Hauses wurden fast sämmtlich zerschmissen; und das Toben draußen dauerte ununterbrochen fort, bis Truppen herbeikamen und den Platz säuberten. Noch ärgere Scenen gingen während derselben Zeit vor und in der Westens-Hall, einem Versammlungs- und Zeitungshause der Abgeordneten, vor sich. Hier erwartete man theils unsere Partei zu finden, die man darüber zur Rede setzen wollte, daß sie nicht mit mehr Energie die Verwerfung des Waffenstillstandes betrieben; theils und beforders wollte man dort den alten Jahn durchprügeln, welcher sich, wie man wusste, nach der Sitzung hierher zu begeben pflegte. Allein im Bezug auf das Lokal unserer Versammlungen hatte man sich glücklicherweise geirrt; und Vater Jahn entging dem ihm zgedachten Schicksal in dem weitläufigen Gebäude dadurch, dass er sich unter einem Sofa verkroch. Die wüthende Bande aber, die durch das anfängliche Verschließen der Westend-Hall noch mehr erbittert war, rächte sich für die Vereitelung ihrer edlen Absichten, indem sie alle Fenster im Haus zerschlug. Uebrigens wurde, beiläufig bemerkt, obgleich die mannigfachste Gelegenheit und vielfacher Reiz dazu vorhanden war, außer einer gemüthlichen Schnupftabaksdose nicht das Geringste gestohlen, auch im Inneren der Zimmer, namentlich der Zeitungszimmer, Nichts verletzt. Einen ganz anderen Anblick bot an diesem Abend der deutsche Hof dar. Hier hatten sich nach Schluß der Sitzung außer der sog. äußeren Linken auch Abgeordnete von der äußersten Linken und die von der Westend-Hall-Partei versammelt; von unserer Partei waren ebenfalls während einer kurzen Zeit zufällig zwei Mitglieder da. Diese letzteren haben uns von dem dort Vorgefallenen Manches berichtet, woraus ich mich begnüge Folgendes herauszunehmen: Nach längeren Debatten über den im Parlamente gefassten Beschluß erschienen Deputationen des Volks im Saale, welche sich über jenen im Namen des Volkes bitter beklagten und, indem sie die Linke zu energischen Maßregeln aufforderten, sich erkundigten was dieselben zu thun beabsichtigte. Sie erhielten den Bescheid, dass man in Gegenwart von Deputationen nicht Lust habe, darüber zu berathen; sie möchten an folgenden Abenden wiederkommen. Draußen harrete während dieser Zeit eine unzählbare Volksmenge, die einen solchen Bescheid einigermassen unwillig aufnahmen. Am folgenden Morgen, als ich in die Stadt ging, sah ich an allen Ecken große Plakate angeschlagen, wodurch die Vorstände von fünf politischen Frankfurter Vereinen auf den Nachmittag zu einer allgemeinen Volksversammlung auf der Pflingstweide, einer großen Weide ganz in der Nähe der Stadt, einluden. Auf den Straßen sah man überall fremde, verdächtige Menschen umherziehen; auf den öffentlichen Plätzen sah man überall Gruppen von Leuten, die sich eifrig über die politischen Ereignisse unterhielten. Nachmittags strömte ein unabsehbare

Masse Stunden lang zum Allerheiligen-Thor hinaus, vor dem die Pfingstweide liegt. Ganz Frankfurt schien sich zu erschöpfen; dazu kamen Massen von Mainzern, Darmstädtern, Mannheimern, Heidelbergern, welche an den vorigen Tagen, um den Sitzungen des Parlaments beizuwohnen, herbeigekommen und nach Aufforderung der republikanischen Führer in Frankfurt geblieben waren; und immer neue Scharen brachten uns die Eisenbahnen, welche Frankfurt gegenwärtig mit alle den aufgeregten Orten in der Nähe in die schleunigste Verbindung setzen." (*Fortsetzung folgt.*)

Soester Kreisblatt vom 30. Oktober 1848 / Beilage Nro. 70

"Die Parteien in der Reichsversammlung: Der Würtemberger Hof

Unter der Ueberschrift: "Zur Charakteristik der Parteien in der Reichsversammlung" enthielt dieses Blatt schon vor längerer Zeit zwei schnell auf einander folgende Artikel, worin die Spaltung des alten Würtemberger Hofes in die Westendhall-Partei und in die zurückbleibende Partei des Würtemberger Hofes von den Standpunkten dieser beiden Parteien aus und vermuthlich von Mitgliedern derselben besprochen wurde. Wir konnten damals weder die Auffassung des einen, noch die des anderen Artikels durchaus billigen. Wir glaubten, dass weder die Abgeordneten in der Westendhall-Partei, noch die im Würtemberger Hofe von dem ursprünglichen Programm in ihren Grundsätzen abgewichen sein, und sahen in jener Spaltung nicht eine tadelnswerthe Sonderbündelei auf der einen, oder die Folge politischer Schwäche oder Treulosigkeit auf der anderen Seite, sondern eine im Laufe der Dinge begründete Nothwendigkeit, und wir müssen gestehen, die weitere Ausbildung beider Parteien hat uns in der Ueberzeugung von der Richtigkeit unsere damaligen Ansichten nur zu bestärken vermocht.

Die ursprüngliche Partei des Würtemberger Hofes war zu einer Zeit gestiftet und ausgebildet worden, wo die Ansichten in der Reichsversammlung, wie die Verhältnisse Deutschlands noch flüssiger und weniger gefestigt als gegenwärtig waren, wo die einzelnen Abgeordneten, kaum aus ihrer Heimat herbeigeeilt, zum Theile noch mehr oder weniger unter den ihren politischen Blick verengenden Einflüssen derselben standen und im Allgemeinen zwar wohl über die Grundsätze, welche sie vertreten, nicht aber über den Weg, auf dem sie dieselben ins Leben rufen wollten, mit sich im Klaren waren. Damals sind, wenn uns recht berichtet worden ist, nachdem vielfache Versuche, ein linkes Zentrum zu bilden, an der Verkehrtheit ihrer Art und Weise, wie an der damals noch bestehenden Unmöglichkeit der Verwirklichung einer solchen Idee, gescheitert waren, im Saale des Würtemberger Hofes einige Männer zusammengetreten, um eine entschiedene, aber gemäßigte Linke zu gestalten. Sie sprachen mit Bestimmtheit den Grundsatz der Souveränität des Volkes und der Reichsversammlung aus und erklärten sich mit eben solcher Bestimmtheit gegen den der Vereinbarung mit den Einzelregierungen: sie wollten aber dadurch eine billige Berücksichtigung der von denselben an den Reichstag gebrachten und von diesem geeignet befundenen Ansichten nicht ausgeschlossen wissen. Sie wollten, daß die zu gründende deutsche Bundesverfassung in allen Theilen die Souveränität des deutschen Volkes zur Grundlage habe und diese Grundlage sichere; sie verlangten, dass die Souveränität der einzelnen deutschen Staaten denjenigen und nur denjenigen Beschränkungen unterworfen werde, welche zur Gründung eines einigen und kräftigen Bundesstaates erforderlich sind. Alle übrigen Fragen erachten sie zur Zeit für offene. Dieses Programm zog in seiner festen und dabei gemäßigten Form bald sehr viele Abgeordnete an. Aber da der Weg der Durchführung jener Grundsätze nicht angegeben worden war, und bei der Unbestimmtheit aller Verhältnisse auch nicht füglich angegeben werden konnte: so zeigte sich, so bald man damit anfing und fortfuhr die Prinzipien praktisch ins Leben rufen zu wollen, schnell eine bedeutende Meinungsverschiedenheit unter den Mitgliedern. Dieser fasste die Volkssouveränität enger, Jener weiter auf; Dieser glaubte auf die bestehenden Verhältnisse mehr, jener weniger Rücksicht nehmen zu müssen. Über das Wünschenswerthe war man ziemlich einig, über das jederzeit Erreichbare, wie über den Weg, worauf dasselbe erreicht werden könnte und müsste, desto uneiniger. Besonders trat eine solche Meinungsverschiedenheit hervor, als über die Begründung einer provisorischen Reichsgewalt verhandelt wurde. Der Streit der Ansichten über diese war es zuerst, der einen unheilbaren Bruch in der Partei hervorbrachte. Spätere Streitigkeiten vergrößerten denselben und machten ihn zu einem offenen. Die, welche einen entschiedenen

Kampf gegen das alte System und weniger Berücksichtigung der bestehenden Verhältnisse wollten, trennten sich vom Würtemberger Hof und organisirten sich zur Westendhall-Partei. Diese getrennten Parteien verstärkten sich darauf bald durch anderweitige nahe stehenden Elemente; und die Kluft zwischen ihnen wurde dadurch immer weiter. Die Westendhall neigte sich immer mehr zu schroffen doctrinären Ansichten hin; die im Würtemberger Hofe zurückbleibenden Abgeordneten suchten mehr einen praktischen Standpunkt in der Politik einzunehmen. Daher kam es auch, daß man Alles that, um die letztere Partei bei der Bildung des ersten Reichsministeriums zuzuziehen. Die Westendhall da-gegen trat bald in eine systematische Opposition gegen das gebildete Ministerium. Aber auch die neue Partei des Würtemberger Hofes fand in ihrem Schooß im Verlaufe der Reichsversammlung bald bedeutende Meinungsverschiedenheiten. Jede neu auftauchende Frage der inneren und äußeren Politik, die von einiger Wichtigkeit war, jeder Beschluß, der zur Verwirklichung der ausgesprochenen Grundsätze beitragen und dieselben aus der Unbestimmtheit der Idee in die Bestimmtheit des Lebens einführen sollte, musste natürlich bei allen Fraktionen der Versammlung mannigfache Streitigkeiten erregen; und daß die in der Mitte stehenden Parteien, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, ihre Principien mit Rücksicht auf das Bestehende, wo möglich, auf dem Wege der Evolution, nicht der Revolution durchzuführen, von diesem Schicksal am Meisten und Häufigsten betroffen wurden, war ebenso natürlich. Daher zeigte sich der Würtemberger Hof so oft so wenig als wahre Partei im strengen Sinne des Wortes, und erregte dadurch so oft außerhalb Erstaunen und innerhalb Verstimmung. Dazu kam das neue Verhältnis, worin mit der Bildung der Reichsgewalt und ihres Ministeriums die Versammlung trat.. Bis dahin hatte dieselbe bloß in der Stellung einer verfassungsgebenden gestanden. Sie hatte sich deshalb wesentlich auch nur in zwei Theile, in eine linke und in eine rechte Seite, eine Partei der Volkssouveränität und eine Partei der Vereinbarung geschieden, welche beide sich freilich wieder in mehrere Bruchtheile spalteten. Ein eigentliches Centrum aber hatte es nicht gegeben und nicht geben können; alle Versuche, ein solches zu gründen, waren in ihrer Entstehung selbst gescheitert; und auch der Würtemberger Hof war bis dahin nicht etwa ein linkes Centrum, sondern eine gemäßigte Linke gewesen. Jetzt dagegen erhielten die Parteien der Reichsversammlung, welche die neu geschaffene Centralgewalt überhaupt wirklich anerkannten, sämmtlich eine ganz neue Aufgabe. Zu der Stellung, welche dieselben in Bezug auf Begründung der deutschen Reichsverfassung einnahmen, trat die, welche sie zur Reichsgewalt einnehmen mußten. Daher bildeten sich jetzt erst Centren, und zwar wahre Centren nur allmählich nach mannigfaltigen Ausscheidungen und Umgestaltungen; und es fragte sich nun, aus welchem Centrum das Ministerium zu entnehmen sei. Daß dies nicht allein aus dem linken Centrum geschehen könne, war unter den obwaltenden Umständen kaum zweifelhaft; ob bloß das rechte sich daran zu betheiligen habe, darüber herrschte Meinungsverschiedenheit; soviel war aber durchaus klar und gewiß: Aus den Centren überhaupt musste das Ministerium gebildet werden. Denn nur mit Centren lässt sich außer den Zeiten einer Revolution regieren; die äußersten Parteien sind daneben als treibende und haltende Elemente, jedoch auch nur als solche, für die Regierung von Bedeutung". (*Schluß folgt*)

Soester Kreisblatt vom 12. December 1848 / Beilage Nro. 87

Schreiben des Abgeordneten Ostendorf

"In allen Parteien der Reichsversammlung wird gegenwärtig über die Frage des definitiven Reichsoberhauptes verhandelt; und in allen, von der Vinke'schen Partei an bis zum Würtemberger Hof und einer Hälfte der Westendhall einschließlich, ja! Selbst in einem Theile der Fraktion des deutschen Hofes spricht sich die Ansicht immer entschiedener dahin aus, dass Preußen an Deutschlands Spitze gestellt werden müsse. Manche tun dies gern, weil sie es als nothwendige Folge der geschichtlichen Entwicklung unseres deutschen Vaterlandes ansehen; Andere, die von republikanischen Grundansichten ausgehen, finden darin wenigstens gegenwärtig die einzig mögliche Bahn zu einer friedlichen Entwicklung der deutschen Freiheit und Einheit, und bringen deshalb ihre Lieblingsidee ihrem Patriotismus zum Opfer. Und so wird im Laufe der nächsten Woche, wo die Ansichten sich immer mehr klären, werden sich in unserer Versammlung vielleicht eine Mehrheit von drei Vierteln dafür herausstellen, daß der König von Preußen Deutschlands Staatsoberhaupt werde, obgleich über die Art, wie dies geschehen soll, die

Meinungen noch sehr getheilt sind. Aber damit es statt finden könne, ist es nothwendig, daß das deutsche Volk jetzt handelt. Denn allerdings läßt es sich nicht verkennen, daß sich unserem Plane noch bedeutende Schwierigkeiten entgegenstellen. Im südwestlichen Deutschland herrscht innerhalb mancher Kreise noch immer jene alte Antipathie gegen Preußen und die bekannte Furcht vor einer preußischen Hegemonie die durch die Großartigkeit, womit König Friedrich Wilhelm IV. seine gesammt bewaffnete Macht der Reichsgewalt zur Verfügung stellte, durch manche andere Züge einer deutschen Gesinnung unseres Herrschers und namentlich auch durch die Tüchtigkeit unserer Krieger, welche man jetzt erst kennen gelernt hat, zwar bedeutend gemildert, aber fast zugleich auch durch das starre Festhalten an der "Königswürde von Gottes Gnaden", durch alle jene Antworten, die der König an seinem Geburtstag erteilte, durch das Auftreten und die Beibehaltung des Ministeriums Brandenburg u.s.w. wieder erhöht worden ist. In Sachsen hat man die Jahre 14 und 15 noch nicht vergessen. In den eigentlich alt-bairischen Landschaften ist man noch keineswegs geneigt, die gewohnte Selbständigkeit aufzugeben, und, wie man dort sich ausdrückt, preußisch zu werden. Rechnen Sie nun die Mühe dazu, welche die unklaren oder fanatischen oder unpatriotischen Geister unter den äußersten Linken sich in allen deutschen Landen geben, um unsern Plan unmöglich zu machen; erwägen Sie, daß in der kirchlich-katholischen Partei, deren bedeutendsten Führer sich übrigens zum Theil in richtiger Erkenntnis der Verhältnisse bereits für Preußen ausgesprochen haben, noch manche Schwärmer gibt, die von einem Wiederaufleben des alten Kaisers und Reiches träumen; daß es ferner solche Schwärmer auch in den protestantischen Gegenden Hannovers u.s.w. noch in ziemlicher Anzahl gibt; daß Manche fürchten, durch ein deutsches Reichsoberhaupt aus dem preußischen Fürstenhaus Oesterreich für immer von uns zu trennen: so werden Sie sehen, dass wir den Schritt, den wir als nothwendig erkennen, nur gestützt auf die Stimme des Volks thun können.

Diese Stimme des Volkes laut werden zu lassen, werden jetzt mancherlei Maßregeln ergriffen. Mir selbst wurde es durch Bekanntschaft mit Mitgliedern des konstitutionellen Vereins zu Mainz auch möglich, in solcher Hinsicht Etwas zu thun. Bei einer neulichen Anwesenheit in Mainz kam unter uns zur Sprache wie wünschenswerth es sei, daß aus dem Südwesten unseres Vaterlandes an die Reichsversammlung Adressen mit der Aufforderung eingehen, Preußen an die Spitze desselben zu stellen; und man versprach mir, sobald Oesterreich sich von Deutschland losgesagt habe, dahin wirken zu wollen, dass Adressen mit dieser Aufforderung nicht allein vom Mainzer Verein, sondern auch von anderen konstitutionellen Vereinen mit denen man in Verbindung stehe, eingeschickt werden; man hoffte, daß sich mit der Zeit auch demokratische Vereine daran betheiligen würden. Gegenwärtig hat sich nun Oesterreich erklärt; und ich habe daher gestern schon nach Mainz geschrieben, mit der dringenden Bitte, dem früheren Versprechen gemäß zu handeln.

Auf der anderen Seite muß jetzt aber auch das preußische Volk handeln. Ein centralisirtes Preußen kann nie an Deutschlands Spitze, wenigstens nicht auf Dauer stehen. Das wär' eine Hegemonie der schlimmsten Art; damit verbunden, nothwendigerweise Verbunden würde ein ewiger Zwiespalt in Deutschland und bald auch Bürgerkrieg, Revolution und Republik sein. Preußen muß, um seinen weltgeschichtlichen Beruf zu erfüllen, um Deutschland in den Kreis seiner Politik und seines staatlichen Lebens hineinzuziehen, auch wirklich in Deutschland aufgehen. Eine besondere gesetzgebende Versammlung für Preußen, ein besonderes vollständiges Ministerium in Berlin wird daher auf die Dauer nicht Statt finden dürfen; die preußische Provinzen werden vielmehr für ihre provinziellen Angelegenheiten auch getrennte Vertretungen und Verwaltungen haben, und in allgemeinen Beziehungen zwar nicht von Frankfurt - hier wird der Sitz der Reichsgewalt schwerlich bleiben - wohl aber von Erfurt aus ihre Gesetze erhalten und regiert werden müssen, wenn auch in Berlin immerhin ein Ausschuß der einzelnen Provinzial-Vertretungen und ein eigenes Ministerium zur Regelung und Beaufsichtigung der finanziellen und dgl. Angelegenheiten bleiben mag. Daß eine solche vollständige Umgestaltung aller Verhältnisse nicht auf einmal eintreten kann, weiß ich recht gut. Aber eintreten muß sie allmählich - das ist die Meinung aller wahrhaft ein-sichtigen und zugleich wahrhaft deutsch-gesinnten Staatsmänner; und auch dies war mit ein Grund der Reise Gagern's nach Berlin. Darum aber, damit sie eintreten könne, darf jetzt Nichts geschehen, was ihr entgegenwirken könnte, und die preußischen Provinzen ha-

ben jetzt die große Aufgabe und, möchte' ich sagen, heilige Pflicht, Alles zu thun, um eine gefährliche Zentralisation Preußens zu verhindern."

Frankfurt, den 8. Dezember 1848

Die Antwort des Frankfurter Abgeordneten Herrn Ostendorf auf das diesseitige Schreiben vom 20. v. Mts, Beilage No. ?? des Kreisblattes, bringen wir nachfolgend zur allgemeinen Kenntnis.

Soest, den 10. Januar 1849. Der konstitutionelle Verein.

"Hochgeehrte Herren ! Ihre geschätzte Zuschrift vom 20. v. Mts. habe ich erhalten, und freue mich, mit den Ideen, von welchen dieselbe ausgeht, mit den Ansichten, die sie enthält, weit mehr übereinzustimmen, als Sie voraussetzen scheinen. Indeß gestatten Sie mir wohl, jene im Wesentlichen der meinen entsprechenden Ideen und Ansichten auch von meinem Standpunkt aus zu beleuchten.

Sie sprechen von den Empfindungen eines tiefen Schmerzes über das Opfer, welches Preußen bringen solle, um an Deutschlands Spitze zu treten. Meine Herren! Auch ich erkenne das, was ich in meinem Schreiben als die nothwendige Entwicklung eines an die Spitze unseres weiteren Vaterlandes tretenden Preußens aufgestellt hatte, als ein Opfer, ein großes Opfer an. Es ist schmerzlich - ich fühle das mit Ihnen - den Namen, bei dessen Klang aller Preußen Herzen vor Freude und Stolz erbeben, aufzugeben, ihn nicht mehr hören, ihn aus den Blättern der Geschichte verschwinden sehen zu sollen - vor welchem Letzteren uns freilich eben unsere große Vergangenheit für alle Zukunft sichern wird. Es ist ferner bedenklich, daß, was die Arbeit einer Reihe von Jahrhunderten geschaffen, woran der Heldensinn und die Weisheit unserer Fürsten, wie die Liebe unseres Volkes gewirkt, dessen festen Bestand vor Allem der ertragene und überwundene Sturm dieses Jahres bewiesen hat, Das, worin man die sichere Gewähr einer ehrenvollen und glücklichen Zukunft zu finden glaubt, für ein unsicheres, erst werdendes Etwas hinzugeben. Es ist wahr, vollkommen wahr: Preußen gibt, wenn es in Deutschland aufgeht ganz Anderes hin, als Baden, Hessen, Oldenburg, Anhalt und die übrigen Länder Deutschlands, deren Völker keine große Geschichte, kein Bewußtsein einer Großmacht angehört zu haben, an den selbständigen Bestand ihrer staatlichen Einrichtungen kettend; und der Abgeordnete Jordan von Berlin hat Das unseren eifernden Kollegen aus den kleineren Staaten einst in einem zwar nicht ganz edelen, aber durchaus treffenden Bilde vorgehalten. Aber meine Herren, das Wort unseres Dichters "Und setzet Ihr nicht das Leben ein: Nie wird Euch das Leben gewonnen sein," dieses Wort, welches das innerste Wesen der Menschheit selbst ausspricht, es findet, wie auf einzelne Menschen, so auch auf die Staaten; es findet namentlich auf Preußen seine gerechte Anwendung. Die "Vernichtung unseres eigenen Selbst" wird im Laufe der Zeit nothwendig werden, um unser Selbst zu neuem höheren Leben wiederaufleben zu sehen. Lassen Sie uns, um Dies zu erkennen, mir einen Blick auf unsere Vergangenheit und unsere Gegenwart werfen! Die große Geschichte Preußens - was hat sie für einen Sinn? Die Vernichtung des alten Reiches deutscher Nationen, die vorzüglich - verkennen wir Das nicht! durch Preußens Emporblühen herbeigeführt worden ist - was hat sie für eine Bedeutung? Soll jene blos den Sinn haben, eine fünfte Großmacht, die sich nur durch unnatürliche, dem Glücke des Volkes nachtheilige und auf die Dauer unmögliche Anstrengung der Volkskräfte halten kann, in Europa geschaffen zu haben? Soll diese mit dem Widerspruch enden, indem wir uns mit unserem gerechten Preußenstolz und unserem tief im Innern wurzelnden, unvertilgbaren deutschen Gefühle befinden? Nein, meine Herren! Für mich hat Beides eine andre, eine höhere Bedeutung; und ich bin überzeugt, auch für Sie hat es dieselbe. Das alte römische Reich deutscher Nation mit seiner mittelalterlichen Verworrenheit ist untergegangen, um einem im Geiste der Neuzeit zu gründenden Bundesstaate deutscher Nation, einer freien Entwicklung des deutschen Volks-Elementes Raum zu geben, und Preußen war dazu von der Vorsehung ausersehen, jenen Bundesstaat zu schaffen, und auch außerhalb der Grenzen desselben dem Deutschthum Achtung, Bestand und Ausdehnung zu gewährleisten. Es sollte Deutschland in sich aufnehmen, oder in Deutschland aufgehen - das ist, für mich wenigstens, ein und dasselbe. Darum mußte der große Kurfürst auf Schwedens Seite gegen Kaiser und Reich treten, und zur Erzwingung des Westphälischen Friedens traurigen Andenkens mitwirken, um dann später als Hort Deutschlands gegen Norden, wie gegen Westen erscheinen zu können. Darum mußte Friedrich II. jede Ver-

größerung Oesterreichs in Deutschland verhindern, und als Beschützer der Selbstständigkeit der deutschen Staaten gegen Oesterreich auftreten, um Deutschland nicht in das Schlepptau der Habsburgischen Politik gerathen zu lassen. Dazu musste - doch wozu soll ich Ihnen die ganze preußische Geschichte vorführen? Fast jede große Erscheinung derselben, die ganze auswärtige Politik, wie die innere Entwicklung Preußens ist ja gegen Kaiser und Reich, d.h. gegen das alte Deutschland gerichtet, aber nur im Sinn und zum Zweck der Begründung einer im Geiste der Neuzeit zu schaffenden, freien deutschen Macht, an die sich das übrige Deutschland anlehnen und anschließen könnte; und Preußen war nie schwach und kleinlich, als wenn es diesen seinen weltgeschichtlichen Beruf in der einen oder der anderen Hinsicht verkannte, und besonders, wenn es sich, wie leider öfter, auch noch in neuester Zeit geschehen ist, von Habsburg gängeln ließ. Das ist meine Ansicht von Preußens Vergangenheit und Zukunft. Indeß nicht auf meine Stimme zu hören, will ich Ihnen zumuthen; ich habe bessere Gewährsmänner für Sie, und vor allem einen, den Sie gewiß nicht verschmähen werden. Es ist - unser König, im Vereine mit seinem geistreichsten Freunde, Bunsen. Sehen Sie sich die ganze Regierungsgeschichte Friedrich Wilhelms IV. an, und Sie werden finden, dass er mit höchstem Eifer dahin gestrebt hat, worin ich die zukünftige Entwicklung Preußens und Deutschlands finde, nach der Einheit Deutschlands und deren Begründung durch ein föderatives Preußen. Sie alle sind von dem wahrhaft deutschen Sinne unseres Herrschers gewiß überzeugt; Sie werden meistens auch Radowitz bekannte Broschüre gelesen haben. Deshalb von dem Inhalte dieser Schrift, wie von dem Deutschthume Friedrich Wilhelms im Allgemeinen kein Wort! Aber an die Entwicklung unserer ständischen Verhältnisse während seiner Regierung, an jene Entwicklung, woran sich von Anfang an die Hoffnungen der deutschen Patrioten anknüpften; an die Ideen, welche in diesem Jahre Bunsen über die deutsche Reichsverfassung in mehreren Schriften niedergelegt hat; an den Bunsenschen Verfassungsentwurf für Preußen im Jahre 1844, der damals bereits die Billigung unseres Königs erhalten hatte, und nur an den Bedenken des Fürsten Metternich scheiterte, möchte ich Sie erinnern; möchte Sie aufmerksam machen darauf, dass der Letztere in jenem Entwurf gewiß nicht weniger Gefahr für den Habsburgischen Einfluß in Deutschland, als für den Habsburgischen Absolutismus sah; möchte Sie endlich darauf aufmerksam machen, dass die alte Idee unseres Königs von der Wichtigkeit von Vertretungen der Provinzen auch in der octroyirten [Anm.: aufgezwungen] Verfassung wieder hervortritt, indem die Provinzial-Eintheilung, die in dem unter Einfluß der Berliner Linken entstandenen Kommissions-Entwurfe nicht berücksichtigt, oder vielmehr aufgehoben war, hier, zum Zwecke der Bildung der ersten Kammer Preußens, wieder erscheint. Weist uns nun aber die ganze Geschichte Preußens, wie auch sein gegenwärtiger Herrscher sie aufgefasst hat, mit zwingender Nothwendigkeit darauf hin, daß Preußen, zu seinem eigenen, wie zu Deutschlands Heil, an Deutschlands Spitze treten müsse; daß es zu diesem Zwecke kein Opfer scheuen dürfe, auch nicht das seiner Auflösung, daß Preußen deutsch, oder was, wie gesagt, wesentlich Dasselbe ist, Deutschland preußische werden müsse: so zeigt uns die politische Lage Deutschlands, und die Preußens, welche wir als Preußen hier uns vornehmlich klar machen mögen, dies nicht minder als unumgänglich erforderlich. Es ist sehr begreiflich, meine Herren, dass wir als Preußen bei unserer ruhmvollen Geschichte uns stark und mächtig fühlen, daß wir in Augenblicken der Begeisterung, namentlich jetzt, wo eine der besten Verfassungen uns beglückt, uns für uns selbst genug glauben, dass wir dann meinen, auch künftig mit unseren "500.000 preußischen Krieger" einer Weil widerstehen zu können; und ich möchte um Alles in der Welt nicht, daß dieses Hochgefühl der Kraft im preußischen Volke erlösche. Aber dem Politiker geziemt es, die Zustände ruhig und unbefangen zu betrachten, sie zu nehmen, wie sie sind; und indem ich diese thue, so kann ich nicht umhin, einige Zweifel darüber zu hegen, ob Preußen in Zukunft, getrennt von Deutschland, sich genug sein werde. Seine eigenthümliche Gestalt, seine langgestreckte, offenen Grenze, seine Lage zwischen zwei eroberungssüchtigen Mächten zwingt es, für den Krieg eine größere Anzahl stehender Truppen zu halten, als das Volk auf Dauer ertragen kann, oder - sich an eine Macht anzulehnen, deren verderblichen Einfluß wir hinreichend gefühlt haben, um ihn für die Zukunft fern halten zu wollen. Seine Industrie, sein Handel, sein Wohlstand wird, zumal bei stets wachsender Bevölkerung, nur dann wahrhaft blühen, wenn es das ganze übrige Deutschland außer Oestreich unter seiner Aegide vereint hat, und, indem es

Oestreich kräftig entgegentreten kann, das alte leidige Verhältnis zu dieser Macht umkehrt und sie veranlasst, ebenfalls eine deutsche Politik zu befolgen. Denken Sie ferner an die mehr oder weniger fremdartigen Elemente, welche Preußen im eigenen Schoße birgt, an die sog. Neupreußischen Länder, an das Münsterland und Süderland, an die Gegenden des Oberrheines und der Mosel, an die thüringisch-sächsischen und andere Länder, die es allerdings schon seit einem Menschenalter factisch besitzt, die es allerdings mit seinem mächtigen Geiste bereits theilweise durchdrungen hat, die es aber dann erst wahrhaft mit sich versöhnt haben, wahrhaft sein nennen dürfen wird, wenn es mit Deutschland Eines geworden ist: so werden Sie jene Nothwendigkeit noch um so mehr erkennen. Und dann, was das Wichtigste ist: Preußen mag sich für sich genug sein können: die übrigen, die kleineren deutschen Staaten können es nicht. Sie werden daher, so lange sie nicht durch Preußens Vermittlung in einem einigen und einzigen Deutschland aufgegangen sind, ewig den Keim der Unzufriedenheit und Anarchie in sich tragen, ewig eine Beute oder doch eine Hoffnung und ein Tummelplatz der Wühlerei und des Republikanismus sein; und dieser Geist der in ihnen herrschend sein und bleiben wird, er wird - verhehlen wir uns das nicht! Jetzt, wo das Gefühl der Einheit und deutschen Volksthümlichkeit einmal in Deutschland erwacht ist, stets auch, wenngleich nicht siegend, so doch beunruhigend, nach Preußen hinüberwehen; und wahrer Friede wird in Deutschland nicht werden, bis Deutschland und Preußen Eines geworden sind. Daher, aus dieser Erkenntnis, aus dem Bewußsein, dass Preußen an Deutschlands Spitze, in Deutschland aufgehend, der Sieg des Konstitutionalismus, das Gegentheil der Nutzen des Republikanismus ist - daher auch die Erscheinung, dass die konstitutionellen Vereine des Südwestens jetzt Adressen über Adressen hierher senden, Mit der Aufforderung, Preußen möglichst bald an Deutschlands Spitze zu stellen, um dass der Mainzer und der Mannheimer Bürgerverein uns bereits eine zweite, dringende Eingabe geschickt haben, mit dem Verlangen, wir mögen das ministerielle Programm annehmen - während die Republikaner sich gegenwärtig mit den Partikularisten und der oesterreichischen Politik zu einer bunten Koalition gegen das letztere vereinigt haben.

Daher, meine Herren, bin ich fest entschlossen, das Gagern'sche Programm gut zu heißen. Ich sehe darin nicht wie im Artikel des Soester "Bürger- und Bauernfreund", den ich grade nicht zur Hand habe, eine Spaltung Deutschlands, sondern, im Gegentheile, die einzig vernünftige und mögliche Entwicklung desselben zur Einheit und eine schöne Zukunft des Deutschthumes bei uns, wie in Oesterreich. Wir wollen mit Oesterreich nicht brechen; wir wollen vielmehr, ehe noch ein festgegründetes vorwiegend slavisches Oesterreich es unmöglich oder doch schwieriger macht, auf Erhaltung und Stärkung des alten Verhältnisses hinwirken, wollen dasselbe auch im Geiste der Neuzeit fortentwickelt sehen; wollen uns aber zunächst für uns, unbeirrt von Habsburgischem Einfluß, festgestalten, um dadurch auch dem Deutschthum in Oesterreich einen festen Haltpunkt zu geben, wenn es sich anlehnen kann, und um die Kraft zu besitzen, die erforderlich ist, um Oesterreich gegen das Russenthum und den Panславismus zu schirmen, und deutschem Geist und deutscher Politik in seinen weiten Landen die gebührende Geltung zu verschaffen, und denn ihm beizustehen, in unserem, wie in seinem Interesse, zur Ausdehnung bis an die natürliche Grenze Mitteleuropas, an den Hämus [Anm.: antike Bezeichnung für das Balkengebirge] und das Schwarze Meer. Doch die weiteren Hoffnungen, die Aussichten für unsere Industrie, unseren Handel, unsere Auswanderung u.s.f., die sich an ein einiges Deutschland unter Preußens Suprematie anknüpfen, will ich Ihnen hier nicht darstellen. Genug! für mich, wie für Viele ist es in ihrer tiefsten Ueberzeugung eine Nothwendigkeit, dass Preußen an Deutschlands Spitze trete. Dazu ist es aber nothwendig, dass es in Deutschland aufgehe. Es ist das ein Opfer, ein schweres Opfer - ich weiß es wohl, wie gesagt; aber es ist ein unumgängliches Opfer. Indeß, ein solches Opfer zu bringen, sind Sie, meine Herren, ja auch bereit zu bringen, wenn "Sie die Gewissheit, oder nur die Wahrscheinlichkeit haben, durch dasselbe den gewünschten Zweck zu erreichen.." Meine Herren, die haben Sie, wenn wir hier das erstrebte erbliche Kaiserthum für Preußen durchsetzen können. Die Antipathien erlöschen in der Erkenntniß der Nothwendigkeit, in der Sehnsucht nach deutscher Einheit und Größe, nach Frieden und Ordnung, endlich in der oft bewährten Macht des preußischen Geistes. Der Republikanismus des südwestlichen Deutschlands ist weiter Nichts als ein Schreckbild, das nur so lange gefährlich ist, als es sich mit dem Wunsche des Vol-

kes nach Einheit, Macht und Wohlstand verbinden kann. Die Schwärmerei für das alte römische Reich deutscher Nation trägt, als ein geschichtlicher Widerspruch, den Keim ihres Unterganges in sich selbst. Die einzige Antipathie, die wir zu fürchten oder doch zu beachten haben, ist die bairisch-ultramontane; und die wird überwunden werden; denn Baiern darf, aus Rücksichten auf Gegen-Antipathien im eigenen Land, in Franken, Schwaben und der Pfalz, nicht zu viel wagen; und der vernünftige, der wahre Katholicismus, der seine Zukunft nicht in dem Schutz und der Herrschaft eines katholischen Fürsten, sondern in der Selbständigkeit seiner Kirche und dem freien Verkehre mit seinen Oberrn sieht, jener Katholicismus, der Vertrauen auf sich selbst besitzt, der in Belgien blüht, ist bereits theilweise für uns gewonnen. Ein "kühner Griff" würde darum, wenn erst Frankfurt und Berlin darüber einverstanden sind, wohl kaum schaden können. Ohne mutiges Eingreifen in die Geschichte ist in der Geschichte noch nichts Großes ausgeführt, ist noch keine Zeit der Umwälzung zu einem glücklichen, friedlichen Ende geführt worden. Scheut sich der preußische König, scheut sich die deutsche Reichsversammlung, den kühnen Griff, den wir als nothwendig betrachten, zu thun, und zwar bald, ehe die Verhältnisse noch schwieriger geworden sind und ihn unmöglich machen, zu thun; so wird über kurz oder lang eine andere Partei ihn wagen; und die Folge wird - das ist meine innigste Ueberzeugung - der Bürgerkrieg in Deutschland und ein einstweiliges Zerfallen desselben sein. Sind endlich "kühne Griffe" einigermaßen missliebig geworden, so kommt dies wohl nur daher, daß sie zu Zeiten ohne gehörige Rücksicht auf den Geist und Willen des Volkes, ohne Rücksicht auf die wirkliche Lage der Dinge unternommen sind. Geschehen sie dagegen in Folge und Erwägung einer geschichtlichen Nothwendigkeit, so können sie nur nützen, nur gelingen. Aber - darin kann ich, weil ich durchaus ruhige, geschichtliche Entwicklung wünsche und weil ich die Nothwendigkeit eines "starken Armes" für das deutsche Land, dessen Einheit erst im Werden begriffen ist, ebenso sehr als Sie anerkennen, mit Ihnen nur übereinstimmen; darin stimmen auch selbst solche mit Ihnen überein, welche nur deshalb Preußen an Deutschlands Spitze sehen wollen, weil sie, ungerne, die Nothwendigkeit davon erkennen - Preußen darf nicht eher in Deutschland aufgehen, als bis Deutschland auch, offen gesagt, preußisch wird. Darum hatte ich, meine Herren, auch in dem Schreiben vom 8. d. Mts., nur von einer allmählichen Auflösung des preußischen Staates gesprochen. Darum wünsch ich nur, daß Nichts geschehe, was Preußen mehr zentralisiert, als es bereits zentralisiert ist, was uns die Möglichkeit, Preußen an Deutschland Spitze zu stellen, abschneide oder zu sehr erschwert, was den übrigen deutschen Volksstämmen Furcht vor einer preußischen Hegemonie einflößt. Darum bedaure ich, daß an die Stelle des definitiven Wahlgesetzes für unsere erste Kammer dieses Mal, vielleicht aus Gründen der Nothwendigkeit, ein provisorisches getreten ist, welches auf anderen Grundlagen beruht. Darum wünsch ich endlich, daß unsere Vertreter in Berlin dahin wirken mögen, daß dieses provisorische Gesetz nicht, was Manche befürchten, ins definitive theilweise übergehe; dass, wo möglich, auch das von der Krone für künftig vorgeschlagene dahin abgeändert werde, daß nicht die Provinzial- und Bezirks- und Kreisvertretungen, sondern blos die Provinzialvertretungen für die erste Kammer wählen; und dass unsere Provinz solche Wünsche ausspreche. Mögen die einzelnen Provinzialvertretungen, wenn man das für nothwendig hält - und es ist vielleicht wenigstens wünschenswerth, ganz oder theilweise nach den verschiedenen Interessen und Berufsarten zusammengesetzt werden. Die erste Kammer des ganzen Staates muß dann, nach meiner unmaßgeblichen Ansicht, aus den bloßen Provinzialvertretungen hervorgehen, muß, dem Grundsatz eines Bundesstaates gemäß, die Provinzen als Gesamtheit vertreten - damit die preußische und deutsche Verfassung Eins werden, und entweder die letztere unmittelbar auf Preußen Anwendung finden, oder die erstere, modifiziert durch den Geist der anderen, auf ganz Deutschland ausgedehnt werden könne. Ob dann, neben den Vertretern der Provinzen, in der ersten Kammer, nach einem Vorschlage der octoyirten Verfassung, noch einzelne Oberbürgermeister der größeren Städte und einzelne Vertreter der Universitäten und Akademien sitzen, ist eine ziemlich gleichgültige Sache. Schaden wird dies auf keinen Fall, da es dem Charakter eines Bundesstaates und namentlich eines zukünftigen deutschen Bundesstaates nicht widerstreitet; nützen wird es freilich auch nicht grades wesentlich. Die erste Kammer wird, wenn sie durch die Provinzialvertretungen und vielleicht auch aus denselben gewählt wird, auch ohne das schon als Vertreterin der besonderen Industrie- und Handels-

Interessen, der Künste, Wissenschaften u.s.w. dastehen; sie wird ebenso auch ohne das schon an sich konservativ sein. Ich habe hier nur einen Punkt kurz hervorgehoben, aber einen Punkt, den ich unter die wichtigsten zähle. Ich möchte noch hinzufügen, wie ich nichts mehr wünsche, als daß, wenn irgend möglich, recht bald in Preußen auf eine oder die andere Weise, *) freie Provinzialvertretungen zusammentreten, nicht allein, damit dieselben bei der vorbehaltenen Revision der Verfassung mitwirken, und die Interessen und Wünsche der einzelnen Provinzen kräftig wahrnehmen und aussprechen, sondern auch, um Deutschland eine Garantie zu geben, dass Preußen geneigt sei, in späteren Zeiten das zu thun, was es einst thun muß. Doch ich habe Ihre Aufmerksamkeit bereits lange, viel zu lange in Anspruch genommen. Daher hiervon und von ähnlichen Dingen kein Wort weiter! Kein Wort auch darüber, dass wir uns bei Betrachtung unserer politischen Lage nicht bloß auf den Standpunkt von Preußen, sondern auch auf den von Westphalen und Deutschen stellen müssen! Ich schließe mit einer Verwahrung gegen die Ansicht, als ob ich die Bedeutung "preußischer Truppen" verkennte. Ich darf Sie, meine Herren, um eine solche Ansicht, die in Ihrem geehrten Schreiben zu liegen scheint, völlig zu widerlegen, vielleicht wohl auf einige Aufsätze hinweisen, die ich zu der Zeit, als hier über die Wehrverfassung des deutschen Reiches verhandelt wurde, für die rheinische Zeitung geschrieben und dann, in derselben (No. 180 vom 11. November) abgedruckt, an die Soester Blätter geschickt habe.

Mit der Bitte, die freimüthige Sprache, womit ich Sie zu widerlegen gesucht habe, nur aus meinem innigsten Wunsche, zu einer glücklichen Entwicklung Preußens und Deutschlands das Meine beizutragen, und die Weitläufigkeit der Antwort nur aus meinem Bedürfniß Ihnen gegenüber mich am Jahresschluß einmal ganz über die Grundlagen meiner politischen Ansichten und Bestrebungen auszusprechen, erklären zu wollen; mit dem Ersuchen die vorstehende Antwort ebenso wie Ihre geschätzte Zuschrift in den Blättern unserer Vaterstadt zum baldigen Abdruck übergeben zu wollen; endlich mit freundlichem Gruße zum neuen Jahr, in dem hoffentlich recht bald der mühevollen Aussaat des nun beinahe verflossenen Jahres die ersehnte Ernte, der Arbeit und Beschwerde die Ruhe und der Genuß, der Revolution die Reform folgen wird; unterzeichne ich, hochgeehrte Herren, mich, unter Versicherung ausgezeichnete Achtung

Ihr ergebenster Ostendorf." *Fankfurt a.M., den 31. December 1848,*

*) Anmerk. Es könnten das z.B. für jetzt im Ganzen dieselben Männer sein, die in den einzelnen Provinzen für die Berliner Kammer gewählt werden.

Soester Kreisblatt vom 23. Februar 1849

" Sehr geehrter Herr Radacteur!

In wenigen Tagen wird die erste Lesung der Verfassung vollendet sein. Die Abschnitte über das Reich und die Reichsgewalt, über den Reichstag, über das Reichsoberhaupt und den Reichsrath, endlich über die Gewähr der Verfassung haben, wie Sie wissen, bereits ihre Erledigung gefunden. Der noch rückständige Theil der Grundrechte, von welchen der größte Theil schon publicirt worden ist und in den einzelnen deutschen Staaten mit Ausnahme Oesterreichs nach und nach Gesetzeskraft erhält, wird gegenwärtig berathen. Er enthält namentlich Bestimmungen über das Recht der Staatsbürger, sich mit Bitten und Beschwerden schriftlich an die Behörden, die Landesversammlungen und Reichsversammlungen zu wenden, über das Recht, öffentliche Beamte wegen ihrer amtlichen Handlungen ohne vorgängige Genehmigung der Behörden gerichtlich zu verfolgen, über die Besteuerung bei der überall jegliche Bevorzugung einzelner Stände und Güter aufhören soll, ferner über die Rechte, welche jede deutsche Gemeinde als Grundrechte ihrer Verfassung haben soll, und wozu besonders die freie Wahl ihrer Vorsteher und Vertreter und die selbstständige Verwaltung ihrer Gemeindeangelegenheiten gehört, dann über einige Grundlagen sämmtlicher Verfassungen der deutschen Einzelstaaten, und endlich über einige andere Punkte, die ich hier übergehen kann. Die Berathung darüber wird in den ersten Tagen der nächsten Woche vollendet sein; sonstige Gegenstände dringender Art, worüber die verschiedenen Ausschüsse Bericht erstattet haben, werden in den übrigen Sitzungen derselben erledigt werden; und Montag, den 19. Februar kann und wird wahrscheinlich die zweite, endgültige Lesung der Verfassung beginnen. Denn das wichtigste Gesetz über die zukünftigen Wahlen der Abgeordneten zum

Volkshause wird - darüber scheinen die meisten Parteien einig zu sein - erst dann zur Berathung kommen, wenn diese vollendet ist.

Sie wundern sich vielleicht, daß wir jetzt, in einer Zeit, wo Alles sich nach Vollendung der deutschen Verfassung und einem dadurch herbeizuführenden festen und ruhigen Zustand in Deutschland sehnt, und dazu so nahe vor dem Zusammentreten der preußischen Kammern, wo es gewiß wünschenswerth wäre, wenn die Gesammt-Verfassung für Deutschland schon vor diesem ins Leben treten könnte, damit dann die Revision der preußischen Verfassung die in der Urkunde vom 5. Dezember verheißene Rücksicht darauf genommen würde, daß wir, sag' ich, jetzt nicht schneller zum Schluß eilen. Allein dem stand ein mindestens ebenso wichtiges Bedenken entgegen. Die Note der preußischen Regierung an die übrigen deutschen Regierungen, welche Ihnen bekannt sein wird, fordert dieselben auf, vor der zweiten Berathung über die Verfassung der National-Versammlung Erklärungen über den Inhalt derselben, wie er durch die erste Berathung festgestellt worden, zur Erwägung übergeben zu wollen. Hätten wir nun mit dem Beginne der zweiten Lesung übermäßig geeilt: so hätten wir gerade Das gethan, was die preußische Regierung in richtiger und patriotischer Beurtheilung der Verhältnisse vermieden zu sehen wünscht: wir hätten den Gegensatz, welcher zwischen der National-Versammlung und den deutschen Regierungen in Bezug auf ihre Ansicht über die beiderseitige Stellung besteht und nothwendigerweise bestehen muß, den Gegensatz zwischen den Grundsätzen der National-Souveränität und der Vereinbarung mit den Einzelregierungen auf die Spitze getrieben, und die Verständigung, welche beiden Theilen erwünscht sein muß, und von der preußischen Regierung in dankenswerther Weise angebahnt worden ist, unmöglich gemacht - gewiß nicht zum Heile des Vaterlandes. Auf der anderen Seite aber würde ein zu weites Hinausschieben der endgültigen Entscheidung über die Verfassung Deutschlands unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen unstreitig ebenso verderblich sein, zumal da Oestreich, jemehr es im Innern sich befestigt und zu seinem alten System zurückkehrt, desto feindlicher auch und drohender uns entgentritt. Eben erhalt ich eine Abschrift von einer neuen österreichischen Note. Ich bedaure, Ihnen davon kein Exemplar zuzusenden, auch keine ausführlichen Mittheilungen daraus machen zu können. Ich darf die Abschrift, welche ich in Händen habe, nur einen Augenblick behalten.; das offizielle Blatt unseres Reichsministeriums bringt die Note wahrscheinlich erst morgen abgedruckt. Den Hauptinhalt und den Gedankengang der Note aber kann ich nicht unterlassen Ihnen mitzutheilen. Die österreichische Regierung, oder vielmehr Herr von Schmerling - denn dieser, welcher auch als Reichsminister vor Allem Oestreicher war, ist es unstreitig, der die Note hier in Frankfurt angefertigt und sie dann auf dem Umweg über Olmütz wieder erhalten hat - geht von dem Satze des Programmes vom 27. November aus, daß Oestreichs Fortbestehen in staatlicher Einheit ein deutsches, wie ein europäisches Bedürfnis sei. Statt aber nun, der Ansicht der preußischen Regierung und unseres Reichsministeriums und der Reichsversammlung gemäß, daraus in loyaler und freund-nachbarlicher Weise die Folgerung zu ziehen, welche sie einst, als sie noch weniger stark war und weniger durch den Einfluß des Herrn von Schmerling anders bestimmt wurde, wirklich daraus zog, daß Oestreich nämlich darum auch das übrige nicht hindern werde, zu einer festen staatlichen Einheit zu gelangen: folgert sie jetzt in ziemlich verletzenden Ausdrücken, daß Deutschland darum sich eine Verfassung geben müsse, wodurch es Oestreich, trotz seines Fortbestehens in staatlicher Einheit, möglich werde, seinen alten Platz in Deutschland zu behaupten, d.h. den Vorrang in Deutschland zu behalten, Deutschland und Preußen wieder ins Schlepptau seiner Politik zu nehmen, und uns in der Entwicklung unserer Freiheit und Macht zu hemmen. Gegen die Idee der preußischen Regierung, dass die übrigen deutschen Staaten sich zu einem engeren Bunde, zu einem wahren Bundesstaate vereinigen dürfen und müssen, protestirt Oestreich auf das Entschiedenste; gegen ein einheitliches Oberhaupt Deutschlands verwahrt es sich auf das Feierlichste, falls nicht - das ist zwischen den Zeilen der Note zu lesen - der Kaiser von Oestreich dies nicht werden sollte; unsere Hoffnung auf eine deutsche Einheit verweist Oestreich, wie es seit 34 Jahren gethan hat, auf eine ungewisse Zukunft. Um endlich seine unhaltbaren Ansprüche zu rechtfertigen, beruft es sich auf die alten Verträge, die es in seinem Interesse zu brechen sich nie gescheut hat.

Das ist der kurze Sinn der langen Note. Manche, die letztere gelesen haben, sind darüber gewaltig

aufgeregt, ärgern sich darüber, ja! fangen auch an, für Deutschlands Zukunft zu fürchten. Ich für meine Person muß gestehen, ich kann weder diese Furcht, noch jenen Aerger theilen. Im Gegentheil, ich freue mich darüber, daß Oestreich so offen gesprochen und gedroht, und nicht etwa durch scheinbare Concessionen Manche, die sich gern täuschen lassen möchten, getäuscht, Anderen Gelegenheit gegeben hat, ihre wahre Meinung zu verbergen. An einen Eintritt der deutsch-oestreichischen Landschaften in unseren Bundesstaat hab' ich schon seit langem nicht mehr geglaubt; um also ein einiges mächtiges Deutschland zu schaffen, bleibt, wenigstens meiner Ansicht nach, Nichts übrig, als, mit Ausschluß jener Landschaften, einen Bundesstaat unter einem erblichen, preußischen Oberhaupt zu begründen. Das muß jetzt aber auch Jeder, der nicht ganz verblendet ist oder sich selbst verblenden oder Andere täuschen will, anerkennen. Oestreich erklärt offen, daß es eine deutsche Einheit nicht will; es droht, dieselbe nicht zuzugeben, sondern sie mit aller seiner Macht zu verhindern. Will die deutsche Reichsversammlung, diesen Drohungen gegenüber, ihr Werk der Einheit aufrecht erhalten und fördern: so kann sie es nur dadurch, daß sie sich auf Preußen stützt; will Preußen sich selbst nicht ungetreu werden, will es die Grundfeiler seiner Macht und seines Ansehens nicht erschüttern: so muß es sich jetzt an die Spitze der deutschen Bewegung stellen. Ich verkenne nicht, daß dies zu bedenklichen inneren Zuständen in Deutschland, ja! daß es möglicherweise zu einem offenen Kampfe führen kann, wiewohl das gegenwärtig so übermüthig drohende Oestreich bei seiner verborgenen inneren Schwäche sich wohl bedenken wird, eh' es dazu schreitet. Aber Eines ist, hoff ich, gewonnen: Preußen ist jetzt von der alten Metternich'schen Politik und ihrem unseligen Einfluß auf unser besonderes, wie auf unser allgemeines Vaterland für immer getrennt, und von russischem Einfluß ganz befreit. Und ein Anderes, hoff ich, wird die Folge davon sein: was im übrigen Deutschland patriotische gesinnt ist und gesetzliche Freiheit will, wird sich jetzt an Preußen anschließen; und sollte es zum Kampf kommen: so ist gewiß Deutschlands Erhebung und vielleicht auch die Zertrümmerung des alten Oestreichs das schnell eintretende Endergebnis desselben.

Doch ich will mich nicht in einer fernen Zukunft verirren. Das nächste Ergebnis der östreichischen Note wird hoffentlich sein, daß von der Linken der Reichsversammlung uns noch manche und von den Partikularisten der Rechten uns noch die eine oder die andere Stimme zufällt. Von Leuten, wie Prof. Gfrörer, deren Bestrebungen ein ganz anderes Motiv zu Grunde liegt, als sie offen aussprechen, ist freilich nichts zu erwarten. Hat der eben genannte Abgeordnete noch heute Mittag in einer Unterhaltung, wo er auf die Widersprüche zwischen seinen jetzigen und seinen früheren Ansichten hingewiesen wurde, es geradezu gesagt, er wolle die Einigung Deutschlands und ein Habsburgisches Kaiserthum durch - Preußens Vernichtung!

Uebrigens wird Herr Prof. Gfrörer mit seinen Gesinnungsgenossen schwerlich das hindern, wozu die Nothwendigkeit der geschichtlichen Entwicklung in Deutschland hindrängt. Die Abstimmung über die Erblichkeit der Würde des Reichsoberhauptes in unserer Versammlung, welche keine Mehrheit, hat zwar unendlich geschadet; seit derselben ist in dem Adressensturme, der auf die preußische Hegemonie gerichtet war, eine Art Stillstand eingetreten; wenigstens laufen solche Adressen nicht mehr in so großer Anzahl wie früher ein; und von der Gegenseite ist man äußerst eifrig, Zuschriften im entgegengesetzten Sinne zu Stande zu bringen. Aber wenn sie erwägen, wie trotz allen Bemühungen, die Anzahl derselben sehr gering ist, wenn sie andererseits auf die Stimmen hinhören, welche in allen deutschen Landesversammlungen in Bezug auf die Reichsregierung laut werden; wenn sie die Verhandlungen namentlich der Kurhessischen Stände mit Aufmerksamkeit verfolgen; wenn sie sehen, wie entschieden deutsch sich, allen Befürchtungen zum Trotze, die bairische zweite Kammer ausspricht und mit diesen Erscheinungen zusammen stellen, dass selbst ein Theil der öffentlichen Organe der republikanisch gesinnten Linken sich einem preußischen Reichsoberhaupt nicht mehr gerade sehr abgeneigt beweist: so werden Sie gewiß mit mir darin übereinstimmen, dass der Gedanke eines erblichen preußischen Reichsoberhauptes täglich mehr Anhänger gewinnt und die Zukunft für sich hat, mag er nun unter dem Namen des Kaiserthums ins Leben treten, oder unter irgend einem anderen Namen. Die nächste Kundgebung in diesem Sinne ist von den Hannoverschen Kammern zu erwarten. Ein Abgeordneter zur zweiten Hannoverschen Kammer, der zugleich Abgeordneter zur Reichsversammlung, und ein Gegner des erblichen preußischen Kaiserthums, also hier gewiß ein unverfänglicher Zeu-

ge ist, hat in diesen Tagen von Hannover aus geschrieben: "Mit der deutschen Sache steht es in unseren Kammern gut; allein die Leute sind wie versessen auf - ein erbliches preußisches Kaiserthum."

Ueberhaupt ist, namentlich im nördlichen Deutschland, das Gefühl des Bedürfnisses nach Macht, was uns mit Nothwendigkeit täglich mehr Anhänger zuführt. Wenn nur Preußen mit voller Entschiedenheit auftritt. Wir glauben Dies mit voller Sicherheit hoffen zu dürfen. Des Herrn von Radowitz Einfluß in Potsdam scheint im Abnehmen begriffen; Bunsens Einfluß ist uns bedeutend und günstig. Letzterer wird, wie er hier uns versichert hat, und wie wir aus ohne Das glauben würden, mit allem Eifer in Potsdam dahin streben, einen entschiedenen Anschluß an die deutschen Sache und ein Ministerium Vincke zu Stande zu bringen. Nächstend mehr! Mit größter Hochachtung unterzeichne ich mich, Ihr Ostendorf" *Frankfurt, im Februar 1849.*

Soester Kreisblatt vom 30. März 1849

Am Freitag, den 30. März 1849 wurde im Soester Kreisblattes - als Beilage - folgende Mitteilung veröffentlicht:

Beilage zum Soester Kreisblatt.

So eben erhalten wir vom Abgeordneten der Stadt Soest Herrn Ostendorf, folgende wichtige Mittheilung:

In Verfolg meines Schreibens vom gestrigen Tage freue ich mich Ihnen melden zu können, das „**Er. Majestät der König von Preußen mit 290 Stimmen zum Kaiser der Deutschen**“ gewählt worden ist. 248 haben sich der Abstimmung enthalten; darunter sind jedoch **115 Oesterreicher.**

Unsere Gegenpartei, namentlich die Anhänger von Lausaulz wie ich diejenigen nennen möchte, die ich, um nicht mißverstanden zu werden, und nicht zu scheinen sie mit Leuten zu verwechseln, die ich hochachte, suchten die Wahl und die definitive Constituierung des Vaterlandes durch allerlei Anträge zu hindern, jedoch umsonst.

Frankfurt, den 28. März 1849.

Ostendorf.

Soester Kreisblatt vom 1. Juni 1849

Brief des "constitutionellen Vereins" in Soest an den Abgeordneten Julius Ostendorf.

„An den Herrn Abgeordneten Julius Ostendorf. Wohlgeboren Frankfurt a.M.

Ew. Wohlgeboren haben nebst mehreren andern Mitgliedern der deutschen Nationalversammlung den Beschluß derselben veranlasst, nach welchem die von der Preußischen Regierung verfügte Abberufung der diesseitigen Abgeordneten nicht als zu Recht bestehend erachtet worden ist. Mehrere der Antragsteller heben sich seitdem doch veranlasst gesehen, ihren Austritt aus der Versammlung zu nehmen und können wir nicht umhin, auch Sie dringend zu ersuchen, ein Gleiches zu thun. Wir wollen diesen Wunsch nicht begründen durch eine Erörterung, ob die fragliche Befugniß der Königl. Regierung zu Recht bestehe, wir wollen Ihnen gegenüber lediglich auf einen Boden stützen, den Sie mit uns durchaus gemein haben, auf das warme, ungetheilte Herz für das Wohl Deutschlands. Dahin gibt es aber nur noch einen Weg, der eine gedeihliche Lösung

der traurigen Wirren der Gegenwart verspricht, der Weg des engsten Anschlusses, der kräftigsten Unterstützung der Gewalt, zu der Sie sich augenblicklich in Opposition gesetzt haben. Das Ziel der Preußischen Regierung ist, dafür bürgt uns das Wort unseres Königs, kein anders, als das, was wir selbst uns vorgesteckt haben, kein anderes, als die Einheit eines freien Deutschlands, aber gestützt auf die unerlässlichen Träger jeder staatlichen Einrichtung, auf Ordnung und Gesetz; die Bahn, die sie zu diesem Zweck eingeschlagen hat, hält sich nicht minder innerhalb der Schranken der Gesetzlichkeit: was hindert uns mit ihr zu gehen, ihre Kraft zu verstärken, ihr die Beseitigung der Hindernisse zu erleichtern, welche diese Bahn versperren? Wahrlich nicht die Anschauung, dass man das Gute stets deshalb verwerfen müsse, wenn und weil es von den Fürsten dargeboten wird. Entziehen wir aber der Regierung unsere Unterstützung, wollen wir nicht mit ihr gehen, so finden wir uns mit oder ohne unseren Willen in der Gesellschaft einer Partei, die es in diesen Tagen offenkundig gezeigt hat, was sie will mit ihrer nur als Aushängeschild gebrauchten Forderung der Anerkennung der von der Frankfurter Nationalversammlung gegebenen Verfassung, einer Partei, deren Wahlspruch die fortdauernde Revolution, deren Zweck der Umsturz aller bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse ist.

Ist es nun aber schon an sich verwerflich, sich einer solchen Partei zu verbinden, wenn man auch andere Zwecke verfolgt, wie sie, so ist so ist es nicht minder gefährlich. Denn bis jetzt hat sich noch immer die Erfahrung bestätigt, dass die dieser Partei Verbundenen sehr bald Unterworfenen wurden, daß man, statt den eigenen Zweck zu erreichen, ein willenloses Werkzeug abgab für den Zweck für den Zweck derer, die man nur benutzen wollte.

Doch wozu darüber Worte machen, wofür die Thatsachen jedes Tages reden! Wir wissen, dass Sie sich jener Partei des Umsturzes und der Anarchie nie anschließen werden, wir wissen, dass Sie und Ihre Gesinnungsgenossen nichts Anders in Frankfurt zurückhält, als die Absicht, sich Beschlüssen zu widersetzen, die auf dem Boden der Ungesetzlichkeit, der Revolution stehen. Aber Sie werden sich jetzt überzeugt haben, daß Ihr und Ihrer Partei Widerstand ein fruchtloser ist, daß Sie nicht die Beschlüsse, sondern nur deren einstimmige Fassung vereiteln; deshalb bitten wir Sie, verlassen Sie einen Wirkungskreis, in dem Sie nichts mehr wirken, und durch falsche Schlüsse über den Grund Ihres Verbleibens in demselben nur noch schaden können; folgen Sie dem Beispiel von Beckerath, Bassermann und anderen Ehrenmännern, folgen Sie ihm ehe es zu spät ist. Jetzt schon gibt es keine Stellung mehr in der Mitte und bald heißt es in beiden Lagern der Parteien: Wer nicht mit mir ist, der ist wider mich.“

Soest, den 23. Mai 1849 Der constitutionelle Verein.

Soester Kreisblatt vom 26. Juni 1849

" An die Wähler des elften westfälischen Wahlbezirkes.

Wenn ich Ihnen, hochgeehrte Herren, über den letzten, ernstesten Schritt, den ich in Frankfurt gethan, über meinen Austritt aus der deutschen Nationalversammlung, noch keine allgemeine Mittheilung gemacht habe; so bitte ich Sie, dies gütigst zu entschuldigen, theils mit meiner festen Ueberzeugung, daß die große Mehrheit unter Ihnen in der gegenwärtigen Lage keine Neuwahlen vornehmen würde, theils auch mit dem Umstande, daß ich sogleich nach meinem Austritte von Frankfurt abreiste. Was eine so schleunige Abreise verursachte, war ebenso wohl der Drang, eine Stadt zu verlassen, in welcher den Abgeordneten Alles nur an getäuschte Hoffnungen erinnern konnte, als ein Geschäft, welches ich im bairischen Franken zu besorgen hatte und nicht wohl aufschieben konnte. Auch blieb auf meine Entschließung nicht ohne Einfluß der Wunsch, jene Landschaft, von deren Haltung die langsamere oder schnellere Unterdrückung des Aufstandes im Südwesten unseres Vaterlandes abhing, durch eigene Anschauung genau kennen zu lernen. Von meiner Reise aus wollt ich Ihnen so bald als möglich eine allgemeine Darstellung der letzten Tage in Frankfurt und damit zugleich eine Rechtfertigung von meinen und meiner Gesinnungsgenossen letzten Schritte geben, fand aber bis jetzt nicht die Zeit, um dies in der nothwendigen Ausführlichkeit zu thun. Wenn ich gegenwärtig es thue, ohne dabei den Wortlaut der Beschlüsse der Nationalversammlung, der verschiedenen Austrittserklärungen u.s.w. vor mir liegen zu haben: so werden Sie die mindere Genauigkeit, welche mit dem Aufschreiben aus der Erinnerung immer verbunden ist, gütigst entschuldigen. Sie kennen den Beschluss vom 4. Mai,

welcher das ganze deutsche Volk zur Durchführung der Verfassung aufforderte. Herr v. Becke-
rath fand durch diesen Beschluß sich bewogen, aus der Versammlung auszuschneiden. Er hat die
Gründe, die ihn hierbei leiteten, in einem offenen Sendschreiben seinen Wählern dargelegt. Wir,
d.h. die übrigen Mitglieder der mittleren Partei, konnten seine Gründe nicht als richtig ansehen.
Wir betrachteten jenen Beschluß, den wir bewirkt hatten, vielmehr als eine nothwendige Folge-
rung aus der ganzen Politik, welche die Mehrheit der National-Versammlung von Anfang an be-
folgt hatte. Diese Mehrheit hatte den Grundsatz der National-Souverainetät aufgestellt und ver-
kündet. Man hat es ihr oft als den Ausfluß eines Souveränität-Schwindels vorgeworfen. Wer aber
die Männer, welche die middle-re Partei geleitet haben, wer einen Gagern, Dahlmann, Simson,
Riesser kennt, der wird wahrlich davon fest überzeugt sein, dass für jene Erklärung der National-
Souverainetät ein tieferer innerer Grund vorhanden sein musste, dass dieselbe nicht zur Willkür
sollte, sondern nur zur Vollendung dessen, worauf Deutschland durch seine Geschichte mit
Nothwendigkeit hingewiesen wurde.

Die National-Versammlung in Frankfurt war die einzige Macht in Deutschland, welche das Inter-
esse des Gesamt-Vaterlandes vertrat. Sie war nach unserer innigsten Ueberzeugung auch die
einzige Macht, die Deutschland zur Einheit führen konnte. In den Einzelstaaten sahen wir die
Sonder-Interessen vorherrschen. Die Regierungen der Einzelstaaten mußten nicht allein durch den
Reiz ihres eigenen Interesses, sondern auch durch die Rücksicht auf ihre Länder sich veranlaßt
fühlen, vorwiegend jene Sonder-Interessen zu schützen und zu fördern, und konnten bei diesem
Schutze nur zu leicht über Das hinausgehen, was auch dem gemeinsam deutschen Vaterlande
frommt. Aus ihrer Vereinbarung konnte daher und kann noch nach unserer Ansicht keine Einheit
hervorgehen. Wenn Preußen als europäische Großmacht verlangen mußte, dafür, dass es seine
selbstständige Stellung zum Theil aufgab, die einheitliche Executive des Reiches für sich zu er-
halten; so muß Baiern dagegen, theils um seine Stellung als halbe Großmacht, die es wenigstens
sein will, zu behaupten, theils auch wegen seines Verhältnisses zu Oestreich, so wie es stets
gethan hat und noch thut, darauf bestehen, dass an die Spitze des Reiches ein Direktorium gestellt
werde. Wenn die süddeutschen Staaten glaubten erhöhte Zölle zu fordern und die Gemeinsamkeit
der Produktions- und Verbrauchssteuer ablehnen zu müssen, so glaubte dagegen Hannover diese
Gemeinsamkeit fordern und statt jener Zollerhöhung eine Zollherabsetzung verlangen zu dürfen.
Und wer wollte, wenn einmal der Grundsatz der Vereinbarung aufgestellt war, Baiern veranlas-
sen, von seinen Forderungen und Bedenken, oder Hannover nöthigen, von den seinen abzuste-
hen? Freilich, wenn unsere deutschen Regierungen wahrhaft konstitutionell wären, wenn die
Mehrheit in den deutschen Staaten herrschte; so würde auch bei Annahme des Vereinbarungs-
Grundsatzes kein Misslingen des Werkes deutscher Einigung zu besorgen gewesen sein. Die
Völker Deutschlands würden, wie es sich schon jetzt gezeigt hat, bald erkannt haben, dass ihre
besonderen Interessen nur durch Förderungen der allgemeinen deutschen wirksam und auf die
Dauer gefördert werden können. Aber wo noch eine Regierung gegen den fast einstimmig ausge-
sprochenen Wunsch ihres Volkes die Annahme der Reichsverfassung verweigern, und dadurch
einen Sturm heraufbeschwören kann, mit dessen Hülfe die schlechtesten Elemente gar bald ein
verzehrendes Feuer anfachen; wo andere Regierungen, um der Anerkennung der Reichsverfas-
sung zu entgehen, ihre Kammern auflösen, und, mit Verletzung der Landesverfassungen, entwe-
der dieselben nicht zur gesetzlich bestimmten Zeit wieder einberufen, oder auch neue Wahlgeset-
ze octroyren - in einem solchen Lande, wo Regierungen ihre Interessen noch von denen ihrer
Völker trennen oder denselben unterschieben können, da herrscht der Konstitutionalismus noch
nicht; da kann aus einer Vereinbarung der Regierungen auch nie eine wahre Einheit hervorgehen.
Deshalb stellte die National-Versammlung den Grundsatz der National-Souverainetät auf. Sie
wollte damit, wie schon gesagt, nicht etwa ihre subjective Willkür zur Herrschaft; sie wollte
vielmehr nur dem Volke die Gewißheit verschaffen, daß das, was geschichtlich nothwendig ear,
auch verwirklicht werde. Sie wollte eine Verfassung schaffen, durch die Deutschland zu dem ihm
gebührenden Grade von Freiheit, Macht und Wohlstand gelangen, und Preußen seinen geschicht-
lichen Beruf erfüllen könnte, den Beruf, an Deutschlands Spitze zu treten und durch Deutsch-
lands Einheit zu begründen. Sie wollte endlich die Fürsten und ihre Regierungen nicht von der
Errichtung der Verfassung ausschließen, sondern nur der Nation als Ganzem das endgültige Wort

über und gegen die Ansprüche des Partikularismus vorbehalten. Fragt man, wer ihr dazu das Mandat und Recht gegeben habe, so braucht sie sich nicht auf die Bundesbeschlüsse zu berufen, die ebenso sehr für ihre Ansicht als für die entgegengesetzte sprechen; sie darf getrost antworten: Die Nothwendigkeit, welche in den dreiunddreißig Jahren seit 1815 sich deutlich herausgestellt hat und auch jetzt wieder deutlich herausstellen wird.

Aus dem hier entwickelten Grundsätze der National-Souverainetät aber ging der Beschluß vom 4. v.M. folgerichtig hervor. Es sollte die Durchführung der Reichsverfassung vorerst in den Staaten, welche die Verfassung bereits anerkannt hatten und zunächst anerkennen mussten, mit Sicherheit anbahnen, Preußen aber beständig den Platz in Deutschland offen halten, den die Lage der Dinge und seine große Geschichte selbst ihm anweist. Er forderte zugleich das gesammte deutsche Volks auf, überall, in allen Staaten, auf Anerkennung der Reichsverfassung hinzuwirken. Man streitet darüber, ob diese Anerkennung ein Glück sei, ob sie dem deutschen Volk Heil bringen würde. Man macht der Verfassung manche ihrer einzelnen Bestimmungen zum Vorwurfe. Ich will hier nicht auf diese so oft besprochenen Bestimmungen näher eingehen. Ich selbst halte einige theils an sich verfehlt, theils in Bezug auf die in Deutschland herrschenden Verhältnisse und Ansichten für nicht angemessen. Allein, wenn sie das wirklich sind, so mußten gerade diejenigen, welche hiervon am Lebhaftesten überzeugt zu sein behaupteten, auch davon fest überzeugt sein, daß jene Bestimmungen schon auf dem nächsten, unter dem Eindrucke der günstigsten Stimmung gewählten Reichstage gewiß würden beseitigt werden. Vorerst aber bildete - dies kann nicht oft genug wiederholt werden - die Reichsverfassung, so wie sie war, das einzige Banner, um welches die verschiedenen Stämme und Parteien unseres Vaterlandes wahrhaft versöhnet sich schaaren konnten zur Herbeiführung eines Zustandes, in welchem sie dann mit gesetzlichen Mitteln weiter für ihre verschiedenen Ansichten und Interessen wirken konnten. (Schluß folgt.)

Soester Kreisblatt, 03. Juli 1849, An die Wähler ... (Schluß)

" Man hat uns auch die Aufforderung zur Durchführung der Reichsverfassung zum schweren Vorwurfe gemacht. Man hat dies deshalb gethan, weil man jene Aufforderung theils nicht richtig verstand, theils nicht verstehen wollte. Wer aber die ganze Haltung der deutschen National-Versammlung von Anfang an beobachtet; wer gesehen hat, wie sie bei den lockendsten Veranlassungen und unter den schwierigsten Umständen, im Drange aller Leidenschaften, handelte: Der wird auch überzeugt sein, daß sie durch ihre Aufforderung nicht zur Gewalt reizen, wohl indeß alle gesetzlichen Mittel mit Eifer in Wirksamkeit gesetzt sehen wollte. Wenn daher der Beschluß vom 4. Mai Herrn Beckerath Veranlassung gab, aus der Versammlung auszuschneiden, so konnte seine Entschließung selbst von den andern Mitgliedern seiner besondern Fraction, des rechten Centrums, nicht gebilligt, nicht als in Übereinstimmung mit seinen früheren Ansichten und Handlungen stehend betrachtet werden. Die späteren Beschlüsse der National-Versammlung will ich, um nicht zu weitläufig zu werden, hier nicht ins Einzelne verfolgen. Der Beschluß, welcher den Einmarsch preußischer Truppen in Sachsen für einen schweren Friedensbruch erklärt, ist vielfach angegriffen worden. Sieht man auf den Ausdruck, mit vollem Rechte! Nicht in dem Einmarsche der Truppen, nachdem die Bewegung in Sachsen, welche ursprünglich bei den meisten Theilnehmern auf Anerkennung der Reichsverfassung gerichtet gewesen war, in Dresden einen anarchistischen Charakter angenommen hatte - nicht hierin also liegt die Schuld des preußischen Ministeriums; sondern, wenn wir davon absehen wollen, dass man die an die Central-Gewalt zu machende Mittheilung, auch nach geschehenem Einmarsche, längere Zeit absichtlich verzögerte, zunächst in der bekannten Sendung des Prinzen Croy, wodurch man den schon zur Anerkennung der Reichsverfassung entschlossenen, in seinem Lande allgemein beliebten König von Sachsen bewog, dem einmüthigen Wunsche seines Volkes sich zu widersetzen, indem man ihm zugleich Truppen zur Unterdrückung jeder Bewegung versprach: Und wenn mache Mitglieder des Centrums sich veranlasst fanden, für den zum Beschluß erhobenen Antrag von Reden * zu stimmen; so geschah dies nur, weil demselben bloß der Waitzische Antrag ** entgegen stand, ein Antrag, der ihnen fast ein Vertrauens-Votum für das Ministerium Brandenburg - Manteuffel zu sein schien. Auf einen zweiten Beschluß der mannigfachen Bedenken unterliegt, den ich für meine Person übrigens auch keine Ursache habe zu vertheidigen, auf den Beschluß, dass die Truppen

der verfassungstreuen Staaten zur Aufrechterhaltung der Reichsverfassung verpflichtet werden sollten, darf ich hier um so weniger eingehen, als schon vor diesem Beschlusse die Abberufung der in Preußen gewählten Abgeordneten erfolgt war, eine Maßregel, welche wir jetzt näher betrachten müssen.

Ich habe das Abberufungsschreiben der Königl. Preußischen Regierung nicht zur Hand, und kann daher die einzelnen in demselben geltend gemachten Gründe nicht berühren, was übrigens auch schon deshalb unnöthig sein möchte; weil, wie man immerhin über das Verhältnis der Regierungen zur National-Versammlung denken mag, doch gerade vom Standpunkte der Königlichen Regierung aus das hätte feststehen sollen, daß nicht eine einzelne Regierung einseitig einen Bundesbeschluß aufheben könne, und weil auch das sich kaum leugnen, daß eine Regierung nicht berechtigt ist, eine Bestimmung, die in Uebereinstimmung mit den Landständen, hier dem Vereinigten Landtage, gesetzlich zu Stande gekommen ist, ohne Zustimmung ihrer Landesversammlung zu vernichten. Deswegen hielt sich die große Mehrheit der in Preußen gewählten Abgeordneten durch jene Abberufung keineswegs verpflichtet, aus der National-Versammlung auszuscheiden. Wenn später dennoch bedeutende Parteien ausgetreten sind, wenn gegenwärtig schon seit längerer Zeit fast das ganze Centrum der Versammlung nicht mehr angehört, so ist dies eine Folge anderweitiger Erwägungen.

Sie kennen die Gründe, welche den größten Theil des rechten Centrums bewogen haben, aus der Versammlung auszutreten. Die Herren Dahlmann, Gagern, Simson, Duncker und viele Andere, im Ganzen sechsundsechzig, welche gemeinsam ausgeschieden sind, haben jene Gründe in ihrer Austrittserklärung selbst dargelegt. Wir übrigen Mitglieder der Centren konnten denselben nicht durchaus zustimmen. Wir hätten vielmehr gewünscht, dass auch Männer wie Dahlmann, die nur mit dem tiefsten Schmerze, weil sie sahen, daß die in einer bekannten unglücklichen Weise zusammengesetzte Mehrheit ihrer Fraktion sich unter keiner Bedingung mehr halten ließ, endlich, nach langem Widerstreben und vielfachen, eifrigen Gegenbemühungen, zum gemeinsamen Austritt ihre Zustimmung gegeben haben, diesen Schritt wenigstens noch verschoben hätten. Noch war es möglich, eine Vertagung der National-Versammlung auf unbestimmte Zeit durchzusetzen, und dadurch theils die wünschenswerthe Continuität der deutschen Volksvertretung zu erhalten, theils auch unheilvolle Beschlüsse, wie sie später gefasst worden sind, zu verhüten. Als wir dies nach jenem Massen-Austritte versuchten, konnten wir für unseren Vertagungs-Antrag die ausreichende Unterstützung nicht mehr finden. Im Gegentheile, die Linke brachte einen Antrag ein, die beschlussfähige Zahl auf hundert herabzusetzen. Diesem Antrage, in welchem uns die größte Gefahr für einen bedeutenden Theil unseres Vaterlandes zu liegen schien, was auch die Folgezeit nur bestätigt hat, glaubten wir uns auf jede Weise widersetzen zu müssen. Wir machten daher am Nachmittag des 21. Mai durch Verlassen der Paulskirche die Versammlung beschlußunfähig. Später traten allmählich auch die meisten noch übrigen Mitglieder des Centrums aus. Ich habe bereits seit jenem Nachmittag an den Verhandlungen der National-Versammlung nicht mehr Theil genommen, und einige Tage später, als jede Hoffnung, unseren Zweck noch zu erreichen, verschwunden war, meinen Austritt förmlich erklärt. Daß ich dabei in Uebereinstimmung mit der großen Mehrheit meiner Wähler gehandelt habe, glaub' ich nach allen Aeüßerungen, die ich aus meinem Wahlbezirk vernommen habe, voraussetzen zu dürfen. Eine weitere Mittheilung behalt' ich mir bis nach er Versammlung in Gotha, die ich, wenn meine Zeit es irgend noch erlaubt, zu besuchen gedenke, vor.

Mit größter Hochachtung und herzlichstem Gruß unterzeichne ich mich, Ihr ergebenster
Ostendorf." *Hassfurt a.M., den 17. Juni 1849*

* [Anm.: von Reden, Deutscher Hof]

** [Anm.: Waitz, Casino-Partei]

Soester Kreisblatt Nro. 57 / Di. 17. Juli 1849

" Die Versammlung in Gotha.... Die in Frankfurt beschlossenen Reichsverfassung war gescheitert, - gescheitert in Berlin an den unseligen Einwirkungen der eng verbundenen Parteien des Pie-

tismus, des Junkerthums und des österreichischen Gesandten Prokesch-Osten, in Dresden an Einflüsterungen von Norden her und dem Aufreißer der Radikalen, in Hannover und München an dem zähen Widerstande partikularistisch-dynastischer Interessen. Dadurch war der Weg zur Einigung Deutschlands, den jene Verfassung darbot, zur Zeit versperrt. Dagegen bot in dem Entwurfe, welchen die verbündeten drei Königreiche bekannt gemacht hatten, sich ein neuer Weg dar, auf welchem man zu dem ersehnten Ziele möglicher Weise gelangen konnte. Unter diesen Umständen musste jeder denkende Freund des Vaterlandes sich die ernste Frage vorlegen: Soll ich meinerseits mich diesem Entwurf anschließen, und bereitwillig Alles thun, um seine Durchführung zu fördern; oder soll ich starr festhalten an der Reichsverfassung vom 28. März, in der Hoffnung, sie später einmal zu verwirklichen? Für Beides ließen sich gewichtige Gründe geltend machen; ebenso gegen Beides. Hielt man fest an der in Frankfurt beschlossenen Reichsverfassung: so durfte man hoffen in derselben sich ein Gut zu erhalten, wonach in jedem Missgeschicke, bei jedem Druck das Volk von Neuem sehndend verlangen würde, einen Keim zukünftiger Entwicklung, der gewiß einmal aufgehen musste. Hat doch auch der liberalen Partei in Spanien die Kortes-Konstitution von 1812 unter allen Stürmen des staatlichen Lebens immer zum Kompass gedient! Wird doch Sicilien nicht zur Ruhe gelangen, ehe es seine von Neapel unabhängige Verfassung, die, oft und lange unterdrückt, ihm stets theuer geblieben ist, ihrem Wesen nach wieder erlangt hat! Ist doch die römische Constituante unter dem Andringen der Franzosen, und bereits überzeugt von der Nutzlosigkeit ferneren Widerstandes, noch auf das Capitol gezogen, und hat die schnell votirte neue Verfassung feierlich verkündet!

Allein auf der anderen Seite musste man, wenn man noch immer starr an der Reichsverfassung vom 28. März festhielt, es sich auch gestehen, dass man dadurch auf eine neue Revolution hinarbeitet. Das aber mochte Der, welcher an der Möglichkeit einer Reform in Deutschland verzweifelte, mit gutem Gewissen thun; wer es noch nicht durchaus aufgegeben hatte, auf dem Wege der Reform in Deutschland zur Freiheit und Einheit zu gelangen, musste so lange als möglich auf diesem Wege wandeln. Es fragt sich also weiter: Vertreten wir diesen Weg, wenn wir uns dem Drei-Königs-Entwurfe anschließen? Auch hierfür ließ sich Manches, Einiges auch dagegen sagen. Niemand wird leugnen, dass, wenn jener Entwurf durchgeführt und vollkommen zur Wahrheit wird, das deutsche Volk eine darin eine sichere Grundlage gewinnt, auf der es in besseren Zeiten an dem Gebäude seiner Einheit, Macht und Wohlfahrt fortbauen kann. Wenn wir da-von nicht aus anderen Gründen bereits überzeugt wären: so könnt uns der Umstand davon überzeugen, daß die Berliner Junker und Pietisten dem Entwurfe nicht viel weniger ungünstig sind als der Frankfurter Reichsversammlung. Allein auf der anderen Seite ließ sich auch nicht leugnen, daß es noch sehr unsicher war, ob die verbündeten Regierungen ihren Entwurf durchführen würden; und daß gewiß jeder deutsche Mann einiges Bedenken tragen mußte, seinem Volk ein Recht zu vergeben und der Regierungswillkür nachzugeben, ohne daß er daraus gewisse Erfolge für das große Ziel der deutschen Einheit und der damit verbundenen Freiheit hervorgehen sah. Und dann, selbst angenommen, jener Entwurf würde zur Wirklichkeit: so hat uns die neueste Zeit genügend darüber belehrt, dass man oktoyrte Verfassungen nicht sehr gewissenhaft beobachtet. Solche Erwägungen waren es, die mehrere bedeutende Mitglieder der früheren Mittelpartei in der Paulskirche, welche in und bei Frankfurt sich aufhielten, sogleich nach Veröffentlichung des Drei-Königs-Entwurfs bewogen, ihre Partei noch einmal zusammen zu rufen. Sie verkannten dabei nicht, dass ausgetretene Abgeordnete nur noch als Privat-Leute zu betrachten seien; sie glaubten aber, daß es nicht ohne Bedeutung wäre, wenn Die, welche in der deutschen National-Versammlung die konstitutionelle Partei vertreten hatten, sich zu einem gemeinsamen Urtheil über die Lage der Dinge und zu einer Verständigung über die von ihnen selbst zu befolgende Handlungsweise einigen könnten. Deshalb richteten sie, wie gesagt, an alle ehemaligen Mitglieder des Centrums die Aufforderung, am 26. Juni d.J. sich in Gotha einzufinden. Die Eingeladenen folgten zum Theile dieser Aufforderung nur ungerne. Es gab Einige, die schon jetzt kein Heil mehr sahen, als in einer neuen Bewegung, welche die Zeit mit Nothwendigkeit herbeiführen würde; es gab Viele, welche der Ansicht waren, daß in Lagen, wie die unsere gegenwärtig ist, für die Mittelpartei kein Raum zum Wirken sei, und noch Mehrere, welche wenigstens nicht begriffen, was eine Erklärung von Seiten der Gothaer Versammlung nütze solle. Dennoch glaubte, nachdem

Gagern und Dahlmann einmal gerufen hatten, Keiner, wenn er es irgend möglich machen konnte zu erscheinen, in Gotha fehlen zu dürfen. Die Versammlung an diesem Orte war äußerst angenehm durch das Wiedersehen Sovieler, die lange in Gemeinschaft nach einem gleichen Ziele gestrebt hatten, interessant durch die Mittheilungen, welche von allen Seiten gemacht wurden, aber auch getrübt durch den fast hoffnungslosen Zustand der deutschen Angelegenheiten, unter dessen Einflusse die Zusammenkunft stattfand. Doch ich will um möglichst unparteiisch bleiben und kurz sein zu können, diese Versammlung selbst nicht schildern; ich will einfach nur berichten, was dort mitgetheilt, verhandelt und beschlossen wurde."

(Fortsetzung folgt.)

Soester Kreisblatt, 24. Juli 1849

Die Versammlung in Gotha (Fortsetzung vom 17. Juli 49)

" Die Veranlasser der Zusammenkunft legten sogleich in der ersten Sitzung einen Entwurf zu einer gemeinsamen Erklärung der Partei vor, dessen wesentliche Sätze, im Allgemeinen wörtlich, folgende waren:

"Innig überzeugt, wie wir sind, dass die deutsche National-Versammlung, als sie am 28. März d.J. die deutsche Reichsverfassung als endgültig beschlossen verkündigte, derjenigen Stellung gemäß gehandelt hat, welche die Lage der deutschen Dinge ihr aufdrang, und die Bundestagsbeschlüsse vom 30. März und vom 7. April v. J. ihr einräumten, dürfen wir doch die Augen vor den Schwierigkeiten nicht verschließen, welche die allgemeine Durchführung der unveränderten Reichsverfassung im Vaterlande gefunden hat. Dahingegen ist in der Verfassungs-Aufstellung, welche die Berliner Conferenz bietet, neuerdings ein Weg eröffnet, auf welchem sich der verlorenen Einigungspunkt möglicher Weise wieder finden ließe. Das Betreten dieses Weges nicht zu verschmähen, mahnt uns das von äußeren und inneren Feinden schwer bedrohte und schon vom Bürgerkrieg zerfleischte Vaterland; eben so dringend aber der Inhalt jenes Entwurfes, der, wie entschieden man auch einzelne seiner Bestimmungen verwerfen möge, dennoch den Kern der Reichsverfassung in sich trägt. Um, was noch mißhellig ist, auszugleichen, ist nun vor allen Dingen ein Reichstag noth, welcher möglichst bald zusammentrete, welcher alle Staaten des bisherigen deutschen Bundes begreife, mit Ausnahme freilich Deutsch-Oestreichs, dessen Regierung den deutschen Bundesstaat verneint hat, indem sie sowohl die unerlässliche Forderung seiner Einheit, ein Reichs-Oberhaupt in der Person des Herrschers des mächtigsten rein-deutschen Staates, als die ebenso wichtige Forderung seiner Freiheit, ein Volkshaus für die Reichsgesetzgebung, ablehnt; ein Reichstag endlich, welcher das Werk der Einigung rasch, noch im Laufe des Jahres vollbringe. Der Erreichung dieses dreifachen Zweckes würde von Anfang her Nichts hinderlicher sein, als wenn von der einen Seite auf dem Reichswahlgesetze, von der anderen Seite auf dem Berliner Entwurf eines Wahlgesetzes starr bestanden würde; durchaus aber wird auf dem Reichstage selber ein unbedingtes Festhalten an Einzelheiten, die nicht unmittelbar mit dem Heile des Vaterlandes zusammen hängen, vermieden werden müssen. Denn sollte auf diesem Reichstag abermals keine Einigung erzielt werden: so würde zwar für die deutsche Reichsverfassung vom 28. März ein neues Zeugnis abgelegt sein durch die Vergeblichkeit der Bemühungen, etwas Anderes zu Stande zu bringen; allein eben so gewiß würde ein solcher Ausgang den Genuß der Segnungen dieser Verfassung in eine ungewisse Ferne rücken. Die Unterzeichneten versprechen sich ein gedeihliches Ergebniß von folgenden, vornämlich zunächst auf das Zustandekommen des Reichstages bezügliche, ausgleichenden Maßregeln.

1. Die deutschen Staaten erklären als grundsätzlich feststehend alle Verfassungsbestimmungen, welche in den beiden Aufstellungen vom 28. März und am 28. Mai wörtlich oder wesentlich übereinstimmen.

2. Was die Wahlen zum Volkshause betrifft, so ist es unsere Ueberzeugung, daß kein Wahlgesetz in der Welt den Ausgang der Wahlen verbürgt, da dieser hauptsächlich von der Stimmung des Volkes und dem Maße seines Vertrauens auf die Leitung der vaterländischen Angelegenheiten abhängt. Eben deshalb sind wir der Meinung, dass, da einmal die wünschenswerthe Einigung fehlt, am Besten nicht nur für das Zustandekommen des Reichstages, sondern auch für den Frieden im Vaterlande gesorgt wäre, wenn die verschiedenen Wahlgesetze der einzelnen Staaten die

Grundlage für die Beschickung dieses Reichstages bildeten. Von der anderen Seite erscheinen die in dem Wahlgesetze der Berliner Conferenz festgestellten Normen weder so drückend, noch so unausführbar, daß es vor dem Vaterlande zu rechtfertigen wäre, an ihrer Ablehnung den ganzen Reichstag scheitern zu lassen. Jedenfalls jedoch würde das für Preußen am 30. Mai d.J. erlassene Wahlgesetz, welches namentlich für die Theilnahme von der dritten Abtheilung gar keine direkte Steuer bedingt, zu berücksichtigen überhaupt aber eine Erweiterung der den Einzelstaaten eingeräumten Befugnisse zu gestatten sein

3. Die in der Verfassung vom 28. Mai und dem Entwurf vom 29. Mai gleichlautend gefassten §§ werden auch vom Reichstag ohne Abstimmung als endgültig angenommen; und bei nur theilweiser Uebereinstimmung wird, soweit thunlich, allein die Abweichung zur Abstimmung gebracht."

Dies der Entwurf der Veranlasser der Gothaer Zusammenkunft! Einen ganz ähnlichen legte Herr von Beckerath in Verbindung mit den Herren Mevissen und Bürgers vor.* (* Anm.: alle Genannten gehörten der Casino-Partei (rechtes Centrum)) an. Derselbe unterschied sich, abgesehen von seinem mehr der Beckerathschen Gemüthlichkeit entsprechenden Stil, hauptsächlich nur durch zwei Punkte von dem ersten Entwurf: 1) Er sprach sich überhaupt gegen das allgemeine Wahlrecht aus. 2) Er verfolgte vornehmlich den Zweck, die Königreiche, welche den gemeinsamen Entwurf einer deutschen Reichsverfassung aufgestellt haben, an die dem deutschen Volk hierdurch gegebene Zusage unabweichlich zu binden. In dieser Beziehung schloss er mit den Worten: "Von den Vertretungen der Einzelstaaten und von allen die Einheit wahrhaft wollenden Parteien im Volke darf erwartet werden, daß sie, ohne Rücksicht auf unbefriedigte Partei-Interessen, nur die Rettung und Erhebung des Vaterlandes ins Auge fassen und mit Selbstverleugnung in thätiger Mitwirkung den einzigen noch offenen Weg zu diesem großen Ziele betreten. Nimmt das Volk die dargebotene Hand an, so sind die deutschen Regierungen der Nation dafür verantwortlich, dass dieser letzte Einigungsversuch nicht abermals an ihrem Widerstande scheitere." Beide Entwürfe wurden einem Ausschusse zur Berichterstattung übergeben. Die Verhandlungen darüber begannen am 27. Juni d.J. Sie wurden an diesem Tage eröffnet durch eine Reihe von Mittheilungen über die Lage der deutschen Dinge, welche verschiedene Theilnehmer an der Versammlung uns machten. Die Herren Beseler, Veit, Kierulff hatten in Berlin eine längere Unterredung mit dem Herrn von Radowitz gehabt; M.v.Gagern und Graf Giech hatten höchst interessante Briefe von einzelnen deutschen Diplomaten empfangen. Jene setzten die Versammlung sofort bei Eröffnung der Sitzung von dem in Kenntniß, was sie bei Herrn v.Radowitz in Erfahrung gebracht. Diese berichteten bald nachher, was sie brieflich erfahren hatten. Ich vereinige, um ein möglichst anschauliches Bild von dem damaligen Zustande der deutschen Angelegenheiten zu geben, die verschiedenen Mittheilungen in eine Gesamt-Darstellung. Wenn ich den Leser hierbei zuerst nach Berlin führe: so ist dies schon deshalb natürlich, weil in Berlin unsere Reichsverfassung gescheitert, und an eben demselben Orte die Pläne entworfen, die Verhandlungen geführt worden waren, die auf anderem Wege Preußen jene Stellung in Deutschland sichern sollen, welche die Reichsverfassung ihm darbot. In Berlin aber hatte damals den größten Einfluß Herr von Radowitz. Der Leser muß mir aus diesem Grunde schon erlauben, jenen geheimnißvoll wirkenden Mann mit dem kalten, stolzen Blick in wenigen Worten zu schildern, und die Beweggründe, die ihn bei seinem Handeln leiteten und leiten, mindestens andeutend zu bezeichnen.

Herr von Radowitz * ... (* Anm.: v. Radowitz gehörte der Fraktion Café Milani (äußerste Rechte, großdeutsch)) an ...ist - ich weiß sein ganzes Wesen nicht besser und kürzer darzustellen - ein deutscher Talleyrand. Seine größte Kunst besteht darin daß er, indem er selbst mehr im Verborgenen bleibt und seine Fäden spinnt, auf der offenen Bühne des Staatslebens Andere für sich auftreten lässt. Fremde Personen wie fremde Gedanken weiß er trefflich für sich zu gebrauchen. Jene lässt er im Dienste seiner Zwecke sich abnutzen, während er durch die Verborgeneheit, worin er wirkt, und durch seine leidenschaftslose Umsicht, die ihn stets zu rechter Zeit sich ganz zurückziehen lässt, immer, trotz allen unglücklichen Erfolgen seiner Bestrebungen, möglich bleibt; diese, die Gedanken Anderer, weiß er so umzugießen und in eigene Gedanken verwandeln, daß nur die sorgfältigste, anhaltendeste Beobachtungen aus seinen Worten und Schriften das Fremde herausfindet. Dazu ist nun freilich nothwendig, dass er sich nie zu sehr kompromittire; und sein ganzer

Fleiß ist darauf gerichtet, dies nie zu thun. In der Paulskirche, wo er durch klassische Reden die allgemeine Aufmerksamkeit fesselte, ging kein, in seinem Club kaum ein Satz aus seinem Mund hervor, den er nicht früher, entweder zu Haus, oder in der Versammlung vollständig aufgeschrieben hatte. Dennoch hat er es nicht ganz vermeiden können, sich in seinem Club, vor dem aufmerksamen Zuhörer durch Inkonsequenz Blößen zu geben - Blößen, von denen freilich nur seine politischen Meinungsgenossen erzählen können. So hat das Schicksal den Mann geschaffen, der damals, ohne Minister zu sein, was er nicht sein wollte, in Wahrheit zu Berlin regierte, und namentlich die Leitung der deutschen Angelegenheiten in seiner Hand hielt. Mit dem König hatte ihn ursprünglich dessen zu religiöser Schwärmerei hinneigendes Gemüth verbunden. Er benutzte seinen Einfluß, wie Herr v. Vincke sehr bezeichnend über ihn äußerte, zu vielen, nicht gerade egoistischen Zwecken. Aber während er für seine Partei wirkte, galt er bei derselben, weil er zu klug war, um, durch Fanatismus verblendet, da Gefahren für ihre Religion zu sehen, wo keine waren, als ein Verräther, und erhielt anonyme Drohbrieve. Der Frankfurter Versammlung, den deutschen Einheitsbestrebungen gegenüber hatte Herr von Radowitz eine schwere Schuld auf sich geladen. Untreu seinem eigenen Worte, daß man in Frankfurt Preuße und in Berlin Deutscher sein müsse, einem Worte, dem bei seinem politischen Meinungsgenossen Vincke nicht Worte, wohl aber Thaten entsprachen, untreu seiner noch bei der Abreise von Frankfurt gegebenen Zusage, trat Herr v. Radowitz sogleich nach seiner Ankunft in Berlin gegen die deutsche Nationalversammlung und ihr Werk, die Reichsverfassung, feindlich auf. Sei es, wie er selbst behauptet, deshalb, weil er einsah, dass er mit seiner früheren Meinung in Berlin niemals durchdringen werde; sei es aus anderen Gründen, genug: sogleich nach seiner Ankunft in Berlin erschienen von dort aus Aktenstücke, in denen, wer Herrn v. Radowitz kennt, unmittelbare oder mittelbare Arbeiten seiner Hand erkennen mußte. Mit desto größerem Eifer aber verfolgte er den Plan, das Werk, welches der deutschen Volksvertretung entwunden werden sollte, in veränderter Gestalt durch Vereinbarung unter den Regierungen herzustellen. Der bekannte Drei-Königs-Entwurf hat in seiner von der Reichsverfassung nicht sehr verschiedenen Form Herrn v. Radowitz das Dasein zu verdanken; er ist es, der in Berlin am Entschiedensten dessen Durchführung betreibt. Fällt er gegenwärtig, wo nur eine schlechtere Partei im Stande ist ihn zu stürzen und an seine Stelle zu treten, so ist es um die deutsche Einheit und die damit untrennbar verbundene deutsche Freiheit wahrscheinlich für lange Zeit geschehen. Wir werden dann in Frankfurt den Bundestag und in die einzelnen deutschen Staaten den Absolutismus wieder einziehen sehen. Darum müssen wir, obwohl er uns unendlich geschadet hat, und obwohl seine unheimliche Erscheinung Liebe oder Vertrauen keinem deutschen Mann einflößen kann, doch wünschen, daß er gegenwärtig nicht gestürzt werde. Aber schon hat er leider einen großen Theil seines Einflusses verloren; und es steht zu besorgen, dass seine Feinde ihn dessen bald, wenigstens für den jetzigen wichtigen Augenblick, ganz beraubt haben werden. Seine Feinde, - hab' ich gesagt. Wir müssen diese jetzt genau betrachten. Wer sind die Feinde? Nicht die, welche vor einem halben Jahr seine Feinde heißen konnten; sondern die, welche damals, als er gegen das Frankfurter Werk arbeitete, mit ihm arbeitete; es sind, mit einem Worte, die auswärtigen, und mehr noch die inneren Feinde der deutschen National-Versammlung, der Einheit und Freiheit Deutschlands. Diese letzteren, die in der ganzen Revolution des vergangenen Jahres Nichts sehen, als entehrende Straßenkämpfe oder dgl., und die um alle Märzerrungenschaften uns bringen möchten, mit Ausnahme der des Belagerungszustandes, haben, so sagt wenigstens die allgemeine Meinung, - schon einmal in der unseligen Zusammenkunft von Freienwalde die Hoffnung des deutschen Volkes zu Nichte gemacht. Jetzt, wie damals, im schönen Bunde, wirken die Parteien des Junkerthumes, des Pietismus und des Oestreicherthums, die Herren Gerlach, Kleist, Retzow, Stahl, Armin-Boytenburg, Leo, Bodelsschwingh, Prokesch-Osten, die ihr höchst anständiges Organ in der Neuen Preußischen Zeitung haben, gemeinsam dahin, gemeinsam dahin, nach Oesterreichs uneigennützigem Wunsch in Frankfurt den Bundestag gesegneten Andenkens, in die deutschen Einzelstaaten den Absolutismus, und Preußen besonders in die Bande der heiligen Allianz, in die Abhängigkeit von Oesterreich und Russland wieder einzuführen. Zu diesem Zwecke muß aber natürlich der Drei-Königs-Entwurf zerstört werden.

Wird ihr Streben den von ihnen gewünschten Erfolg haben? Sehen wir, um uns die Frage zu beantworten, auf den Ursprung des von den drei Königreichen aufgestellten Verfassungs-Entwurfes und auf die Anerkennung, die demselben bisher zu Theil geworden, und die Opposition, die ihm bisher entgegengesetzt worden ist.

Herr v. Radiwitz hatte, als er zu Berlin die deutschen Angelegenheiten in seine Hand nahm, sofort in aller Strenge den Grundsatz der Vereinbarung aufgestellt. Aber Herr v. Radiwitz ist ein viel zu kluger Mann, um nicht die ganze Schwierigkeit einer solchen einzusehen. Daß siebenunddreißig Staaten - so viel hat ja Deutschland gegenwärtig aufzuzählen - über eine gemeinsame Verfassung sich verständigen, ist schon etwas Unwahrscheinliches. Daß dreiunddreißig Fürsten, von denen jeder außer dem Interesse seines Staates auch noch seines und seines Hauses besonders Interesse verfolgt, sich vereinbaren, grenzt an die Unmöglichkeit. Was that nun Herr v. Radowitz, um die Sache, wenigstens so weit wie es irgend gehen möchte, zu Stande zu bringen? Die Reichsverfassung mußte zunächst in dem, was sie der Reichsgewalt zuertheilte, abgeschwächt werden, um sie den andern Königreichen, namentlich Baiern, mundgerecht zu machen. Sie musste aber zugleich eine Form behalten, die das Verlangen des deutschen Volkes nach Einheit einigermaßen befriedigen konnte. So wirkte man theoretisch für das Zustandekommen der Einheit; dieser theoretischen Wirksamkeit mußte jedoch, wenn überhaupt etwas geschaffen werden sollte, eine praktische zur Seite stehen. Glücklicherweise waren nun mehrere der halsstarrigsten Regierungen damals in Bedrängnis und noch mehr in Angst vor ihren Völkern oder einzelnen Parteien in denselben. Diese konnte man gewinnen, indem man ihnen Hülfe leistete oder die Aussicht auf Hülfe eröffnete. Daher lasen wir mit dem preußisch-sächsisch-hannoverischen Verfassungs-Entwurf für Deutschland zugleich von einem preußisch-sächsisch-hannoverischen Schutz- und Trutz-Bündnis; und jetzt gestehen die Regierungen von Hannover und Sachsen selbst uns ein, dass sie gegen ihre Ueberzeugung zu dem Berliner Entwurf einer deutschen Verfassung ihre Zustimmung gegeben haben, bloß deshalb, weil die Gefahren des Vaterlandes u.s.w. sie dazu gemahnt, in besseres Deutsch übersetzt, weil sie Furcht gehabt haben. So schwer indeß die Vereinbarungen über die Reichsverfassung von Statten ging, desto leichter scheinen die Bevollmächtigten der drei Königreiche zu Berlin sich über ein Reichswahlgesetz geeinigt zu haben. Der Weg dazu war ein sehr einfacher: man nahm gegenseitig alle Beschränkungen des Wahlrechtes an, die der eine oder der andere Bevollmächtigte vorzuschlagen für gut fand. Preußen brachte durch seinen Vertreter jenen herrlichen Gedanken, den einst Moellers Geist ersonnen, Bodelschwingh's feine Berechnung freundlich aufgenommen haben soll, und vielleicht nur Sinn für Künstelei in den höheren Regionen durchführte, kurz! Die Drei-Klassen-Eintheilung, in das Wahlgesetz. Hannover's Bevollmächtigter konnte seiner Liebhaberei nicht widerstehen, das Wahlrecht auf der Theilnahme an den Gemeindewahlen zu basiren, ohne zu bedenken, dass Deutschland, ehe dies geschehen kann, eine vernünftige Gemeindeordnung haben muß. Er fügte ferner, wie es heißt, die Bedingung des dreijährigen festen Wohnsitzes und der Heimathsberechtigung hinzu. Sachsen endlich, soll auch für die dritte Abtheilung die Zahlung irgend einer direkten Steuer verlangt haben." (Fortsetzung folgt.)

Soester Kreisblatt, 28. Juli 1849 (Beilage)

Die Versammlung in Gotha (Fortsetzung vom 24. Juli 49)

" So kam jener unglückliche Entwurf eines Wahlgesetzes für Deutschland zu Stande, der, so leicht er den Regierungen geworden sein mag, so große Schwierigkeiten doch der Verfassung bei der Ausführung in den Weg legen wird. Denn die Verfassung an sich würde der Süddeutsche sich gefallen lassen, obwohl er sie mit Misstrauen anschaut, weil sie von Berlin kommt, gegen das leider, und nicht ohne Preußens Schuld, seine ganze Antipathie wieder erwacht ist; das Wahlgesetz nennen neunzehn Zwanzigstel der Bevölkerung in Süddeutschland geradezu eine Unmöglichkeit. Aber auch abgesehen von den Süddeutschen, ohne welche übrigens der ganze Drei-Königs-Entwurf zu Grunde geht, ist jenes Wahlgesetz selbst in Bezug auf Norddeutschland berechnet auf Verhältnisse und Gesetze, die erst geschaffen werden müssen, und führt allenthalben zu den größten Unzukömmlichkeiten.

Deshalb war unter den ersten Fragen, welche die Herren Beseler, Veit, Kierulff an den Herrn von Radowitz richteten, die, ob dieses Wahlgesetz von jedem Staate, der dem Berliner Entwurf einer deutschen Verfassung beitreten wolle, unbedingt angenommen werden müsse. Die Antwort lautete: "Ja!" Herr von Radowitz begründete dieselbe auf folgende Weise: "Wenn wir einzelnen Staaten es gestatten," sagte er, "nach ihren besonderen Wahlgesetzen zu wählen, so müssen wir Baiern und selbst Oestreich es auch zugeben, daß sie mit voller Abgeordnetenzahl den folgenden Reichstag beschicken, ohne vorher den Entwurf vom 28. Mai anerkannt zu haben. Und das Ergebnis wird sein, daß auf diesem Reichstage in vermehrter Stärke dieselbe Coalition sich bildet, wie auf dem konstituierenden, ohne doch durch eine ähnliche Begeisterung für die deutsche Einheit überwunden zu werden; um so mehr, da auch Sachsen und Hannover für den von ihnen angenommenen Verfassungs-Entwurf nicht gerade begeistert sind." Ob dies durchaus richtig ist, dass der Wahlgesetz-Entwurf in ganz gleiche Linie mit dem Verfassungs-Entwurfe gestellt wird; ob dem unbedingten Festhalten am Wahlgesetz bei Herrn v. Radowitz und der preußischen Regierung nicht vielmehr andere Beweggründe, ein falsche Konservatismus, Liebhaberei für die Drei-Klassen-Eintheilung und der Gedanke an den Zusammenhang der Frage des deutschen, mit der des preußischen Wahlgesetzes, zu Grunde liegen; ob es endlich nicht das Natürlichste und Angemessenste sein würde, wenn der Reichstag, der die Verfassung mit den Regierungen erst vereinbaren soll, jeder Staat nach einem Wahlgesetze beschickte, welches seinen besonderen Verhältnissen entspricht und von seiner Volksvertretung anerkannt ist, diese Fragen möge der Leser sich selbst beantworten.

Jedenfalls war das in des Herrn v. Radowitz Antwort durchaus richtig, dass der Drei-Königs-Entwurf mehr als Alles die dynastisch-partikularistischen Gegenbestrebungen der Einzelregierungen, besonders die österreichisch-bairischen Intrigen zu fürchten hat. Preußens Streben war bekanntlich von Anfang an dahin gegangen, unter seiner Hegemonie einen engeren Bund in Deutschland zu Stande zu bringen, während in Bezug auf diejenigen Staaten, welche nicht beitreten würden, das alte weitere Bundesverhältnis fortbestehen sollte. Man dachte hierbei an Deutsch-Österreich, an Limburg und leider auch an die sog. Deutschen Besitzungen des Königs von Dänemark, an das echt deutsch gesinnte Holstein und das Herzogthum Lauenburg. Auch Baiern, erwartet man, werde eine Zeit lang sich von dem engeren Bunde auszuschließen versuchen, obwohl man überzeugt war, dass es den Versuch nicht dauernd werde durchführen können. Daß aber selbst abgesehen von Baiern solche Verhältnisse, wo der engere Bund in besonderen Beziehungen zum weiteren Bunde, und dieser wieder in eigenthümlichen Beziehungen zum österreichischen Gesamt-Staate, zu Dänemark und den Niederlanden stehen musste, nur zu den größten Unzukömmlichkeiten und steten Konflikten führen konnte,, verkannte Herr v. Radowitz keineswegs. Aber sei es, dass sein Konservatismus keine andere Lösung der deutschen Frage zuließ; oder sah er selbst in der Anbahnung jener Verhältnisse nur etwas Vorläufiges, das sehr bald Preußen weiter führen musste; genug! er verfolgte das oben angedeutete Ziel mit allem Eifer und seiner ganzen zähen Energie. Und auf Beselers Einwendung: "Aber das gibt ja ein wahres Monstrum", antwortete er kalt und ruhig: "Allerdings ein Monstrum." Später freilich nahm die Sache, wie wir gleich sehen werden, theilweise eine etwas andere Gestalt an. Um nemlich die Angelegenheit des weiteres Bundes zu ordnen, was Herr v. Radowitz, und wohl nicht mit Unrecht, auch als nothwendige Bedingung für das Zustandekommen des engeren Bundes betrachtete, wurden gleichzeitig mit den hierauf gerichteten Verhandlungen auch Unterhandlungen mit Oesterreich angeknüpft. Konnte man Oesterreich gewinnen, so war die Durchführung des Drei-Königs-Entwurfs gesichert. Man bot daher von preußischer Seite dem Kaiserstaate die vortheilhaftesten Bedingungen für eine Unions-Acte mit dem zu gründenden engeren deutschen Bundesstaate an; man willigte, wie wir jetzt auch aus den Zeitungen sehen, zuletzt sogar darin, mit dem österreichischen Gesamt-Staat ein beständiges Schutz- und Trutzbündnis einzugehen, und also selbst die Garantie der polnischen und italienischen Besitzungen desselben zu übernehmen. Umsonst! Oesterreich befolgte seine gewöhnliche Politik. Es antwortete so lange als möglich ausweichend und unbestimmt; endlich, zu einer bestimmten Antwort gedrängt, erklärte es geradezu, es wolle die Restauration des Bundestages, und werde in Deutschland keine Veränderung zugeben als eine Art politischen Zollvereines, die es nach Art. 11 der Bundes-Akte nicht

hindern könne; worauf die preußische Regierung sehr passend entgegnete, dann werde sie auch den rechtmäßigen Bundesgenossen im Bunde verlangen, nemlich die deutsch-österreichischen Landschaften, die dann wieder herausgegriffen werden müßten aus dem durch die oktroyirte oesterreichische Verfassung gebildeten Gesamt-Staate. Oesterreichs feindliche Stellung gestärkte den bairischen Staat in seiner Opposition gegen den preußischen Entwurf. Oesterreichs Intrigen wirken an den übrigen deutschen Höfen diesem entgegen. Die beste Hülfe konnte ihm dabei die provisorische Central-Gewalt leisten. War doch der Inhaber derselben einösterreichischer Erzherzog! Aeußerte dieser doch in der Abschieds-Audienz, die er dem großh. hessischen Bevollmächtigten gab: "Ich gehe jetzt auf sechs Wochen ins Bad. Binnen der Zeit wird Oesterreich wohl in Italien und Ungarn vollständig fertig sein. Dann wird es in Deutschland entschiedener aufzutreten wissen." Daher musste auch die Central-Gewalt um jeden Preis erhalten werden. Und derselbe Staat, der seine eigenen Beamten seit langer Zeit mit Banknoten bezahlt, und der die Zahlung von Matrikular-Beiträgen an Deutschland früher stets verweigert hatte, sandte, wie aus glaubwürdiger Quelle versichert wird, plötzlich dem Reichsministerium um 100.000 fl. baares Geld und eröffnet ihm außerdem einen weiteren Kredit bei einem Frankfurter Banquiers-Hause - ob aus eigenen, oder aus russischen Mitteln, weiß ich nicht. Baiern folgte einem solchen Beispiel natürlich - mit Versprechungen. Oesterreichische und bairische Truppen endlich, mussten gegen die badische Grenze hin aufbrechen. So stellte sich die bairisch-österreichische Liga der preußischen Union feindlich gegenüber, während im Lager dieser Union selbst keine wahre Einigkeit herrscht, sondern Hannover und Sachsen ihre Zustimmung an Vorbehalte knüpfen, die den Gegnern immer neuen Muth zum Widerstand gebe. Dieser Lage der Dinge gegenüber mußte Preußen natürlich um so fester auf allem Wesentlichen in dem von ihm ausgegangenen Entwurfe bestehen. Dies war auch, wie gesagt, nach Herrn v. Radowitz der Grund, warum man von preußischer Seite Bündnis, Verfassung und Wahlgesetz zusammen als ein untrennbares Ganzes betrachtete. Daß man unter solchen Umständen das Wahlgesetz den einzelnen Staaten octroyiren mußte, es den Ständen derselben nicht vorlegen konnte, war natürlich. Sachsen hatte einen derartigen Vorbehalt gemacht; Herr v. Radowitz äußerte darüber, dass er denselben als nicht geschehen betrachte. Trotzdem wollte man das Ganze nicht eigentlich als eine Octroyirung angesehen wissen; dieselbe Regierung, welche einst in einem viel größeren Augenblick aus legitimistischen Bedenken die Zustimmung der Fürsten nicht hatte voraussetzen wollen, setzte jetzt die nachträgliche Zustimmung der Stände unbedenklich voraus. Daß dies geschehen müsse, dafür gab Herr v. Radowitz besonders den sehr scheinbaren Grund an, daß die Sache schnell geordnet werden müsse, wenn sie nicht vollständig scheitern solle. Wenn derselbe aber auf der einen Seite die Anerkennung des Wahlgesetzes als unerlässliche Bedingung des Beitrittes zum engeren Bunde bezeichnete, so bezog er andererseits jene Anerkennung doch nur auf den Geist des Wahlgesetzes, besonders auf die beliebte Klasseneintheilung. Bei der Ausführung kann jeder einzelne Staat Modifikationen sehr bedeutender Art eintreten lassen; Preußen selbst wird das wohl thun müssen. Anstatt des Erfordernisses der Zahlung einer directen Staats-Steuer kann man die Zahlung irgend einer anderen Auflage annehmen. Wo drei Klassen sich nicht füglich bilden lassen, möge man zwei bilden. Statt der öffentlichen Stimmgebung hat Preußen bereits mehreren Staaten die geheime zugestanden, freilich gerade da, wo die Regierungen diese ihrem Interesse angemessener finden. Gegen noch größere Aenderungen des Wahlgesetzes wird man auch nicht gar viel haben. Nur sollen die Einzelstaaten nicht verlangen, dass man sie von vorn herein förmlich gutheiße. Man will lieber ein Auge zudrücken, um sie nicht zu bemerken. Kommt auf diese Art ein Reichstag zu Stande: so soll derselbe nur die Aufgabe haben, die Verfassung zu vereinbaren. Ueber die endgültige Entscheidung ist nichts bestimmt. Man setzt von Seiten der Regierungen, wie seitens der Volksvertretungen einen guten Willen voraus. Preußen wenigstens hat, wie Herr v. Radowitz behauptet, diesen guten Willen. Es wird unbedingt an den Grundlagen des Bundesstaates, an der einheitlichen Reichsgewalt, am Staaten- und Volkshause, festhalten; aber es wird gerne zugeben, dass der Drei-Königs-Entwurf verbessert, daß z.B. an die Stelle des Systemes der bloßen Matrikular-Beiträge das in der Frankfurter Verfassung aufgestellte gesetzt werde. Die Berufung des Reichstages soll erfolgen, sobald der Aufstand in Deutschland beseitigt ist, und die rein-deutschen Staaten, etwa mit Ausnahme Bayerns, ihren Beitritt zum engern Bunde erklärt

haben. Die Zustimmung der Volksvertretungen in den Einzelstaaten bleibt vorbehalten für die Zeit, wo der Reichstag mit den Regierungen die deutsche Verfassung vereinbart haben wird. So weit die Mittheilungen, welche wir in Gotha erhielten! Die mit Bezug darauf gepflogenen Verhandlungen stellten sehr bald heraus, daß es allgemeine Ueberzeugung der in Gotha Versammelten war, man müsse den von den drei Königreichen aufgestellten Entwurf einer deutschen Verfassung mit aller Kraft unterstützen. Man verkannte zwar die Mängel jenes Entwurfes keineswegs. Der Paragraph, welcher die Einkünfte des Reiches auf bloße Matrikular-Beiträge beschränkte, macht - das sah man ein - ein selbstständiges Staatsleben desselben unmöglich. Neben dem Fürsten-Collegium kann, - das hob namentlich Herr v. Vincke hervor - eine wahre Verantwortlichkeit der Minister nicht bestehen. Und das suspensive Veto der Reichsverfassung ist - das gaben selbst die entschiedensten Gegner desselben zu - immer noch besser als das mit dem Fürsten-Collegium getheilte absolute Veto des Berliner Entwurfes. Allein, man sah andererseits auch ein, daß die Durchführung der Frankfurter Verfassung gegenwärtig ein Unmögliches ist. Man fürchtete, daß wenn dem deutschen Volke für seine Einheitsbestrebungen nicht bald ein Organ gegeben würde, das ganze Streben nach Einheit allmählich ersterben möchte.. Man glaubte endlich hoffen zu dürfen, daß, sobald einmal der Grund zu einem einigen deutschen Staate gelegt wäre, dieser Staat sich von selbst durch die Nothwendigkeit der Verhältnisse weiter entwickeln würde; und Herr v. Vincke äußerte über jenes Fürsten-Collegium, welches er als unverträglich mit einem wahrhaft konstitutionellen Staatsleben dargestellt hatte, und über dessen zukünftiges Verhältnis zum Reichsoberhaupt: "L'appetit vient en mangeant. Vielleicht nicht der gegenwärtige König von Preußen, wohl aber sein Nachfolger wird schon Lust bekommen und Gelegenheit finden, die Macht des Fürsten-Collegiums unter die des Reichsoberhauptes zu drücken." Aus diesem Grunde konnte die Durchführung des Drei-Königs-Entwurfes nur wünschenswerth erscheinen. Dabei konnte man sich nun freilich nicht verhehlen, daß jene Durchführung noch etwas Unwahrscheinliches ist. Die Schwäche, welche die Berliner Politik den österreichisch-russischen Intrigen und Drohungen gegenüber stets gezeigt hat; das Verhältnis der Parteien am preußischen Hofe; die unverhüllte Antipathie, welche in den Regierungen und an den Höfen von Sachsen und Hannover gegen die preußische Hegemonie herrscht; die Bemühungen der schlaunen österreichischen Diplomatie in allen deutschen Staaten - Dieses zusammen ließ uns daran, daß der preußisch-sächsisch-hannoversche Entwurf einer deutschen Verfassung ins Leben treten werde, mehr als Zweifeln. Und hierauf begründeten einige der Theilnehmer der Gothaer Versammlung den Antrag, man möge von Seiten derselben Nichts thun, damit eine Partei, welche die Zukunft für sich habe, sich nicht ruiniere, ohne doch dem Vaterland Etwas nutzen zu können. Allein von Anderen wurde entgegnet, dass, auch bei sehr ungewisser Aussicht auf Erfolg, jede Partei dem Vaterlande jedes Opfer bringen müsse, und daß man auch den letzten Versuch, Deutschland auf friedlichem Wege zur Einheit zu führen, nicht verschmähen dürfe. Scheitere auch dieser wieder an dem particularistischen Widerstande der Regierungen, so würden dieselben dadurch, der Nation gegenüber, eine schwere Verantwortung auf sich laden. Dem Einzelnen aber könne es nicht zum Vorwurfe gereichen, wenn er, selbst mit Verleugnung seiner früheren Ueberzeugung, für den großen Zweck, zu dem ja auch die Frankfurter Verfassung nur ein Mittel gewesen sei, Alles thue. Mehr Schwierigkeit als die Verfassung machte das Wahlgesetz. Allein auch in Bezug auf dieses glaubte man der Nothwendigkeit weichen zu müssen.

Endlich handelte es sich um die Form der Erklärung, welche die Versammlung geben sollte. Man beschloß, keinen förmlichen Aufruf an das Volk und an die Partei der Centren zu erlassen, sondern sich darauf zu beschränken, dass man über die Handlungsweise, welche man gemeinsam befolgen wollte, sich verständigte, und ein Programm entwürfe, das allerdings, wie man hoffte, auch auf das Verhalten der Gleichgesinnten in Deutschland Einfluß haben würde. So kam folgende Erklärung zu Stande: Die schweren Bedrängnisse des Vaterlandes, die Gefahren eines Zustandes, welcher keine Bürgschaft des Friedens im Innern, der Stärke nach Außen bietet, haben es den Unterzeichneten zum Bedürfnis gemacht, ihr Urtheil über die gegenwärtige Lage der Dinge gemeinsam festzustellen und sich über den Weg zu verständigen, auf welchem jeder Einzelne von ihnen in Erfüllung seiner Pflichten gegen das Vaterland dazu mitwirken kann, daß ein der Nation Einheit und Freiheit gewährender Rechtszustand hergestellt werde. Das Ergebnis der dar-

über in Gotha am 26., 27. und 28. Juni d.J. gehaltenen Besprechung fassen sie in nachstehenden Sätzen zusammen:

1. Innig überzeugt, daß die deutsche Nationalversammlung, als sie am 28. März d.J. die deutsche Reichsverfassung verkündigte, derjenigen Stellung gemäß gehandelt hat, welche die Lage der deutschen Dinge ihr anwies, dürfen die Unterzeichneten doch die Augen vor der Thatsache nicht verschließen, dass die Durchführung der Reichsverfassung ohne Abänderung zur Unmöglichkeit geworden ist. Dahingegen ist in der Verfassungsaufstellung, welche die Berliner Conferenz bietet, neuerdings ein Weg eröffnet, auf welchem sich der verlorene Einigungspunkt möglicher Weise wiederfinden läßt. Das Betreten dieses Weges nicht zu verschmähen, mahnte uns das von inneren und äußeren Feinden schwer bedrohte und vom Bürgerkrieg zerfleischte Vaterland, eben so dringend aber der Inhalt jenes Entwurfs, der, wie entschieden man auch einzelne seiner Bestimmungen verwerfen möge, dennoch die unerläßlichen Grundlagen des deutschen Bundesstaates, namentlich ein erbliches Reichsoberhaupt in der Person des Regenten des mächtigsten rein deutschen Staates, ein Staatenhaus und ein Volkshaus - und somit den Kern der Reichsverfassung in sich aufgenommen hat.

2. Den Unterzeichneten stehen die Zwecke, welche durch die Reichsverfassung vom 28. März erreicht werden sollten, höher als das starre Festhalten an der Form, unter der man dieses Ziel anstrebte. Sie betrachten die von den drei Königreichen dargebotene Verfassung als eine der Nation ertheilte unverbrüchliche Zusage und erkennen an, daß der von denselben eingeschlagene Weg zu dem vorgesteckten Ziele führen kann, unter der Voraussetzung: daß alle deutschen Regierungen, welche zur Berufung eines Reichstages auf obiger Grundlage mitwirken, dem Reichstag in einer, jede einzelne Regierung bindenden Form als Einheit gegenüber treten und daß die dem Reichstag vorbehaltene Revision sich nur auf solche Verfassungsbestimmungen erstreckt, welche in der Reichsverfassung vom 28. März und dem Entwurf vom 28. Mai nicht wörtlich oder wesentlich übereinstimmen.

3. Erscheint es daher als politisch nothwendig, dass die anderen deutschen Staaten - abgesehen von dem den deutschen Bundesstaat verneinenden Oesterreich -, sich an jene Verfassungsvorlage in bindender Weise baldigst anschließen und die schleunige Berufung eines Reichstages möglichst befördern, so erwächst auch für die Einzelnen die Verpflichtung, in ihren Kreisen und nach ihren Kräften zur Vollendung des großen vaterländischen Werkes beizutragen.

4. In diesem Sinne wird es von den Unterzeichneten als die hauptsächliche Aufgabe betrachtet, für das Zustandekommen eines Reichstages, also auch für die Betheiligung bei den Wahlen zu wirken. Was die Wahlen zum Volkshause betrifft, so sind dem in Frankfurt beschlossenen, die unmittelbare Durchführung der Reichsverfassung voraussetzenden Wahlgesetze nicht zu beseitigende Hindernisse entgegengetreten, und daher erfordert es das Wohl des Vaterlandes, daß für die Wahlen eine andere gesetzliche Norm maßgebend werde. In dieser Rücksicht erkennen die Unterzeichneten es als das Angemessenste an, , wenn in jedem einzelnen Staate auf landesverfassungsmäßigem Wege das Wahlgesetz für den nächsten Reichstag festgestellt wird. Wenn dies aber unter den obwaltenden Umständen nicht erreicht sein sollte, so würde doch (wie dies schon in der Berliner Denkschrift in Aussicht gestellt ist) den Einzelstaaten überlassen bleiben müssen, bei Ausführung des mit dem Verfassungsentwurfe vorgelegten Wahlgesetzes die durch ihre abweichenden Verhältnisse gebotenen Modifikationen anzuordnen; und jedenfalls glauben die Unterzeichneten es nicht verantworten zu können, wenn sie durch ihre Haltung dazu beitragen sollten, das Zustandekommen des ganzen Werkes an den Bedenken gegen das Wahlgesetz scheitern zu lassen. Demnach halten die Unterzeichneten, in Erwägung der schwer bedrohten Lage des Vaterlandes, dessen gemeinsame politische Existenz ohne das Betreten dieses Weges gegenwärtig auf's höchste gefährdet ist, sich für verpflichtet, unter den angeführten Voraussetzungen: 1. so viel an ihnen ist, auf den Anschluß der noch nicht beigetretenen Staaten an den von der Berliner Conferenz vorgelegten Entwurf hinzuwirken, und 2. an den Wahlen zum nächsten Reichstag sich zu betheiligen.

Gotha, den 28. Juni 1849 (Folgen 130 Unterschriften.)

Diese Erklärung wurde mit überraschender Einmüthigkeit von fast allen Anwesenden unterzeichnet. Nur etwa 12 bis 15 frühere Abgeordnete, welche der äußersten Rechten und der äußersten Linken innerhalb der zu Gotha vertretenen Partei angehörten, schlossen sich aus. Herr v. Vincke unterzeichnete, obgleich er mit den Beschlüssen im Wesentlichen durchaus einverstanden war, deshalb nicht, weil er einen einzelnen Satz in der aufgestellten Erklärung, der sich über das frühere Verhalten der National-Versammlung aussprach, von seinem Standpunkte nicht billigen konnte. Unter den hundertdreißig Unterzeichnern der Erklärung sind die Namen Beckerath, Beseler aus Greifswalde, Biedermann, H.v.Gagern, M.v.Gagern, Franke, Fallati, Bassermann, Duncker, Dahlmann, Compes, Duckwitz, Mathy, R.Mohl, v.Wydenbrugk, Windemann, Stahl aus Erlangen, v.Soiron, Simson aus Königsberg, Rümelin, Riesser, Reh, Barth zu bemerken." Ostendorf.

Soester Kreisblatt, 03. August 1849

Den Ausführungen von Julius Ostendorf am 17. Juli 1849, 24. Juli 1849 und 28. Juli 1849 (Beilage) im Soester Kreisblatt folgt an gleicher Stelle am 03. August ein Leserbrief, dessen Verfasser schlicht mit a. unterzeichnet, wohl aber die Meinung einer politischen Gruppe wiedergibt. Darauf entgegnet Ostendorf am , worauf aber am besagter "Herr a." am seine Kritik noch einmal rechtfertigt.

"Ueber einige Aeüßerungen im Aufsätze des Herrn Ostendorf Nr. 57, ff, des Kreisblattes In dem Aufsätze des Herrn Ostendorf, überschrieben: "die Versammlung in Gotha" sind mehrere Aussprüche enthalten, gegen die wir ganz entschieden protestiren müssen, um so entschiedener, jemehr der Verfasser sie mit einer Zuversicht verkündet, die geeignet ist, das Urtheil des nicht aufmerksamen Lesers zu trüben. Wir fangen gleich mit dem Anfangssatze an: "Die in Frankfurt beschlossene Reichsverfassung war gescheitert - gescheitert in Berlin an den unseligen Einwirkungen der eng verbundenen Parteien des Pietismus, des Junkerthums und des österreichischen Gesandten Prokesch-Osten u.s.w.

Wir halten es für erklärlich, dass ein Mann, der ein Jahr lang auf dem Schauplatze der seltsamsten Parteibildungen und Parteiverbündungen gestanden, nun seinerseits auch nur in solchen seltsamen Parteiverbündungen den Grund sieht, warum die nun einmal von ihm für gut gehaltene Frankfurter Verfassung gescheitert ist.

Unsererseits müssen wir an der Behauptung festhalten, die alle Besonnenen des Volkes mit uns theilen, dass das Frankfurter Verfassungswerk gescheitert ist an seinen eigenen Mängeln, die von dem klaren Blick des Königs erkannt wurden Wir meinen besonders § 1. der entweder eine Lüge ist oder eine Kriegserklärung an Oesterreich; wir meinen ferner Bestimmungen wie das den Kaiser seiner Macht und Würde beraubende Suspensivveto, die directen Wahlen des Volkes ohne Census, kurz alle Bestimmungen, die mit Hülfe der Republikaner in zweiter Lesung eingeschmuggelt wurden, der Republikaner, welche nach eigener Aussage die ganze Verfassung als Brücke zur Republik ansahen. Wir meinen weiter, dass das Werk gescheitert ist durch dies wenig den Fürsten und Völkern imponirende Parteigetriebe und Parteigemege, was, um die Verfassung annehmen oder verwerfen zu machen, bald das Centrum mit den Republikanern, bald diese mit ihren Feinden, den spezifischen Oestreichern verband, um sich, wo es galt etwas durchzusetzen, ebenso schnell wieder trennen und endlich so in kunstvoll erzielter geringer Mehrheit das Verfassungswerk mit der Kafferspitze durchbrachte. Wir meinen endlich, dass dieses Parteigemege und jene Verfassungsmängel eine Frucht sind des die Versammlung beherrschenden Geistes der Selbstsucht und der Selbsterhebung. Wir finden diesen Geist nicht blos da, wo er gewöhnlich zu Hause ist, bei den Revolutionsmännern der Linken, wenn sie aus Rednern der Paulskirche zu Rednern der Pfingstweide wurden, um die Rotten der letzterer gegen die Majorität der erstern und zu blutigem Morde aufzustacheln, oder wenn sie wie "der geistige Führer der Linken," Arnold Ruge, an der Frankfurter Versammlung verzweifeln und in Berlin ein feindliches deutsches Sonderparlament gründen, sondern wir finden jene Selbsterhebung auch in den Beschlüssen der Versammlung, wenn sie von Anfang an ihre Aufgabe: die Verfassung zu Stande zu bringen, überschreitend, bald hie, bald da sich in die Verwaltungsgegenstände der Einzelstaaten mischte, bald hie, bald da mit den Nachbarstaaten anband, statt vorher Deutschland erstarken zu machen durch

festen Verfassung, wenn sie namentlich die Vollmacht, eine Verfassung zwischen dem deutschen Volke und den Fürsten zu Stande zu bringen, höchst einseitig für sich auslegten, von keiner Vereinbarung mit den Einzelstaaten und deren Regierungen etwas wissen wollte, und die von Preußen nebst anderen Staaten gemachten Abänderungsvorschläge nicht der Beachtung würdigte. Und wenn wir nun mit einem Worte sagen sollen, woran das Verfassungswerk gescheitert ist, so hat uns die Verfassung selbst dies Wort genannt.

Als am 18. Mai 1848, dem Eröffnungstage, der Bischof Müller als Abgeordneter die Versammlung aufforderte, des Wortes eingedenk: wenn der Herr nicht das Haus bauet, so bauen umsonst die daran arbeitenden, mit Gottesdienst auch den deutschen Verfassungsbau zu beginnen, da erhob sich Raveaux, der jetzt steckbrieflich verfolgte Reichsregent, und sprach: jetzt gilt ein anderes Wort: hilf dir selbst, so hilft der Himmel dir. Und die Versammlung wies Müllers Antrag ab und eignete sich so stillschweigend Raveaux's Ausspruch zu. In diesem Worte ist aber Alles, was wir vorhin genannt haben, schon mit beschlossen: Selbsterhebung und Hochmuth, der spricht: wir wollen uns einen Namen machen, Selbstsucht, Sprachenverwirrung und Parteiwuth, kurz die Verfassung ist gescheitert an dem Worte: Menschenhülfe ist Gotteshülfe. Mit diesem Worte fingen die Bauleute an, und als sie den Giebel aufsetzen wollten, brach der Bau zusammen. Es ist nicht dies das erst Mal, dass Solches geschah, nein in unzähligen Beispielen vom Thurmbau zu Babel, bis zum Himmelsstürmer Napoleon, von dem eigentlich jenes Wort herrührt, und der auf einsamer Insel über die Trüglichkeit desselben und seines ganzen auf dasselbe gegründeten Baues nachdenken konnte. Möchten Raveaux und seine Genossen, die gegen den geistesgroßen Corsen nur Zwerge sind, nicht nur das Wort: "hilf dir selbst" von ihm lernen sondern auch die ganz entgegengesetzten Überzeugungen, die er zu St. Helena über Religion, besonders über christlichen Glauben aussprach. Und endlich ist, dass wir nun ein andres Wort hören als das "hilf dir selbst", das Werk gescheitert an der Ueberzeugung des Königs und aller Besonnenen im Volke, von den Mängeln der Frankfurter Verfassung. Als der König am 3. April die ihm auf Grund der Frankfurter Verfassung dargebotene Kaiserwürde ablehnte, begann die ablehnende Rede mit den Worten: "Die Botschaft, als deren Träger Sie zu mir gekommen sind, hat mich tief ergriffen. Sie hat meinen Blick auf den König der Könige gelenkt und auf die heiligen und unantastbaren Pflichten, welche mir als dem König meines Volkes und als einem der mächtigsten deutschen Fürsten obliegen. Solch ein Blick, meine Herren, macht das Auge klar und das Herz gewiß." Diese Worte drücken doch die eigene innerste Ueberzeugung aus, mit der die Ablehnung erfolgte; wenn also Herr O. unter dem Scheitern der Verfassung in Berlin die Ablehnung der Kaiserwürde versteht; so hat er nachzuweisen, daß jene Ueberzeugung nicht dem König inne gewohnt habe, da sonst die Worte so lauten müssen: die Annahme der Kaiserwürde auf Grund der Frankfurter Verfassung scheiterte an der eigenen wohlgedachten Ueberzeugung des Königs von den Mängeln jener Verfassung.

Auch möchten wir gern Auskunft haben über die Behauptung, dass das zu religiöser Schwärmerei hinneigende Gemüth des Königs diesen mit v. Radowitz verbunden habe. Bekanntlich herrscht in der Welt über die Ausdrücke: religiös Schwärmerei und Pietismus eine große Begriffsverwirrung, und man ist oft sehr freigebig mit diesen Bezeichnungen. Oft bezeichnet man schon jede innige religiöse Ueberzeugung damit, damit die nur nicht in das Frankfurt-Raveaux'sche "Hilf dir selbst" einstimmt, sondern den Blick zum König der Könige emporrichtet oder spricht: ich und mein Haus wir wollen dem Herrn dienen; zuweilen bezeichnet man das eigenthümliche Christliche damit, wie es sich in dem an der Kuppel des Königsschlusses prangenden Spruch: "es ist in keinem Andre Heil" u.s.w. Wir sind daher begierig zu erfahren, ob irgend etwas hievon Verschiedenes dem Verfasser bekannt sei. Noch wünschten wir Begründung über die Behauptung, daß Bodenschwingh zu der Partei gehöre, welche dahin wirke, in Preußen und den übrigen deutschen Einzelstaaten des Absolutismus, in Frankfurt den Bundestag wieder einzuführen. Wir können doch diese, sowie noch manche andere Behauptung z.B. dass v. Radowitz ein zweiter Talleyrand ist, doch nicht so ohne Weiteres, bloß auf das Wort eines Frankfurter Abgeordneten, als richtig hinnehmen. Die Gothaer Versammlung wünscht, daß zur Erreichung ihrer Zwecke auch durch die Presse gewirkt werde; damit vereinigt sich der Wunsch, daß dies geschehen möge mit klaren Gründen und erwiesenen Behauptungen. a.

Soester Kreisblatt, 07. August 1849

Entgegnung [durch J.Ostendorf]

" In Nro. 62 des Kreisblattes hat ein Herr a. mehrere Aeüßerungen meines Aufsatzes über die Versammlung in Gotha angegriffen. Ich will nicht untersuchen warum dieser Herr dem mit meinem Namen unterzeichneten Aufsätze nicht auch mit seinem Namen offen entgegengetreten ist; will vielmehr aus dem ruhigen Ton, in dem seine Kritik im Wesentlichen gehalten ist, schließen, daß er anonym geschrieben habe, um die Sache selbst desto ruhiger und unbefangener betrachten zu können. Ich will deshalb auch mich bemühen, seinen ruhigen Ton nachzuahmen, obschon die Nothwendigkeit, oft erwähnte Thatsachen zu wiederholen und häufig berichtigte Einwendungen zu widerlegen, solcher Ruhe nicht gerade günstig ist, und obschon die eigenthümliche Forderung, ich hätte jeder im Verfolge meines Aufsatzes geäußerte Ansicht, die ich weder Herrn a. noch sonst irgend einem Leser aufzudringen vorhatte, sofort die genügenden Belege hinzufügen sollte, und der sonderbare Grund, woraus mein Gegner das Scheitern des Frankfurter Verfassungswerkes herleitet, mich wohl in eine ganz andere Stimmung versetzen könnte. Manche einzelne Aufstellungen, die mein Gegner macht, kann ich übergehen, da sie den Kern meines Aufsatzes nicht unmittelbar berühren; ich muß sie ebenso wie die von Herrn a. geforderten Belege übergehen, da der Redacteur des Kreisblattes nur einen beschränkten Raum mir zur Verfügung stellt. Will mein Gegner Herrn Ziegler später einmal bewegen, mich ein ganzes Kreisblatt mit jenen Beweisen ausfüllen zu lassen: so wird' ich nicht verhehlen, das Versäumte nachzuholen. Wegen meiner Ansicht über v.Bodelschwingh's politische Stellung darf ich ferner wohl auf den Verfasser der "Entgegnung" in Nro. 62 des Kreisblattes verweisen, von welcher ja wahrscheinlich bereits in Nro 63 eine Fortsetzung erscheinen wird. Wichtiger werden Belege für die Behauptung sein, dass "ursprünglich (dieses Wort lässt Herr a. aus) das zu religiöser Schwärmerei hinneigende Gemüth" des Königs diesen mit v. Radowitz verbunden habe. Solche Belege werfen auch auf die Frage einiges Licht, um welche es sich hier eigentlich handelt. Ich muß mich daher bemühen, solche Beweise beizubringen - so ungern ich auch längere Zeit auf einem Felde mich bewege, worauf es nur zu leicht ist den konstitutionellen Standpunkt aus dem Auge zu verlieren. Doch ich darf dies auch nicht befürchten. Ich bin so glücklich, einen Mann von vielem Geist und reicher Erfahrung für mich sprechen lassen zu können. Ich weiß nicht, ob mein Gegner den Aufsatz über Herrn v.Radowitz in der zweiten Beilage zur Deutschen Zeitung vom 1. Februar gelesen hat, und ob er den Namen des Verfassers kennt. Jedenfalls wird hier die Bemerkung genügen, daß der Verfasser, wie derselbe auch sagt, "Herrn v.Radowitz seit beinahe zwanzig Jahren in derselben Richtung und Aufgabe gesehen", und daß in und nach den Tagen der belgischen Revolution die Verhältnisse ihn wiederholt in die Nähe des interessanten Mannes und jenes Kreises (der Wilhelmstraße) gebracht haben, sowie daß der Verfasser, wie er selbst andeutet, ein Bekannter des Freiherrn v.Arnim ist. Dieser Mann nun äußert sich über die Verbindung des Herr V.Radowitz mit unserem jetzigen Könige folgendermaßen: "Durch den Gemeinen Rat v.Voß, (ein Haupt der pietistischen Partei,) seinen Schwager, der wie kein Anderer wohl des jetzigen Königes Ohr von je her besaß, ward v.Radowitz in nähere Beziehung zu dem Kronprinzen gebracht, in derselben Zeit, wo er mit v.Gerlach, dem General-Stabs-Offizier, auch der Neuen Preußischen Zeitung, und mit Jarcke, dem starken, und Philipps, dem schwächtigen Konvertiten, alle scharfsinnige, ausgezeichnete Männer, die Seele des "politischen Wochenblattes" (nous ne voulons pas la contre revolution, mais le contre de la revolution) das Vertrauen des Fürsten zu gewinnen und in einem Grade zu fesseln wußte, der schon damals Alle, die auf die Zukunft bedacht waren, anregte. In derselben Zeit, oder vielleicht früher schon, ward er auch mit dem jetzigen General v.d.Gröben befreundet, der ein ehrenwerther, dabei der religiösen Dämmerung angehöriger Mann, dem Kronprinz noch näher stand, und ihn mit dem nachherigen Minister v.Thiele, dem Brennpunkte jener religiösen Gesellschaft, verknüpfte.

In dem Kreise dieser Männer in der Wilhelmstraße, in welchem auf bedeutsame Weise protestantischer Pietismus und ein sehr strebsamer unbedingter Hyperkatholizismus verschwägert waren, diese Widersprüche also versöhnt erschienen, eigentlich aber in geistreicher Glätte neben einander agitirten, bildete sich der prägnanteste Ausdruck der Reaktion aus, die, das Recht nur dem

Zustande vor 1789, vesp. 1807 vindizierend [Anm.: beanspruchen], mit einer auch die frappantesten Folgerungen annehmenden strengadeligen "Konviktio[n]" und geistreicher Naivetät sich geltend machte.... Interessant ist es, die Beziehungen zu beobachten, in welchen diese Koalition durch Vermittlung der Vorliebe für Repristinatio[n] nobeler mittelalterlichen Ideen zu dem geistreichen Thronfolger stand, dessen bewegliche Eigenthümlichkeit allerdings die widerstrebendsten Gegensätze aufnehmen und zeitweise wenigstens verfolgen konnte."

Schon hieraus wird, um jetzt auf die Haupt-Frage, die Frage nach den Klippen, woran das Frankfurter Verfassungswerk gescheitert ist, einzugehen, vielleicht zu folgern sein, wie viel Theil an dem Ablehnungs-Entschluß unseres Königes Herr v. Radowitz gehabt haben mag, welcher, um noch einmal Worte des vorher zitierten Korrespondenten der Deutschen Zeitung zu gebrauchen, "damals zum Könige stand, wie früher immer", und "die Bedenken, die man dem Könige zuschreibt, mit allem Einfluß des unerschütterten Vertrauens zu nähren, wo nicht ""gutachtlich"" einfädelnd hervorzurufen ganz besonders im Stande war". Es möchte Mancher auch aus dem Angeführten zu folgern geneigt sein, welche Mächte außer Herrn v. Radowitz bei der Ablehnung im Spiele gewesen seien. Doch ich will der weiteren Untersuchung hierüber nicht vorgreifen. Mein Gegner hat nemlich eine ganz andere Ursache für das Scheitern unseres Verfassungswerkes entdeckt. Es ist nach seiner Ansicht, die Selbsterhebung der Frankfurter Versammlung gewesen, woran sie zu Grunde gegangen ist, ferner ihr Hochmuth, der spricht: "Wir wollen uns einen Namen machen", ihre Selbstsucht und o Wunder! Ihre Sprachenverwirrung, sowie ihre Parteiwuth. Alle diese ungeheuer aber sieht Herr a. hervorkriechen aus der einfachen Verwerfung des Bischof Müller'schen Antrages am 18. Mai 1848. Ich werde auf einen Kampf über theologische Grundsätze mich nicht einlassen; ich müßte ja sonst mit Waffen kämpfen, womit mein Gegner besonders häufig und geläufig umzugehen scheint, und würde zudem natürlich ebenso wenig ihn überzeugen können, als von ihm überzeugt werden. Allein was er über die Beweggründe der Versammlung zur Ablehnung jenes Antrages sagt, ist - hier muß ich einen Starken Ausdruck gebrauchen - unwahr. Unwahr, behaupte ich; und ich füge hinzu, daß Herr a. dies sich hätte selbst sagen können - wenn er nicht eben geneigter gewesen wäre, "den Splitter in des Nächsten, als den Balken im eigenen Auge zu bemerken", wenn er, der von mir so eifrig Beweise verlangt, sich selbst auch nur kurze Zeit nach Beweisen umgesehen hätte. Er würde haben bedenken müssen, daß die geneigte Stimmung Einzelner gegen die Kirche vielleicht schon daraus sich erklären läßt, daß Absolutismus, Romantik und Junkerthum vielfach und nicht immer ganz erfolglos vor dem März 1848 versucht haben und auch jetzt wieder versuchen, der Gewalt und des Ansehens der Kirche für ihre eigenen egoistischen Zwecke sich zu bemächtigen. Er hätte ferner lesen können, dass Raveaux' Rede etwas anders lautet, als er sie anführt; und würde vielleicht den Vorwurf der Verdächtigungssucht gefürchtet haben, indem er einen beliebigen Sinn ihr beilegt. Er würde was ein Einzelner gesprochen, der zu einer in der Minderheit befindlichen Partei gehörte, nicht der Mehrheit der Versammlung unterschieben; würde erwägen, daß vor Beseitigung des Antrages gegen diesen auch Venedey sich geäußert hatte, der mit den Worten schloß: "Ich denke auch an Gott und trage ihn im Herzen; und ich hoffe, wir haben ohne ihn hier nicht begonnen; wer ihn nicht hat, den beklag' ich." Endlich würde Herr a., wenn er von vorn herein nach Beweisen so eifrig gesucht hätte, wie er jetzt es zu thun scheint, auch längst erfahren haben, dass die ersten stenographischen Protokolle theilweise ziemlich unrichtig sind und aus den amtlichen Protokollen berichtigt werden müssen, und das amtliche Protokolle über die erste Sitzung der konstituierenden National-Versammlung, welches von der ganzen Versammlung, einschließlich der Herren Raveaux und Venedey, genehmigt worden ist, die Bemerkung enthält: "Venedey von Köln weist darauf hin, daß schon der Fünfziger-Ausschuß für kirchliche Feierlichkeiten in ganz Deutschland gesorgt habe." Die Akten des Fünfziger-Ausschusses aber enthalten folgenden Beschluß vom 12. Mai: "Daß die Geistlichen aller Konfessionen in ganz Deutschland aufgefordert werden sollen, am Sonntage den 14. oder am Sonntag den 21. Mai das Werk der konstituierenden Versammlung dem Schutz und Segen des Höchsten zu empfehlen." Daß von einer kirchlichen Feier zur Einweihung der Arbeiten der National-Versammlung Umgang genommen wurde, hatte, wie der Bericht der Kommission jenes Ausschusses zeigt, anderweitige Gründe. Herr Bischof Müller konnte dies wissen; und sein Antrag war daher nicht wohlüberlegt. Herr a. konnte es auch wissen, - wenn er

sich um Beweise bekümmerte. Und seine Behauptung, daß die Mehrheit der Frankfurter Versammlung aus jenem angeblichen Raveaux'schen Beweggründe den Antrag auf einen Gottesdienst beseitigt habe, könnte eine Verdächtigung heißen, wenn sie nicht eben aus Unkenntnis entspricht.

Ich habe über diesen Gegenstand mich weitläufiger, als unbedingt nothwendig gewesen wäre, geäußert, um denselben, den ich hier so häufig verhandeln höre, ein für alle Mal abzumachen; muß jedoch Herrn a. sogleich bemerken, dass ich, aus Mangel an Raum, sein Verlangen nach Beweisen nicht in allen Punkten ebenso sehr befriedigen kann, sondern oft ihn auf die amtlichen und die stenographischen Protokolle u.s.w. verweisen muß. So z.B. auch den Thurmbau zu Babel und den Himmelstürmer Napoleon, deren Aehnlichkeit mit der Frankfurter-Versammlung freilich nur ein ganz eigenthümlich konstruirtes Auge entdecken kann, hier nicht näher einzugehen, namentlich in Bezug auf jene drei Punkte, durch die Herr a. die Selbstsucht und Selbsterhebung der National-Versammlung zu beweisen sucht. Ich antworte nemlich, und glaube dabei der Billigung verständiger und gebildeter Männer gewiß zu sein, wenn ich auf oft erörterte Punkte so kurz antworte: 1) Die Souveränitäts-Erklärung war eine politische Nothwendigkeit; übrigens ist ein Unterschied zwischen National-Souveränität und Volks-Souveränität. 2) Die Behauptung, dass die National-Versammlung "bald hier, bald da mit den Nachbarstaaten angebunden habe", ist so ausgedrückt, eine Unwahrheit. 3) In Verwaltungsgegenstände der Einzelstaaten hat die National-Versammlung sich nur gemischt, um durch ihre Beschlüsse zu zeigen, dass sie weder selbst einen Konvent bilden, noch auch Konvente in Deutschland sich bilden lassen wolle. Und es gab eine Zeit - im November v.J. wo, wenn ich mich nicht irre, auch Herr a. jenes Einmischen ihr gedankt hat."

(Fortsetzung folgt.)

Genossen.

So kam eine Verfassung zu Stande, die Manches enthielt, was die Frankfurter Mittelpartei entschieden verwarf. Sie war nicht die beste; aber sie schien, nach Franklins oft angerührtem Worte, die "unter den gegebenen Verhältnissen beste, weil einzig mögliche". Sie wurde bald zum Panier, um welches die deutschen Stämme und Parteien, soweit sie überhaupt des Vaterlandes Einheit und Freiheit wahrhaft wollten, versöhnt sich scharten. Sie ist gescheitert - ich wage trotz den Entgegnungen des Herrn a. dies Wort zu wiederholen - in Berlin an den unseligen Einwirkungen der eng verbundenen Parteien des Pietismus, des Junkerthums und des österreichischen gesandten Prokesch-Osten. Mein Gegner fuhr zwar die Mängel der Verfassung als Grund des Scheiterns an, nemlich §1 das Suspensiv-Veto und das Wahlgesetz. §1 soll entweder eine Lüge sein, oder eine Kriegserklärung gegen Oesterreich. Ich nehme dies an, obschon Manches dagegen sich sagen ließ und gesagt worden ist. §1 kann als eine Kriegserklärung gegen Oesterreich gedeutet werden. Allein es wäre, wenn die Verfassung von Preußen angenommen worden wäre, eine Kriegserklärung gewesen, die keinen Krieg, sondern Unterhandlungen von Seiten Oesterreichs zur Folge gehabt haben würde - während die landesverrätherische Sprache der Neuen Preußischen Zeitung und ihrer Anhänger, die in einem Augenblick wo Oesterreich, Preußen und Deutschland durchaus feindlich gegenübersteht, mit Oesterreich sympathisiren, dieses nur in seiner Feindseligkeit, in seinen Drohungen bestärken kann. Das Wahlgesetz ist nicht wesentlich radikaler, als andere Wahlgesetze, die zum Theile ganz gute Ergebnisse hervorgebracht haben; es ist auch nicht radikaler, als das preußische Wahlgesetz vom 5. Dezember. Daß es, wenn unser König die Kaiserkrone angenommen hätte, der Sicherheit Preußens und Deutschlands gefährlich geworden wäre, haben wir in Frankfurt - und ich denke, mit Recht - nicht geglaubt; dass es einer friedlichen und geordneten Entwicklung unserer staatlichen Verhältnisse hinderlicher gewesen wäre, als das octroyirte deutsche Wahlgesetz sein wird, glauben wir noch jetzt nicht. So wichtig es einerseits ist, dem Bau des Staates in einem guten Wahlgesetz eine feste Grundlage zu geben: so verbürgt doch anderer-seits - das hat namentlich der von Dahlmann, Gagern, Mathy bearbeitete Entwurf einer Erklärung, woraus ich das Wichtigste in meinem Aufsätze (Nro.59) habe abdrucken lassen, das hat auch Herr v.Vincke in Berlin wie in Gotha sehr entschieden hervorgehoben - kein Wahlgesetz in der Welt den Ausgang der Wahlen. Es kommt hauptsächlich auf den Geist, es

kommt auf die Stimmung des wählenden Volkes an. Dies beweisen, wenn nichts Anderes, schon die Wahlen zur deutschen National-Versammlung. Warum brachten dieselben eine besonders auch aus preußischen Abgeordneten zusammengesetzte conservative Mehrheit zu Wege, während in der preußischen Landesversammlung eine Mehrheit der Linken sich bildete? Ich überlasse Herrn a. die Beantwortung dieser Frage. Warum haben ferner die Nachwahlen in den radikalsten Gegenden von Mittel-Deutschland an die Stelle von Männern der äußersten Linken fast nur Konservative ins Parlament gebracht? Auch diese Frage möchte Herr a. sich beantworten, eh' er auf's Neue über den Radikalismus des Reichswahlgesetzes klagt. Oder ist es etwa die direkte Wahlart, welche das Wahlgesetz so gefährlich machen soll? Nun, in Deutschland ist bereits zur konstituierenden Versammlung theils direkt, theils indirekt gewählt worden; man beobachte die Ergebnisse! Männer wie Dahlmann, Beseler, Droysen, Sylv. Jordan, Bernhardi, Rümelin, Fallati sind als Abgeordnete aus direkten Wahlen hervorgegangen, während Zitz und Schlössel ihren Sitz im Parlament indirekten Wahlen zu danken haben. Und es gab in Frankfurt manche sehr konservativen Männer, die für directe Wahl stimmten,, weil sie dieselben für konservativer hielten; während im Gegentheil Abgeordnete, die sehr zur Linken hinneigten, für indirekte Wahl sich erklärten. Also indirekte oder direkte Wahl - es mag ziemlich gleichgültig sein; einradikales oder nicht radikales Wahlgesetz - es ist nicht gleichgültig; aber es ist doch auch nicht so wichtig, daß nicht gegen alle Mängel des Reichswahlgesetzes ein überwiegendes Gegengewicht die günstige Stimmung gebildet hätte, welche aus der Annahme des Königs, der Gründung einer so lang ersehnten deutschen Einheit hervorgegangen sein Würde - eine Stimmung, die unstreitig noch weit günstiger, weit befriedigender gewesen wäre, als die bei den Wahlen zur konstituierenden Versammlung und die bei den in Mitteldeutschland vollzogenen Nachwahlen herrschende. Wir hätten Kammern in Deutschland erhalten,, die, zumal da die egoistischen Stimmen der Oestreicher gefehlt hätten, durchaus fähig und willig gewesen sein würden, die radikalen Bestimmungen des Wahlgesetzes durch konservative zu ersetzen, ja! auf Grund einer zu erlassenden neuen Gemeindeordnung für ganz Deutschland ein durchaus anders, organisches Wahlgesetz zu geben, und dadurch mindestens auch den Grund zu jeder weiteren Aenderung und Verbesserung der Verfassung zu legen.

Auch zur Aenderung des so viel besprochenen und von meinem Gegner wieder erwähnten Suspensiv-Veto, das übrigens so gefährlich nicht ist, wie es aussieht. Denn dass ein Suspensiv-Veto bei Gesetzen dem Staatsoberhaupt sogar eine größere Macht und Sicherheit verleihen kann, als das absolute Veto, zeigt das Beispiel von Norwegen im Verhältniß zu anderen konstitutionellen Staaten. Bei Verfassungs-Veränderungen aber wird es unter Staatsrechts-Lehrern sehr zweifelhaft sein, wie weit die Bedeutung des suspensiven Veto der Reichsverfassung sich erstreckt. Und dann, wenn sie wirklich auch auf Bestimmungen über das Reichsoberhaupt selbst sich erstreckte, kann man glauben, dieses Oberhaupt durch die Zauberkraft des absoluten Veto wirklich zu schützen? Kann man glauben, daß, wenn das deutsche Volk durch seine Vertreter in drei auf einander folgenden Sitzungsperioden für die Republik sich erklärte, und alle in des Kaisers Hände gelegte Gewalten und Rechte, namentlich auch das Recht der Kammerauflösung, wodurch an das Volk appellirt wird, das Reichsoberhaupt nicht schützten, ein absolutes Veto wirksam sein würde? Uns Abgeordneten vom Centrum war es bei der Frage des Veto um ganz etwas Anderes zu thun, als um jene falsche Ideen, jene mythischen Vorstellungen von Macht; uns war nur daran gelegen, theils die Würde der Monarchie zu erhalten, theils die Würde des Kaisers zu erheben. Aber "die höchste Würde, die fürstliche Kronen umgeben kann, stammt aus der Liebe des Volkes; die höchste Ehre ist es, vom Volke auf dem Schild erhoben zu sein." Diese Ansicht Vinckes theilt vielleicht auch Herr a. Um jedoch daraus nicht die richtige Schlußfolgerung ziehen zu müssen, redet er sich selbst jenes alberne Märchen, welches von dem gemeinsten und frechsten Organe der deutschen Presse, der Neuen Preußischen Zeitung, zuerst aufgebracht worden ist, als Wahrheit ein - das oft erzählte Märchen, wir haben "in kunstvoll erzielter geringer Mehrheit die Verfassung mit der Kaiserspitze durchgebracht." Herr a., studiren Sie die Geschichte der deutschen National-Versammlung etwas besser! Die wahrhaft konstitutionelle Partei des Frankfurter Parlamentes, die Mittelpartei, hat nie unnatürliche Parteiverbindungen geschlossen; sie hat, solange es um Berathung und Vollendung der Verfassung sich handelte - und von dieser Zeit

kann ja hier nur die Rede sein - er Linken nie eigentliche Koncessionen gemacht. Im Gegentheil, als wir unseren höchsten Wunsch erfüllt sahen, den Welckerschen Antrag durchbringen konnten, wenn wir auf einzelne Vorschläge eines Theils der Linken eingingen: haben wir diese Vorschläge zurückgewiesen, weil wir "um den Kaiser nicht markten wollten. Statt dessen hat man in Berlin um Buchstaben gemarktet, während die Geschicke so groß waren, die Entscheidung so ernst war." (Vincke's Rede in der zweiten Kammer am 2. April) Die Männer, welche in zweiter Lesung für das erbliche Kaiserthum gestimmt haben, konnten, trotz aller Verschiedenheit in ihren Ansichten, doch auch in Gotha noch als eine Partei sich wiederfinden - mit Ausnahme etwa des Herrn v. Radowitz. Ob Aehnliches von den zu Berlin gegen uns verbündeten Parteien gilt, mag dahingestellt sein. Die Führer des Frankfurter Centrums sind viel geschmäht worden - geschmäht, weil in bedeutender Zeit sie etwas Bedeutendes wagten, um nicht Alles für Deutschland verloren gehen zu lassen; geschmäht von einer anderen Seite, weil sie nicht alles Bestehende für die Durchführung der Einheits-Idee auf das Spiel setzten wollten. Die Geschichte wird in Bezug auf beide Vorwürfe sie im Wesentlichen rechtfertigen. Wenn Etwas, so hat, wie Riesser einst sagte, "unsere Mäßigung und unser Vertrauen uns zu Grunde gerichtet". Die Mehrheit der National-Versammlung gebrauchte von Anfang an ihr moralisches Ansehen, um das gebrochene Ansehen der Regierungen zu stützen und wiederherzustellen. Preußen dankte dafür durch jene laue Kriegsführung in Jütland und dann durch den Malmöer Waffenstillstand, dessen Verwerfung für Deutschland gefährlich, dessen Anerkennung für das Ansehen der deutschen National-Versammlung, für die deutsche Einheit und Freiheit verderblich war. Die Mehrheit richtete das ganze Verfassungswerk ein und verzögerte es zugleich, um Preußen an die ihm gebührende Stelle zu bringen. Preußen dankte dafür durch eine Politik, die alles Vertrauen auf diesen Staat und seine Regierung zerstören musste, und die allein es verschuldet hat, dass beim Welckerschen Antrage die Koalition gegen uns siegte, dass nicht manche gemäßigten Mitglieder der Linken mit uns stimmten. Die Mehrheit der Frankfurter Versammlung erreichte endlich, nach langem Bemühen, oft geschlagen, und doch stets wieder thätig, ihren Zweck. Preußen zerstörte das Erreichte: Warum? Nicht bloß wegen der angeblichen Mängel der Verfassung, wovon wir übrigens bereits gesprochen; nicht wegen des "wenig der Fürsten und Völkern imponirenden Parteibetriebe und Parteilagemenges", von noch Manches sich sagen ließe; nicht endlich wegen der "geringen Mehrheit", womit das Verfassungswerk abgeschlossen wurde - diese Mehrheit von 4 verwandelte sich übrigens, wenn man richtiger und sachgemäßer rechnete, in eine Mehrheit von 120; nein! Anderes hat dabei mitgewirkt. Ich will hier nicht von alle den dunkelen Irrpfaden der österreichischen Intrigen zu Berlin, nicht von der Jagd-Partie reden, zu der Graf Schulenburg, wie es heißt, eingeladen hatte. Nur einige Thatsachen will ich kurz berühren: 1) Die ministerielle Erklärung vom 2. April stimmt mit der Antwort des Königs und der darauf folgenden Cicular-Note nicht überein. 2) Es gab eine Antwort, die anders als die später wirklich ertheilte Antwort lautete. Herrn v. Vincke ist jene von Herrn v. Manteuffel gezeigt worden. 3) Am 2. April wurde ein Besuch in Freienwalde gemacht. 4) Am 3. April wurde eine Antwort ertheilt, die in ihrer Einleitung ganz etwas Anders erwarten ließ, als was wirklich folgte. 5) In der Umgebung des Prinzen von Preußen war man mit der königlichen Antwort nicht sehr zufrieden. Mehrere Tage nach der Ablehnung von Seiten des Königs kam - man weiß nicht genau von welchem Verfasser geschrieben - eine Broschüre in vielen hundert Exemplaren nach Frankfurt und wurde in der Paulskirche unter die Abgeordneten vertheilt. Und diese Broschüre sollte beweisen, dass die Ablehnung keine Ablehnung gewesen sei." (Schluß folgt)

Soester Kreisblatt, 17. August 1849

Entgegnung (Schluß)

"Umsonst! Man hatte die Antwort des Königes nur zu gut verstanden. Die deutsche Einheit war gescheitert. Ob des gescheiterten Schiffes Mannschaft noch glücklich im Hafen des Drei-Königs-Entwurfes geborgen werden wird, steht dahin. Dann, abgesehen von allen anderen Hindernissen, "ist es auch dem deutschen Volke selbst nicht gleichgültig, woher die Verfassung stammt, die es regieren soll." (Vincke's Rede vom 21. April) Doch muß Jeden, der das Vaterland liebt, dahin arbeiten, dass die Mannschaft geborgen, und das Schiff selbst gerettet und ausgebessert werde.

Und hierin stimme ich, obwohl auch das Herr a. eine "seltsame Parteiverbindung" scheinen möchte, doch selbst mit Herr a. vielleicht überein. Denn ich hoffe, auch er wird nicht zur Partei der Neuen Preußischen Zeitung gehören, die "mit der Mutter, der Frankfurter Verfassung, auch das Stiefkind, den Drei-Königs-Entwurf, vernichtet sehen möchte". Ich bin in Meiner Vertheidigung etwas leidenschaftlicher geworden, als ich wollte. Nicht aus "Selbstsucht" - ich selbst habe mit manchen Beschlüssen der National-Versammlung nicht übereingestimmt; sondern weil es galt, eine Versammlung zu vertheidigen, die - das behaupt' ich trotz Herr a. noch immer mit Zuversicht - in der Geschichte einzig dastehen wird, so sehr auch jetzt jeder Kleinigkeits-Krämer sie zu bemäkeln sich berechtigt glaubt. Ich bin weitläufiger gewesen, als ich selbst wünschte, weil nur zu viele "besonnenen Leute" sich gegenwärtig im Sinne des Herrn a. aussprechen zu müssen glauben, um den Ruf der "Besonnenheit" sich zu bewahren. Freilich hätt' ich, um kürzer sein zu können, diesen Leuten gegenüber auf Vincke's Worte und Harkort's Abstimmungen in der Sitzung unserer zweiten Kammer vom 21. April mich einfach berufen dürfen, da man doch wohl schwerlich bereits so weit wieder gekommen ist, auch diese Männer, welche für Annahme der Frankfurter Verfassung waren, nicht mehr zu den "besonnenen" und "klaren" zu zählen? Aber Viele, die Frankfurt schmähen, und namentlich auch Herr a., scheinen die Verhandlungen der Berliner Kammern ebenso oberflächlich verfolgt zu haben, als die Debatten und Beschlüsse der deutschen National-Versammlung - wenn sie nicht gar mit jenem Landrathe denken: "Befiehlt man es zu Berlin, so wird ich deutsch-gesinnt, befiehlt man wieder das Gegentheil, so hör' ich wieder auf, es sein."

Nun aber mag dieser Rückblick auch ein für allemal genügen! Die trübe und wirr Gegenwart, die dunkle Zukunft des Vaterlandes nimmt auch die geringen Kräfte von jedem Freunde desselben zu sehr in Anspruch, um sich in fruchtlosen Erörterungen der Vergangenheit zu erschöpfen. Darum will ich manche Behauptung meines Gegners, wider die sich Manches noch sagen ließe, z.B. über die Vollmacht der konstituierenden deutschen National-Versammlung, worüber der Bundestag, halb absichtlich, sich etwas unklar ausgedrückt hat, und worüber zu Berlin im Minister-Rathe vor den Ohren des Königs gar wunderbare (nemlich für des Herrn a. historische Ansicht wunderbare) Dinge gesagt sein sollen, nicht weiter verfolgen, als ich bisher gethan habe; darum auch z.B. v. Vincke's Rechtfertigung der National-Versammlung nicht wiederholen, "die man, wie selbst die preußische Note vom 23. Januar entschuldigend anerkenne, acht Monate lang habe Tagen lassen, ohne um sie sich zu bekümmern, und nun doch plötzlich schmähe, weil sie um der nachträglichen Regierungs-Bedenken Willen nicht Alles wieder aufgegeben habe, was die begabtesten und besonnensten Männer erdacht und berathen und durchgesetzt haben". Die Frankfurter Versammlung ist gescheitert. Die Versammlung in Gotha hatte sich keine Schuld daran beizumessen; sie bedauerte es um Deutschland Willen; aber sie glaubte, um zum großen Zwecke zu gelangen, auch einen Weg nicht verschmähen zu dürfen, der nicht ihr eigener war. Möge dieser Weg uns in Frieden zum Ziel führen!" Ostendorf

Herr a. gab sich mit dieser Rechtfertigung nicht zufrieden und antwortete im Kreisblatt vom 28. August 1849 seinerseits noch einmal mit einer Rechtfertigung der Rüge einiger Aeußerungen Ostendorfs. Diese blieb aber unbeantwortet.

Ostendorf's letzter „Auftritt“ im Kreisblatt war am 11. September 1849

mit folgender "Anzeige":

"Die Verlagshandlung der "Deutschen Zeitung" beabsichtigt das Blatt an einen anderen Unternehmer abzugeben. Mit dem Wechsel des Eigenthümers würde ohne Zweifel eine Aenderung der politischen Richtung, welche die Deutsche Zeitung von Anfang an eingehalten, verbunden sein, wenn dieses bedeutende Organ der deutschen Presse den Anerbietungen derer überlassen bliebe, welche ein Interesse dabei haben, seine Stimme zum Schweigen zu bringen und seine Spalten einer anderen Farbe zu gewinnen. Das einfachste Mittel, um zu verhindern, dass die Deutsche Zeitung unserer Partei verloren gehe und feindlichen Bestrebungen gewonnen werde, glauben die Unterzeichneten in dem Vorschlage zu finden,, dass unsere Partei selbst von dem Verleger das

Eigenthum des Blattes erwerbe. Dies kann in einer Weise geschehen, wodurch die Deutsche Zeitung an Einfluß und Verbreitung bedeutend gewinnen muß.

Die Unterzeichneten schlagen deshalb vor:

1. Eine Actien-Gesellschaft zu bilden, für deren Rechnung die Deutsche Zeitung unter der gegenwärtigen Redaction fortbesteht.
2. Der Nennwerth einer Aktie soll 40 Thlr. Betragen, die Zahl deselben bis auf 1000 und darüber erstreckt werden.
3. Für das Verlagsrecht sammt dem Inventar wird die Summe von 18000 Thlr. Festgesetzt und vom 1. Juli d.J. an mit 5% verzinst. Zeit und Art der Abtragung des Kaufpreises bleibt einer besonderen Verabredung überlassen.
4. Die Gesellschaft ist begründet, sobald 500 Actien gezeichnet sein werden; dann erfolgt die erste Einzahlung von 20 Thaler per Aktie zur Verzinsung des Kaufpreises und zum Betrieb des Geschäftes vom 1. Juli an.
5. Die Einleitung zur Bildung der Gesellschaft besorgt ein provisorischer Ausschuß, welchem zugleich die Einsicht in den Betrieb des Unternehmens offen steht. Als Mitglieder dieses Ausschusses sind bezeichnet und haben angenommen die Herren: K.Mathy, L.Häußer, Ed.Souchay, I.E.de Bary, F.Schlemmer.
6. Nach Ablauf des ersten Semesters wird den Theilhabern ein rechnungsauszug nebst Bilanz gedruckt übersendet. Verzinsung der Aktien findet nicht Statt, wohl aber eine Dividenden-Zahlung, wenn sich ein Reinertrag ergibt, und dieser nicht vollständig zur Tilgung der Kapitalschuld verwendet werden soll.

Frankfurt a.M., den 31. Mai 1849 F.C.Dahlmann, K.Mathy, Rümelin, Wiedenmann, H.Gagern, M.Gagern, Francke, Hergenbahn, Gervinus, Cetto, Soiron, Biedermann, Haym, Gabr.Riesser. Indem ich diesen älteren Aufruf, auf welchen hin bis jetzt ungefähr die Hälfte der erforderlichen Aktien gezeichnet worden sind, gegenwärtig durch dieses Blatt zur Kenntniss meiner Mitbürger bringe: lade ich zur Zeichnung weiterer aktien ergebenst ein. Ich erlaube mir dabei zu bemerken, dass an manchen Orten, wo für den wichtigen Zweck namhafte Summen zusammengebracht worden sind, dies durch gemeinsame Betheiligung von mehreren Freunden der Sache an einer Aktie geschehen ist, in der Weise, dass der einzelne $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}$ oder auch $\frac{1}{8}$ Aktie zeichnete." J. Ostendorf.

Es folgen nun – zitiert – die wenigen Beiträge Ostendorfs in den in den Sitzungen der Versammlung laut stenographischem Bericht:

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen der deutschen constituirenden National- Versammlung zu Frankfurt a. M.

No. 13.

Mittwoch den 14. Juni.

1848.

Zwölfte Sitzung in der Paulskirche.

Montag den 5. Juni 1848. (Vormittags 9 Uhr.)

Vorsitzend: Heinrich von Gagern.

Inhalt: Protokolllesung. — Begründung mehrerer Anträge auf Ernennung eines Ausschusses zur Begünstigung der Arbeitsfähigkeit Angelegenheiten Deutschlands. — Antrag des Herrn A auf Ernennung einer Commission zur Prüfung der bayerischen Wahlangelegenheit. — Verlesung der Mitglieder wieder in der letzten Sitzung beschlossener Commission. — Besetzung aller die Berichte des Central-Ausschusses für Wahlangelegenheiten, der Herren des Herzogthums Lüneburg und Großherzogthums Hessen betreffend.

[In der zwölften Sitzung ging es schwerpunktmäßig um Wahlangelegenheiten. In den diesbezüglichen Aussprachen meldete sich auch der Abgeordnete Julius Ostendorf aus Soest zu Wort:]

S. 216 und 217 des stenographischen Berichts:

Präsident: Dann wird die Frage also lauten: Soll ein Ausschuß beauftragt und mit ausgedehnten Vollmachten ausgerüstet werden, um die Wahlangelegenheiten der österreichisch-slavischen, zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen zu untersuchen, und die richtigen Maßregeln, dem Nationalwillen in Böhmen Ausdruck zu verleihen, vorzuschlagen?

....

Mühlfeld von Wien: Ich bitte um Erläuterung des unbestimmten Ausdrucks: "ausgedehnte Vollmacht."

Ein Abgeordneter: Diese ist im §24 der Geschäftsordnung enthalten.

Präsident: Ich kann die Erläuterung von mir aus nicht geben, weil ich nicht weiß, was der Herr Antragsteller (Herr Höfken) hierunter verstanden hat. Es müßten Diejenigen, welche an diesem Ausdruck Anstand nehmen, gegen den Antrag stimmen.

.....

Ostendorf aus Soest: Meine Herren! Ich ergreife das Wort, um gegen einen Ausdruck im Antrage zu protestiren. Es ist im Antrag gesagt: "es soll ein Ausschuß gebildet werden, welcher die Wahlverhältnisse in den österreichisch-slavischen Ländern zu untersuchen hat." Die Nationalversammlung darf aber die darunter verstandenen Länder unmöglich österreichisch-slavisch nennen. Böhmen ist eine Landschaft, theilweise oder vielleicht auch vorzugsweise von Slaven bewohnt; aber die Deutschen in Böhmen sind doch wahrlich nicht, wie einzelne Panslavisten behaupten, bloße Eindringlinge, sie sind vielmehr ebenso gut Urbewohner und berechnigte Bürger jenes Landes, als die Slaven. Ein gleiches Verhältniß besteht in Mähren und Schlesien. Ich trage daher darauf an, jenen Ausdruck dahin zu verändern, dass gesagt wird: Es soll ein Ausschuß gewählt werden, um die Angelegenheiten der zum deutschen Bund gehörigen, von Deutschen und Slaven gemischt bewohnten Länder seiner Begutachtung zu unterziehen.

Ein Abgeordneter: Es gibt in Österreich Bezirke, wo nicht nur Deutsche und Slaven gemischt leben, sondern auch solche, die eine ganz slavische Bevölkerung haben, wie Krain. Kärnthen ist gemischt. In Böhmen ist dasselbe der Fall, und darum glaube ich, den Antrag stellen zu müssen: Slavisch-deutsch gemischte und ganz slavische Bevölkerung.... (Unruhe in der Versammlung)

Präsident: Ich glaube wir sollen in minutiöse Unterscheidungen nicht eingehen. Ich werde die Frage, da keine Reclamation erhoben worden, nunmehr so stellen: Soll ein Ausschuß beauftragt und mit ausgedehnter Vollmacht ausgerüstet werden, der die Wahlangelegenheit in den zum deutschen Bunde gehörigen, von Deutschen und Slaven bewohnten Ländern zu untersuchen hat?

Mehrere Stimmen: In Oesterreich!

Präsident: In den Ländern, wo Wahlen verweigert worden sind. - Das versteht sich von selbst. - Die heutige Discussion mag den Beweis liefern, wie wünschenswerth es ist, daß die Anträge immer gehörig präcisirt werden; denn es ist sonst nicht möglich, wenn nicht vorher ein Ausschussbericht erstattet worden ist, schnell über dieselben zu verhandeln, und die Dringlichkeit der Anträge wird für die Zeit, welche wir haben, viel zu sehr in Anspruch genommen. Ich frage: Soll ein Ausschuß erwählt, beauftragt und mit ausgedehnter Vollmacht ausgerüstet werden ... (Unruhe) Was ist gewünscht worden? Wollen Sie auf die Tribüne gehen, wenn Sie etwas haben; mit dem Rufen ist es nicht genug, ein Einwand muß auch begründet werden. (Ruf: Abstimmung!) [Es werden noch Einwände gegen die Formulierung "ausgedehnte Vollmacht" vorgebracht.] Viele Stimmen: Abstimmung! Abstimmung!

Präsident: Soll ein Ausschuß gewählt werden, der die Wahlangelegenheiten in den zum deutschen Bund gehörigen, von Deutschen und Slaven bewohnten Ländern, in denen Wahlen verweigert worden sind, zu untersuchen hat? Diejenigen, welche diese Frage bejahen wollen, bitte ich, aufzustehen. (Ein Theil der Versammlung erhebt sich.) Ich bitte Sie, sich wieder zu setzen und ersuche nunmehr Diejenigen, welche nicht wollen, dass ein Ausschuß für diesen Zweck niedergesetzt werde, aufzustehen. (Eine Minderheit erhebt sich.) Das Bureau ist der Meinung, dass die Niedersetzung des Ausschusses angenommen sei. Wird es verlangt, so müssen wir zählen lassen. - Es ist also die Niederlassung eines Ausschusses angenommen.

[Im weiteren Verlauf der Verhandlung kommt man auf die Legitimationsfrage des Vertreters des Herzogthums Limburg zu sprechen.]

S.218 **Präsident:** Die Tagesordnung gibt zwei Legitimationsfragen der Entscheidung der Versammlung anheim; die erste bezieht sich auf die Vertretung des Herzogthums Limburg; der Bericht befindet sich bereits in Ihren Händen, er ist ausführlich, ich weiß nicht, ob verlangt wird, dass ich ihn vorlesen lasse. (Vielseitiges Nein.)

[der stenographische Bericht gibt anschließend den Bericht des Central-Ausschusses für Prüfung der Wahlen wieder]

Forts. Präsident: Der Antrag des Central-Ausschusses für Prüfungen der Wahlen geht dahin: "daß der Freiherr v. Scherpenzeel als limburgischer Abgeordneter zwar sofort zur Theilnahme an der Nationalversammlung zuzulassen und vom Central-Ausschusse hierzu aufgefordert ist, über seinen Wunsch aber, eine neue Regulirung der staatsrechtlichen Verhältnisse des Herzogthums Limburg zum Königreich der Niederlande vorher ausgesprochen zu sehen, der Nationalversammlung Vortrag zu machen, und dessen Verweisung an den betreffenden Ausschuß zu beantragen ist." In Bezug auf diesen Antrag des Ausschusses habe ich die Nationalversammlung in Kenntnis zu setzen, dass ein zweiter limburgischer Abgeordneter, Herr Schönmartin (so lese ich diesen Namen) eingetroffen ist, sich legitimirt, und im Allgemeinen der Ausführung seines Collegen angeschlossen hat; es handelt sich also um die Legitimation der beiden Abgeordneten für das Herzogthum Limburg...

[dazu meldet sich der Abgeordnete Höfken mit einer längeren Ausführung. Dann bekommt der Abgeordnete Ostendorf das Wort für eine längere staatsrechtliche Würdigung der Frage.]

S. 220 **Ostendorf von Soest:** Meine Herren! Der vorige Redner hat sich einige Bemerkungen gegen einzelne Ausdrücke in dem Bericht unseres Central-Ausschusses erlaubt; ich erlaube mir gegen die ganze Motivirung seines Berichtes hiermit eine Verwahrung einzulegen. - Der Central-Ausschuß für die Wahlen behauptet, es gehöre Limburg rechtlich als Provinz zu den Niederlanden. Gehört es aber rechtlich zu den Niederlanden, - und so hat es allerdings acht Jahre lang geschienen, weil der deutsche Bundestag nicht kräftig genug war auszusprechen, dass es deutsches Bundesland sei - dann gehört es nicht rechtlich zu Deutschland; dann hätte Baron v. Scherpenzeel Recht, indem er sich eventuell gegen jede Verbindung zu unserer Vaterlande verwahrt, und nicht eher hier eintreten will, als bis die Vereinigung mit den Niederlanden aufgelöst ist; denn die Vereinigung einer Landschaft mit zwei Ländern, welche sich entgegenstehen, und vielleicht oft noch feindlich entgegenstehen werden, ist eine Ungerechtigkeit, ist ein Unding, weil sie mit den heiligsten Rechten der Menschheit, mit den natürlichsten Verhältnissen in Collision bringt, weil sie, mit anderen Worten, durchaus unmöglich ist. - Und doch behauptet der Centralausschuß, es gehöre Limburg rechtlich zu den Niederlanden. Er sagt zwar darauf auch, er wolle mit dieser Behauptung den künftigen staatsrechtlichen Verhältnissen zwischen Limburg und dem künftigen deutschen Bundesstaate nicht präjudiciren; in der Wirklichkeit präjudicirt er denselben doch, präjudicirt er denselben dadurch, dass er für die Gegenwart das Verhältniß des Herzogthumes zu den Niederlanden als ein rechtliches anerkennt. Aber, meine Herren, ich glaube wir dürfen, wir können es nicht behaupten, dass Limburg rechtlich als Provinz zu den Niederlanden gehöre. Sehen wir uns das Verhältniß nur an: Limburg ist eine Entschädigung an den deutschen Bund für den abgetretenen wallonischen Theil von Luxemburg. Es kann daher rechtlich durchaus nicht in anderen Verhältnissen zu den Niederlanden, sowie zu Deutschland stehen, als auch jene verlorene Landschaft in Verbindung mit dem noch erhaltenen Theile von Luxemburg dazu stehen würde. - Man beruft sich dagegen vielleicht auf die Geschichte. Wohl! Es ist im Jahre 1839 bestimmt worden durch den König der Niederlande und seine Regierung, das Herzogthum Limburg solle zum Königreiche der Niederlande, zugleich aber zum Deutschen Bunde gehören, oder, um es wörtlich im Bericht unseres Ausschusses zu verlesen: "Daß seine Majestät der König der Niederlande mit dem ganzen Herzogthume Limburg dem deutschen Bunde beizutreten beabsichtige, jedoch mit dem Vorbehalt, ersteres unter dieselbe Verfassung und Verwaltung mit dem Königreiche der Niederlande zu stellen." - Bin ich aber recht berichtet, so heißt es im authentischen Text nicht Verfassung, sondern Gesetze, und ich glaube allerdings, wir dürfen, wir müssen hier zwischen diesen beiden Ausdrücken einen großen, einen wichtigen Unterschied machen. Ja! ich glaube sogar, behaupten zu können, dass Limburg im Jahr 1839 selbst noch nicht erwarten durfte, mit dem Königreiche der Niederlande unter dieselbe Verfassung gestellt zu werden, ja! daß man

im Haag selbst unentschieden gewesen ist; denn im Jahre 1840, als man eine Revision des niederländischen Grundgesetzes vornahm, zog man hiezu keine Vertreter des Herzogthums Limburg bei. Man hob also die für Limburg rechtlich bestehende Verfassung auf, oder veränderte sie doch wenigstens, ohne das Volk oder seine Vertreter darüber abstimmen zu lassen. Man beging im Haag ein historisches Unrecht, und kann sich nun unmöglich auf eine historische Berechtigung für den Besitz Limburgs berufen. Aber auch abgesehen von dieser Beweisführung können wir, glaube ich, behaupten, dass Limburg durchaus kein rechtlicher Theil der Niederlande ist. Denn es war in dem Jahre vorher, eh' es dazu durch das neue Niederländische Grundgesetz erklärt wurde, schon ein integrierender Theil des deutschen Bundes geworden. Es ist nun zwar leider von dem General-Ausschusse für die Wahlen in Uebereinstimmung mit dem deutschen Bundestages gesagt worden, dass man in der Erklärung Sr. Majestät des Königs, ; aber. Meine Herren, wenn auch nur unter jener Bestimmung Luxemburger gewählt wurden,, so waren sie keine Vertreter des deutschen Volkes in Luxemburg, sondern sie waren Vertreter von einer der berüchtigten 38 Nationalitäten hier bei uns, die bei uns nicht mitbestimmen konnten über die Angelegenheiten Deutschlands, die bei uns nur ihre besonderen Rechte verwahren konnten. Und dennoch hat der Central-Ausschuß, wie schon gesagt, jene Wahlen als gültig anerkannt, und meiner Meinung nach auch mit Recht,; aber nur darum, weil er das Recht der niederländischen Regierung, für ein deutsches Bundesland ein solches beschränkendes Gesetz zu geben, nicht anerkannt, sondern von vornherein dasselbe in seinen Beschränkungen als ungültig betrachtet hat. - Darum aber, meine Herren, hätte der Central-Ausschuß auch in unserem analogen Fall auf gleiche Weise verfahren sollen, und hätte zwar allerdings, sowie er es auch thut, die Wahl der limburgischen Deputirten zulassen, und dieselben auffordern sollen, sofort an der deutschen Nationalversammlung Theil zu nehmen; aber aus einem ganz anderen Grund als er thut: nämlich nicht deßhalb, weil Limburg etwa rechtlich zu den Niederlanden und zu Deutschland zugleich gehört, sondern, weil es rechtlich nur zu Deutschland und nimmermehr zu den Niederlanden gehört." (Bravo!) Der anschließende Redner Ziegert von Minden hält die Legitimation der Deputirten für erbracht, "aller Bedenken ungeachtet, die dagegen vorzubringen sein möchten; das staatsrechtliche Verhältnis aber, welches der verehrliche Herr Redner vor mir besprochen hat, wird in einer Commission die vollständige Erörterung und Erledigung finden..." Der Antrag auf Zulassung der Abgeordneten aus Limburg wird mit Mehrheit angenommen, ebenso der Antrag, dass die völkerrechtlichen Verhältnisse des Herzogthums Limburg zum Königreich der Niederlande vom entsprechenden Ausschuss untersucht werden.

Anschließend kommt zu einer längeren Debatte zum Thema Legitimation und Zulassung der Posener Abgeordneten und der Deutschen in Posen. **Ostendorf erhält das Rederecht**, was er aber erst nach einigen, z.T. tumultigen Unterbrechungen wahrnehmen kann:

S. 227 "Meine Herren! Es ist vorhin schon gesagt worden, dass nach der Geschäftsordnung diese Sache entschieden sei. Ich glaube, mich dieser Meinung anschließen zu müssen. Im § 7 steht: "Bis zur definitiven Entscheidung über die Giltigkeit einer Wahl ist der Angefochtene berechtigt, an den Verhandlungen der Nationalversammlung Theil zu nehmen." Definitiv können wir gegenwärtig über die Gültigkeit der Wahlen der posener Abgeordneten unmöglich entscheiden. Sie ist überhaupt unmöglich zu entscheiden, ehe wir über die staatsrechtliche Seite der Frage einen Beschluß gefasst haben. - Ich möchte daher den Antrag stellen, dass die posener Abgeordneten ohne Weiteres für berechtigt erklärt werden, an den Verhandlungen vorläufig Theil zu nehmen, dass aber dem Ausschuß für internationale und völkerrechtliche Verhältnisse der Auftrag gegeben wir, sobald als möglich vor allem Anderen über die staatsrechtliche Seite der posener Frage zu berichten."

Der Präsident macht darauf die Bemerkung, dass, wenn es nach §7 unstrittig ist, dass die posener Deputirten teilnehmen können, der Ausschuss gar nicht den Antrag 1 in ihrem Bericht hätte stellen sollen.

Zu Beginn dieser Sitzung berichtet u.a. der Abgeordnete Glaß von Landau, dass eine Proclamation des slawische Vorparlaments in Prag zu "Indignation" führte, weil unter Nr. 4 dort ausgeführt war, dass die Beschlüsse der Frankfurter Versammlung keinen slawischen Teil Deutschland

berühren sollen. "Da man nun in Böhmen sich sehr bemüht, auch unsere deutschen Brüder in Böhmen und Mähren loszureißen, so halte ich es für dringend, dass auf die Tagesordnung die Errichtung der Central-Executivgewalt gesetzt werde, damit wir Truppen gegen Böhmen ziehen lassen können..." Nachdem der Präsident bemerkt hatte, dass das Thema Central-Gewalt "in Bewegung ist", bekommt

Ostendorf das Wort:

"Meine Herren! Sie haben gestern die Bildung eines besonderen Ausschusses zur Untersuchung der Wahlen und überhaupt der Verhältnisse in Böhmen abgeschlagen, und vielleicht gestern zu Recht. Heute liegen aber die Verhältnisse anders. Wir haben letzthin eine Proclamation oder doch wenigstens eine feierliche Erklärung abgegeben, dass wir in ganz Deutschland das Recht aller Nationalitäten in gleichem Maaße anerkennen. Aber wie antworten die Slawen darauf? - indem sie ganz Oesterreich eben wie ein slawisches Land betrachten, dieses laut aussprechen, und sich feierlich nicht allein gegen die Wahlen von Slawen, sondern überhaupt gegen alle Wahlen für das Frankfurter Parlament in Oesterreich erklären. Sie antworteten, indem sie einen Congreß in Prag zusammenriefen, worin nicht allein die Slawen Oesterreichs, nein, von ganz Europa vertreten sein sollen, um allmählich ein großes Slawenreich an die Stelle Oesterreichs zu setzen, und uns in Deutschland nicht etwa mit Friede und Freundschaft entgegenkommen, sondern uns mit dem Schwerdt in der Hand gegenüberzutreten. Wie antworten die Slawen ferner darauf? Ziemlich verbürgte Nachrichten sagen, dass im Slawencongreß in Prag der Vorschlag gemacht, und mit großer Majorität angenommen wird oder ist, Deputirte von dort aus nach Paris zu schicken, um durch die Nationalversammlung Frankreichs die Nationalität der Slawen garantiren zu lassen, und gegen Deutschland, und gegen unser gutes Recht anzutreten. Ich glaube, dies sind Gründe genug, um den Antrag, der gestern verworfen wurde, heute wieder aufzunehmen. Ich beantrage daher: augenblicklich einen Ausschuß zu ernennen zur Untersuchung sämmtlicher Verhältnisse in den gemischten slawisch-deutschen Ländern."

Präsident: "Es ist wohl in keiner parlametarischen Versammlung üblich, dass ein Antrag, der heute verworfen worden ist, morgen wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird. Dem Legitimationsausschusse ist die Begutachtung dieses Gegenstandes dringend empfohlen worden. Wie weit er darin zu gehen hat, das wird er ermessen, und er wird hierin gewiß Nichts versäumen. Der Herr Redner, glaube ich, wird deßhalb nicht darauf bestehen, dass ich diesen Antrag wiederholt zu Abstimmung bringen lasse."

Anm.: Ostendorf bekommt aber Hilfestellung von Schilling aus Wien, der darauf hinweist, dass der Wahlausschuss lediglich die Legitimationsfrage klären soll, aber keine völkerrechtlichen Beurteilungen in seinem Auftrag hat. Ebenso wird er von Wiesner von Wien unterstützt:

"Ich muß mich dem Antrag des Herrn Ostendorf anschließen. Es liegt uns zum ersten Mal eine Frage von ungeheurer Wichtigkeit vor. Gestern wussten wir noch nicht, dass die Integrität Deutschlands gefährdet ist, indem man ein Land, das mitten in seinem Herzen liegt, das seit Jahrhunderten fest an Deutschland gekettet ist, davon losreißen will.... Ich bitte Sie, die österreichische Regierung, die in einer so bedrängten Lage ist, da ringsherum die verschiedenen Nationalitäten sich erheben, zu unterstützen..."

Auch Venedey von Köln meldet sich darin zu Worte: "Meine Herren, ich komme, um für den Antrag des jüngsten Mitgliedes der Versammlung zu sprechen; - für den Antrag des jüngsten Mitgliedes, weil ich hier ausgesprochen finde, was ich will. Die böhmische Frage ist in diesem Augenblick glühend, und wenn wir nicht das Eisen schmieden, so schmieden es Andere. Wir müssen den Slawen mit Ernst entgegentreten, und erklären, dass, wenn sie uns den Handschuh hinwerfen, wir ihn aufnehmen werden. Ich glaube, eine böhmische Commission ist unmittelbar nothwendig.... Ich trage darauf an, den Antrag des jüngsten Mitgliedes - indes freut mich, dass das jüngste Mitgleid den Antrag gestellt hat, weil es beweist, dass die Jugend der deutschen Nation so denkt wie er, und dass wir auf die Jugend bauen können, wenn es dereinst nöthig wird - zu unterstützen und ihn heute zur Abstimmung zu bringen." Dann meldet sich Arnold Ruge aus Leipzig zu Worte: "... Die slawische Frage, die eben hier besprochen wird, und wofür eine be-

sondere Commission von Herrn Ostendorf beantragt worden ist, ist so wichtig, dass wir wohl dazu kommen können, nachdem diese Vorlagen uns mitgetheilt worden sind, den Antrag zu unterstützen, obgleich er etwas Außerordentliches enthält. Etwas Außerordentliches ist die Frage aber darum, weil wir in einer großen Revolution leben, und wir in diesen Vorgängen des Vorparlaments ein Symptom dieser von Westen nach Osten fortschreitenden Revolution vor uns haben.... Es handelt sich deßwegen nicht mehr um die Frage des Territoriums oder der Nationalität. Wollten wir nach der Nationalität gehen, so müssten wir uns mit den Deutschen am Ohio, in Petersburg zu einem Staate verbinden..... Meine Herr! Das Princip, von dem hier nur die Rede sein kann, ist das Föderativ-System einer Nation, und wenn ich daher für die Niedersetzung einer Commission bin, so bin ich deßwegen dafür, damit Sie im Sinne der Neuzeit der Neuzeit für Verbrüderung mit den Slawen wirken, damit der Gedanke der Freiheit wirklich dort erblühe, und damit man anderen Nationalitäten erlaube, sich frei zu constituiren, und ihnen dazu die Bruderhand reiche.... Deshalb bin ich für den Antrag Herrn Ostendorf's, sogleich einen besonderen Ausschuß für diese wichtige Frage niederzusetzen." Wiesner (Wien) formuliert dann einen Antrag im Sinne Ostendorfs: "Die hohe Nationalversammlung möge zur Wahrung der Intressen Deutschlands einen Ausschuß, wie ihn Abgeordneter Ostendorf für Böhmen vorschlug, ohne Verzug niedersetzen, und so bald als möglich feierlich erklären, daß sie nimmermehr gestatten werde, dass ein Fußbreit deutscher Erde von Deutschland losgerissen werde." Ruge kontert: "Meine Herren! Die Fragestellung der Weglassung des letzteren Theils, der Territorial-Frage, präjudicirt gar nichts. Das Alles wird die Begutachtung abmachen. Wir werden also sehr gut thun, diesen Theil auszulassen, und ich denke, wir lassen uns diese Frage offen: Denn am Ende könnte die Verhandlung dahin führen, dass wir das Territorium gar nicht mehr wollen.

Präsident: Als Antragsteller hat Herr Ostendorf noch das Wort.

S. 242 **Ostendorf:** Nur über die Fragestellung. Ich bin mit der Hinweglassung des Zusatzes ganz einverstanden, nicht, als ob ich dafür wäre, dass man das Territorium fahren lassen solle, sondern, weil es sich von selbst versteht, daß wir es behalten. (Bravo!) ...

Präsident: Die Frage wäre also so zu stellen: Will die Nationalversammlung, dass für die österreichisch-slawische Frage, insoweit es sich von den deutschen Bundesländern handelt, ein Ausschuß durch die Abtheilungen gewählt werde?

(Die große Mehrzahl der Abgeordneten: Ja!)

Mit der Bejahung dieser Frage würde dann der gestern dem Legitimations-Ausschusse ertheilte Auftrag zurückgenommen sein.

Zur Abstimmung: "Will die Nationalversammlung, dass durch die Abtheilungen ein besonderer Ausschuß erwählt werde zur Begutachtung der österreichisch-slawischen Frage, insoweit es sich um deutsche Bundesländer handelt?"

Diejenigen, welche einen solchen Ausschuß, der aus fünfzehn von den Abtheilungen zu wählenden Mitgliedern bestehen würde, wünschen, bitte ich aufzustehen:

(Fast sämmtliche Mitglieder erheben sich.) Die Frage ist bejaht.

In der Frage um den Ratifizierungsvorbehalt der Versammlung beim mit Dänemark abzuschließenden Friedensvertrag tritt Ostendorf kurz als Redner auf. Zuerst Ziegert von Preußisch-Minden:

"Ich unterstütze den Antrag der Herren Mohl, Riesser und des Redners vor mir, dass zu dem Gutachten der Commission der Zusatz gemacht werde, dass die Versammlung sich seiner Zeit die Ratification des Friedensvertrags vorbehalte. Ich will nicht auf die rechtliche Seite kommen, sie ist schon vielfach erörtert worden; ich will nur die politische Seite erwähnen. Es erhalten durch den Vorbehalt die Regierungen, welche den Frieden abschließen, erst Macht und Stärke. Es wird dadurch gesagt, sie haben das Volk hinter sich...." ...(Es wird nach Schluß der Debatte gerufen)...

S. 287 **Ostendorf von Soest:** "Meine Herren! Sie verlangen den Schluß und ich sehe wohl ein, aus welchem Grunde, allein in einer so wichtigen Sache sollten wir uns nicht übereilen, wir sollten selbst die kleinsten Amendements anhören...(Ruf nach Abstimmung)... Ich muß auf Einiges zurückkommen, was die vorigen Redner gesagt, um dagegen zu sprechen. Sie wissen meine Herren, ich verlange nicht so oft das Wort, (Ruf von der Rechten: O ja!) aber es handelt sich um eine so wichtige Sache, dass wir darüber sprechen müssen. Es ist von vielen Seiten der Antrag der

Commission vertheidigt worden, aber ich glaube, dass dem vorzüglichen Bericht der Antrag nicht entspricht. Wir müssen mit mehr Entschiedenheit handeln; auch ich bin für Mäßigkeit, nicht weil ich einen Kampf fürchte, sondern weil es ein Zeichen der Macht ist, mäßig, ein Zeichen der Schwäche, unmäßig zu sein, wie das kleine Dänemark es gezeigt hat. (Ruf nach Abstimmung) Ich werde mir erlauben, gleich mein Amendement zu bringen. Ich stimme nämlich damit überein, was vorhin Herr Riesser gesagt hat, ich glaube aber doch, dass wir um unserer Entschiedenheit willen hinzufügen müssen, dass im Frieden jedenfalls Deutschlands Recht auf Schleswig-Holstein als deutsches Bundesland anerkannt werden muß, und dass kein Theil dieses Schleswig-Holstein je ohne Einwilligung eines schleswig-holsteinischen Landtags abgetreten werden darf. Ich glaube, wir haben jetzt nicht allein das Recht, sondern die Pflicht, dieß hinzuzufügen. Es ist von verschiedenen Seiten gesagt worden, es verstehe sich dieß von selbst, und es liege auch im Antrag. Es mag sein, dass es sich von selbst versteht; aber, meine Herren, es ist vielfach in öffentlichen Blättern von einer Friedensunterhandlung die Rede, die auf die Basis einer Trennung Schlesiws gebaut sein soll."

(Stimmen: Schluß! Schluß! Der Redner tritt ab. ...)

Präsident: Ich stelle also jetzt die Frage so: "Erklärt die Nationalversammlung, dass die Genehmigung des mit Dänemark abzuschließenden Friedensvertrags der Nationalversammlung vorbehalten werde?" Es haben 475 Mitglieder abgestimmt. Die Frage ist verneint von 275 gegen 200 Stimmen.

Verzeichnis der Antrageingänge vom 8. Juni 1848 S.303 an den Ausschuss für die Bildung einer provisorischen Centralgewalt:

- Antrag des Abgeordneten Ostendorf in Bezug auf die Bildung einer provisorischen Centralgewalt an den Ausschuss für die politischen und internationalen Fragen
- Verbesserungsantrag des Abgeordneten Ostendorf zu dem Antrage des Ausschusses in der Schleswig-Holstein'schen Sache: dass hinter dem Worte "Gewahrt" eingeschaltet werde: "und kein Frieden, außer auf der Basis der Anerkennung Schleswig's als ein deutsches Bundesland geschlossen, sowie auch kein Theil Schleswig's ohne Einwilligung eines Schleswig-Holsteinischen Landtages abgetreten werde."

Bei der Diskussion um die Zentral-Gewalt gehört Ostendorf zu einer Gruppe von 35 Mitgliedern der Versammlung, die einen Antrag in Bezug auf die Reihenfolge der Diskussionspunkte stellen. (S.364 des stenografischen Berichts).

Ostendorf's Ausscheiden aus der Nationalversammlung

Bei der 225. Sitzung am Montag, d. 21. Mai 1849 war Ostendorf morgens um 10 Uhr anwesend und stimmte vormittags auch mit ab. Auch nachmittags bei der Fortsetzung der Sitzung ab 16.30 war er bei der Verlesung der Anwesenden zugegen. Doch im Laufe der Sitzung wurde der Abgeordnete Ostendorf dann unter den Abwesenden - ohne Entschuldigung - aufgeführt. Ab der 226. Sitzung (Do., d. 24. Mai 1849) fehlt Ostendorf in der Nationalversammlung.

In der 228. Sitzung (Sonnabend, d. 26. Mai 1849) wird auf Seite 6746 des Stenographischen Berichts die Austrittsanzeige der Abgeordneten Schubert (Würzburg), v. Podewils, Schauß, Bachmeier, Schubert (Annaberg), Ostendorf, v. Buttell, Biedermann, Rößler (Wien), Welcker, Riesser, Kierulff, Eckert (Bromberg), Zachariä (Göttingen), Böcking, Lodemann, Cetto und Schorn dokumentiert:

"Da bei der fortschreitenden Selbstauflösung der deutschen Nationalversammlung, besonders durch die am 21. d. Monats statthabten massenhaften Austritte, diese Versammlung nicht mehr als eine wirkliche Nationalversammlung angesehen kann, so finden wir uns außer Stande, an den Verhandlungen des Parlamentsrestes ferner Theil zu haben. Wir stellen das Ersuchen, von dieser unserer Erklärung den geeigneten Gebrauch zu machen, und dieselbe den stenographischen Berichten einverleiben zu lassen. Frankfurt a.M., den 24. Mai 1849"

Offiziell wird gegen Ende der Sitzung auf Seite 6761 des Stenographischen Berichts vermerkt:

"... Ich bringe nur noch zur Kenntniß, daß inzwischen Herr Ostendorf, Abgeordneter für den 11. westfälischen Wahlbezirk, sein Mandat als Abgeordneter niedergelegt hat."

Zusammengetragen von Michael Morkramer
Ostendorf-Gymnasium, Lippstadt / Schularchiv / Julius Ostendorf / Biographie / Abgeordneter